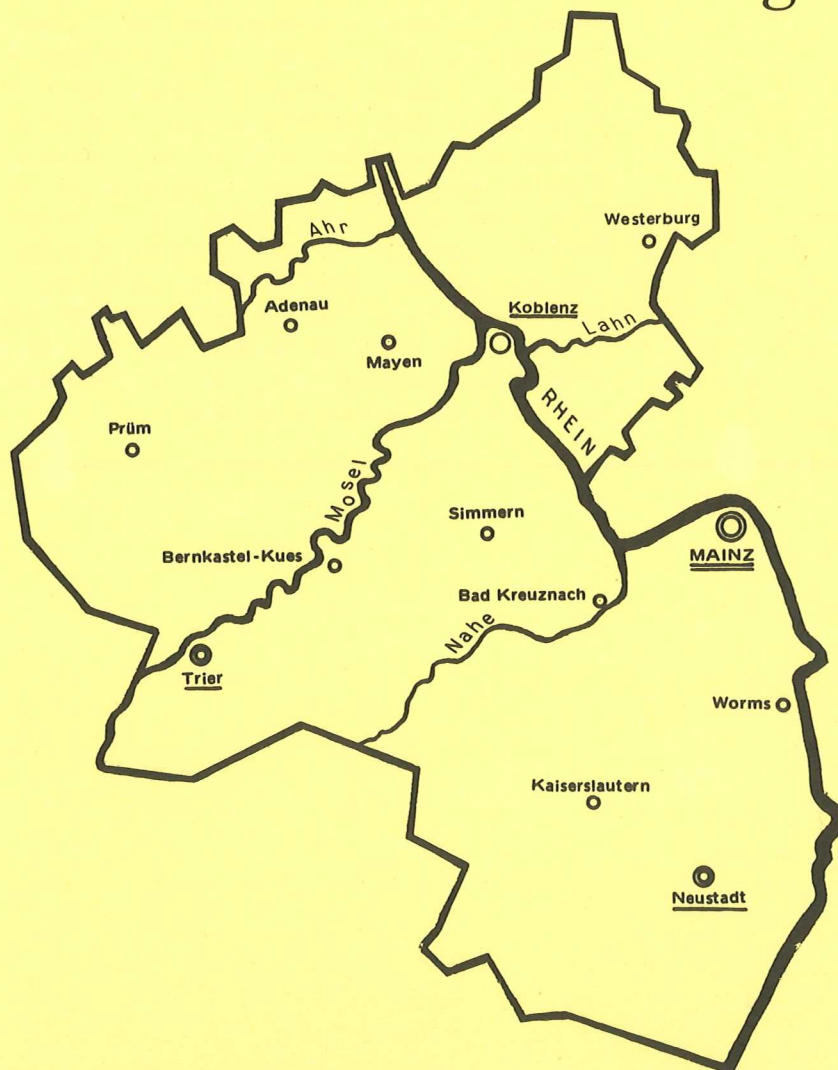


Rheinlandpfalz

Ministerium für
Landwirtschaft, Weinbau und Forsten



Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung



Herausgeber: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz - Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 6500 Mainz

Schriftleitung: Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich)
und Oberamtsrat Jens
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz

**Gestaltung,
Reproduktion
und Vertrieb:** Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4, 6500 Mainz

Druck: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz

Ständige Mitarbeiter: Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rhh.-Pf.)
Ltd. Regierungsdirektor Dr. Fleck (Kulturamt Prüm)
Obervermessungsrat Lichtenthal (Kulturamt Trier)
Regierungsdirektor Senftleben (Kulturamt Bernkastel-Kues)
Obervermessungsrat Epping (Kulturamt Westerbürg)
Verwaltungsangestellter Dr. v. Saucken (Kulturamt Mayen)
Ltd. Regierungsdirektor Zillien (Kulturamt Worms)
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)
Verwaltungsangestellter Dr. Meier (Kulturamt Kaiserslautern)
Obervermessungsrat Klaus Wagner (Kulturamt Simmern)
Vermessungsdirektor Bossenmaier (KA SIM, Nst. KH)
Vermessungstechnische Angestellte Dorothee Heidenreich
(Luftbild- und Rechenstelle, Mainz)

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Im Blickpunkt	1
U. Böhner: Ländlicher Raum in Gefahr	2
Fachbeiträge	6
D. Ziegler: 100jähriges Jubiläum des Kulturamtes Trier	6
F. Zillien: Aufgaben der Landeskulturverwaltung in der 11. Legislaturperiode - und darüber hinaus	17
G. Müßig: Ländliche Neuordnung im Wandel?	26
H.-W. Baur: Flurbereinigung muß sich rechnen	32
H. Epping: Textverarbeitung	38
B. Scholz: Besonderheiten bei der Bearbeitung von Rebflurbereinigungsverfahren im Weinanbaugebiet Pfalz	45
R.H. Beckmann: Dorfökologie	50
F.-J. Frischbier: Mehr Grün durch Flurbereinigung	53
G. Emig: Zur Beteiligung der Naturschutzverbände in Flurbereinigungsverfahren	56
C.-R. Hess: Die Bedeutung von Weinbergsbrachen aus der Sicht des Arten und Biotopschutzes	62
G. Köhler u. J. Kappes: Ist der Ersatz einer Natursteinmauer durch alternative Bauweisen aus ökologischer Sicht möglich?	68
G. Köhler: Sekundärbiotope durch die Flurbereinigung	74
D. Becker u. U. Fromm: Problematik der Ausweisung von bis zu 10 m breiten Uferschutzstreifen an Gewässern	77
H. Sperlich: Wasserrückhaltung in der Weinbergsflurbereinigung	79
W. Schuy: Praktische Anwendungsmöglichkeiten des freiwilligen Landtausches	91
K. Wagner: Ein Tor für Beilsteins Burgruine	94

	Seite
Leserbriefe	96
C.-R. Hess: Beteiligung der Landespflegeorganisationen in Flurbereinigungsverfahren überdenken?	96
W. Pompe: Anmerkungen zu dem Aufsatz "Mehr Demokratie wagen"	98
G. Müßig: Anmerkungen zu dem Aufsatz "Krise der Landwirtschaft - Krise der Flurbereinigung (Erfahrungen im Vorfeld von Bodenordnungsverfahren)"	100
K. Wagner: Holzbestandsbeitrag in Waldflurbereinigungen zu Friedrich "Waldflurbereinigung"	102
Aus der Rechtsprechung:	104
H. Staab: Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts	104
H. Staab: Aus den Entscheidungen des Flurbereinigungsgerichts Koblenz	105
H. Staab: Aus der Praxis der Spruchstelle für Flurbereinigung . .	108
Buchbesprechungen	109
G. Schauß: Neue Wege in der Flurbereinigung BUND-positionen 15	109
Literaturübersicht	110
Personalveränderungen	113
Fachprüfungen	115
Ehrungen	116
Informationen aus der LKV	119

IM BLICKPUNKT:

Europäische Kampagne für den ländlichen Raum

Die Kampagne ist im vollem Gange. Die Grüne Woche in Berlin 1988 bildete mit einem Kongress und vielen Einzelveranstaltungen einen der Höhepunkte. Ein europäischer Flurbereinigungskongress wird Akzente für unsere weitere Tätigkeit setzen.

In Rheinland-Pfalz haben die Kulturämter die bisher wirksamsten Aktivitäten entfaltet. Sie werden diese durch laufende Veranstaltungen fortsetzen.

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel hat sich im letzten Jahr in der Zeitschrift "Der Landkreis" wie folgt geäußert:

"Die im November 1985 vom Ministerkomitee des Europarates für die Jahre 1987 und 1988 ausgerufene europaweite "Kampagne für den ländlichen Raum" wird die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Entwicklungen in den ländlichen Räumen lenken und bei der ländlichen Bevölkerung die Identifikation mit der sozial und kulturell eigenständigen Lebensform ihrer Heimat stärken und ihr Selbstbewußtsein für die Lösung der Zukunftsaufgaben aktivieren.

Wir haben in Rheinland-Pfalz diese Idee sofort aufgegriffen. Im Laufe der nächsten beiden Jahre finden Aktivitäten in zwölf verschiedenen Schwerpunktbereichen statt. Sie reichen von einer differenzierenden Analyse der Situation der ländlichen Räume im Lande über die Auseinandersetzung mit Versorgungsfragen in kleinen Dörfern, die Dorferneuerung und Umweltfragen im ländlichen Raum bis hin zu kulturellen Belangen oder Frauen- und Familienfragen.

Die Landesregierung wird auch diese Kampagne dazu nutzen, deutlich zu machen, daß es unser Ziel ist, den ländlichen Raum mit dem Strukturwandel nicht allein zu lassen, sondern ihn im Gegenteil für die Zukunft zu rüsten.

Dabei spielen einmal die Dorferneuerung und die Revitalisierung unserer Städte eine Schlüsselrolle. Ziel ist es, die Dörfer und Städte lebens- und funktionsfähig zu machen und sie dennoch als eigenständige Lebensräume mit ihrer jeweiligen Unverwechselbarkeit und regionalen Eigenart zu erhalten.

Jede Gemeinde leistet mit der Dorferneuerung aber auch einen Beitrag, der über den Ort selbst hinaus wirkt: Ein funktionsfähiger und lebendiger Ort ist immer auch ein "Leistungsträger" in der übergreifenden Siedlungsstruktur einer Region und stabilisiert sie als Kulturlandschaft."

Die bewußtseinsbildende Funktion der Kampagne hat uns bewogen, einen Aufsatz von Ulrich Böhner, dem Sekretär der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum bei dem Europarat, in den Blickpunkt dieser Schrift zu stellen.

Die Schriftleitung

Ländlicher Raum in Gefahr

von Ulrich Böhner, Straßburg

1. Vorwort

Wer geglaubt hatte, daß die Demonstrationen der Bauern in den letzten Jahren nichts als Verteidigung ihres Berufsstandes gewesen seien, der übersieht die schwere wirtschaftliche Krise, die den Zusammenhalt und die Solidarität unserer Gesellschaft bedroht und die Entwicklung eines Raumes betrifft, der mehr als 85 Prozent der Fläche Europas umfaßt.

Die Probleme des ländlichen Raums sind nicht gelöst worden, weder durch die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft, noch durch nationale Politiken anderer Staaten des Europarats. Im Gegenteil, in nicht wenigen Fällen hat die wirtschaftliche Lage des ländlichen Raums sich verschlechtert. Umweltprobleme und Verschmutzung kommen noch hinzu, die auf dem Lande weniger offensichtlich, aber ebenso heimtückisch und schwierig sind wie in den Ballungszentren.

Diese besorgniserregende Situation bedarf gemeinsamer Überlegungen auf europäischer Ebene, des Erfahrungsaustauschs, insbesondere durch ein europäisches Programm von Demonstrationsprojekten, einer Bewußtseinsbildung der Entscheidungsträger und der Ausarbeitung von Vorschlägen und politischer Empfehlungen im Rahmen eines Arbeitsprogramms einer internationalen Organisation.

Die deutsche Bundesregierung hat, während ihres Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates diese Organisation angeregt, eine "europäische Kampagne für den ländlichen Raum" zu starten.

2. Gefahren von außen und innen

Diese Bedrohungen sind verschiedener Art, einige kommen aus dem ländlichen Milieu, andere von außen. Das Leben auf dem Lande und in der Stadt hängt auf verschiedensten Gebieten voneinander ab, ob es sich um das Ökosystem im allgemeinen oder um wirtschaftliche, politische oder Verwaltungsbereiche handelt. Dazu kommt, daß die ländliche Welt oft von Entscheidungszentren außerhalb abhängt. Gefahren von draußen sind:

2.1 Verschmutzung

Ein großer Teil der Verschmutzung auf dem Lande kommt aus der Stadt, vor allem von chemischen und anderen Industrien; sie verbreiten ihren Schmutz weit hin durch Luft und Wasser. Da sowohl die Landwirtschaft wie der Tourismus von einer natürlichen, gesunden Umwelt abhängen, bedeutet Verschmutzung nicht nur Gefahr für das ökologische Gleichgewicht, sondern auch für die örtliche Wirtschaft. Besonders durch den sauren Regen werden viele Wälder, besonders in der Bundesrepublik (Schwarzwald/Bayern), in Frankreich (Vogesen), in Österreich und Skandinavien angegriffen, aber auch die Bodenqualität ganz allgemein.

2.2 Massentourismus

Die natürliche Umwelt und Landschaft werden ebenfalls durch den Massentourismus und die Infrastrukturen, die er an bevorzugten Stellen an Meeresstränden und im Gebirge erforderlich macht, bedroht. Diese Industrien, die dann oft von Ortsfremden hochgezogen werden, bedeuten eine Gefahr für das oft sehr empfindliche natürliche Gleichgewicht. Wenn das Milieu erst überlastet ist, breitet sich diese Art von Verschmutzung schnell auf die umliegenden Gegenden aus.

2.3 Der Druck auf den ländlichen Raum, Veränderung der Landschaft

Zweitwohnungen und unkontrollierte Ausdehnung der Städte erzeugen einen starken Druck auf den ländlichen Raum. Er wird zersiedelt, oder er geht in den Randgebieten der Städte unter. Wirtschaftlich gesehen steigen die Bodenpreise so schnell, daß der Ankauf für die einheimische Bevölkerung schwierig wird. Wird der Boden so verwendet, werden aus manchen Dörfern Vororte oder Feriendörfer. Dazu kommt dann das Transportwesen, das von Jahr zu Jahr mehr Boden im ländlichen Raum verschlingt.

2.4 Der Einfluß städtischer Gewohnheiten

Von jeher hat das städtische Milieu großen Einfluß auf die Landbevölkerung gehabt. Die Stadt und ihre Bewohner waren schon immer überzeugt, daß sie mehr entwickelt sind als die Leute auf dem Lande. Heute hat das städtische Leben in unserer Kommunikationsgesellschaft die Tendenz, ländliche Tradition, die gegenseitige Hilfsbereitschaft, die Solidarität und den Lebensstil in Symbiose mit der Natur zu zerstören, ohne eine neue Lebensform anzubieten, aus der die Landbevölkerung neue Strukturen entwickeln könnte. Man fragt sich, ob es morgen noch einen Unterschied zwischen Stadt- und Landleben geben wird, und ob man auf dem Land noch Eigenwerte findet.

2.5 Wirtschaftliche Zusammenhänge

Bei realistischer Sicht ist der ländliche Raum von der Wirtschaftsstruktur und der Agrarpolitik abhängig. Als es wenig zu essen gab, entwickelten die Landwirte Methoden, um immer mehr Nahrungsmittel zu produzieren. Nun ist aber seit einiger Zeit der Markt für viele landwirtschaftliche Produkte mehr als gesättigt. Ob-

gleich diese zum Teil subventioniert werden, sahen sich viele Landwirte gezwungen, entweder die Erde brach liegen zu lassen oder ihren Beruf aufzugeben oder für sich und ihre Familienmitglieder den Weg der Mehrfachbeschäftigung zu gehen. Nach Statistiken der OECD arbeiten auch im ländlichen Raum nur noch 10 Prozent der Erwerbstätigen als Landwirte. Die schwierige Lage der Arbeit auf dem Lande stellt die Bauern vor die Wahl, entweder in der Stadt zu arbeiten (und oft auch dort zu wohnen) oder sich neue eigene Aktivitäten zu schaffen.

2.6 Verlust an politischem Gewicht

In Ländern mit ländlicher Tradition stellte früher die Landbevölkerung die Mehrzahl der Bewohner. Heute hat die demographische Entwicklung dieses Gewicht fast überall verschoben. Die Zusammenlegung und Neuordnung der Gemeinden haben oft dazu geführt, die Entscheidungszentren vom Lande wegzuverlegen, zum Schaden der kommunalen Selbstverwaltung.

2.7 Die Netze

Das dichte Zusammenleben in der Stadt hat zur Vernetzung im Transportwesen, bei Wasser, Telefon, Heizung, Energie (Gas) und neuerdings zur Verkabelung geführt. Die Landbevölkerung hat oft als allerletzte davon profitiert und ihr wurden als erster Eisenbahnlinien, Linienbusse und öffentliche Telefone genommen, wenn diese Einrichtungen zu teuer wurden. Durch solche Entscheidungen kann es zu neuen Ungleichheiten zwischen Stadt und Land kommen, also zu einem Europa mit "zwei Geschwindigkeiten" und einem Solidaritätsbruch, was Bedrohung des politischen Gleichgewichts in unserer Gesellschaft bedeutet.

2.8 Innere Bedrohungen: Landwirtschaft und Umwelt

Auch von innen her ist die ländliche Welt bedroht. Industrielle und städtische Verschmutzungen sind nicht die einzigen Gefahren für die Umwelt: Die Landwirtschaft selbst kann schwere Umweltschäden verursachen: Das ökologische Gleichgewicht ist bedroht durch die zu intensive Ausbeutung des Bodens, die der Natur nicht genügend Lebensraum läßt. Der übermäßige Verbrauch von Düngemitteln verschmutzt Flüsse und Seen. Die Schädlings- und Vertilgungsmittel töten oft mehr als nötig Tiere und Pflanzen. Die Monokulturen und Ausrottung von sogenannten schlechten Gräsern und Kräutern, von Hecken und Bäumen, um mehr Anbaufläche zu bekommen, steigert die Risiken der Erosion durch Wasser und Wind, denn der Boden verliert an Halt. Und er wird mehr und mehr mit giftigen Substanzen durchtränkt. Alle diese Erscheinungen laufen Gefahr, die Basis der Landwirtschaft selbst zu zerstören.

2.9 Verödung

Auch Verödung ist eine Gefahr für das Land. Mangelnde Arbeitsplätze, aber auch das attraktive Stadtleben mit seinen Freizeitmöglichkeiten bewegt viele junge Leute, vom Lande in die Stadt zu ziehen. Diese Verödung hat einen zusätzlichen

Effekt: Wenn die Bevölkerung abnimmt, verschwinden auch Schule und Handel, und die Region verliert weiter an Anziehungskraft. Das Überleben der Gemeinschaft ist in Frage gestellt; die ländliche Welt verliert ihre menschliche Substanz, und damit werden alte Gebäude, ja ganze Dörfer menschenleer; Landschaften mit uralter Kultur veröden.

2.10 Identitätsverlust

Es kommt nicht selten vor, daß Landwirte ihrer eigenen Kultur den Rücken kehren. Von städtischen Vorbildern beeinflusst wollen sie, koste es, was es wolle, sich deren Standards angleichen. So gehen Traditionen verloren, Dörfer verlieren ihr Gesicht. Moderne Häuser entstehen, die kaum dem örtlichen Rahmen entsprechen. Die hergebrachte Bausubstanz auf dem Lande wird verunstaltet.

3. Reservoir menschlicher Schaffenskraft

Alle diese Tatsachen bedrohen den ländlichen Raum und seine Zukunft. Trotzdem bleibt der ländliche Raum ein Reservoir menschlicher Schaffenskraft. Vielen ist das bewußt geworden, und sie wollen sich gegen alle diese Widrigkeiten zur Wehr setzen. So gibt es jetzt eine Einstellung, die man als ein neues ländliches Selbstbewußtsein bezeichnen kann: Die ländliche Bevölkerung ist stolz auf ihre Eigenständigkeit und entwickelt ein neues Selbstbewußtsein, das sich auf Kultur, Geschichte und Wirtschaft ihres jeweiligen Lebensraumes stützt.

Gleichzeitig gewinnen Fragen des Umweltschutzes und des ländlichen Erbes in den Augen der Bewohner und der Behörden zunehmende Bedeutung. Die Rolle des Landwirts in Europa ändert sich: Der Stellenwert der Nahrungsmittelproduktion tritt hinter Pflege und Erhaltung von Natur und Landschaft zurück.

Die Bevölkerung in Stadt und Land muß sich dieser Probleme bewußt werden, um eine neue Stadt-Landsolidarität zu entwickeln, ohne die unsere Gesellschaft Gefahr läuft, ihr Gleichgewicht zu verlieren.

FACHBEITRÄGE

100jähriges Jubiläum des Kulturamtes Trier

von Staatsminister Dieter Ziegler, Mainz *)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke Herrn Frischbier für die Einladung zu der heutigen Feierstunde und für die freundliche Begrüßung.

Als Vertreter der Landesregierung und zuständiger Fachminister bin ich gerne heute nach Trier gekommen.

Der Rückblick auf eine 100jährige Arbeit des Kulturamtes Trier ist sicher ein angemessener Anlaß, daß zahlreiche Gäste mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kulturamtes anwesend sind. Ich freue mich über Ihr Kommen und möchte sie ebenfalls herzlich begrüßen.

Auch in unserer sehr schnellebigen Zeit, in der wir laufend mit einer Fülle neuer Probleme befaßt sind, ist es notwendig, Rückblick auf die Vergangenheit zu nehmen.

Hier besteht eine Verpflichtung gegenüber denen, die vor uns tätig waren und auf deren Leistungen wir letztlich aufbauen.

Andererseits lassen sich die aktuellen Probleme auch immer nur in kritischer Würdigung der Vergangenheit lösen. Diese Erfahrung gilt ja für Politik und Verwaltung in gleicher Weise.

Es ist doch schon durchaus wichtig festzustellen, wie in der Vergangenheit die Menschen in den jeweils vorhandenen konkreten Situationen Lösungen für die anstehenden Probleme gesucht und gefunden haben.

Der Rückblick auf 100 Jahre Arbeit des Kulturamtes Trier als Beitrag zur Entwicklung einer großen und wichtigen Region wie das Trierer Land dient auch der Stärkung eines richtig verstandenen Geschichtsbewußtseins, auf das auch in einer modernen Gesellschaft nicht verzichtet werden kann.

Die anschaulich gestaltete Festschrift des Kulturamtes berichtet in sehr informativ und gut gestalteten Beiträgen über die bisherige Arbeit des Kulturamtes. Sie geht dabei auch auf die weitere Arbeit des Amtes ein.

*) Vortrag bei der Festveranstaltung anläßlich der Feier des 100jährigen Jubiläums des Kulturamtes Trier am 12.10.1987 in Trier

Ich halte es für sehr nützlich, daß eine Ausstellung in der Kreissparkasse Trier vor allem die ländliche und städtische Bevölkerung in gleicher Weise erreicht.

In einem demokratischen Staat hat die Öffentlichkeit einen Anspruch auf diese Unterrichtung ohne eitle Selbstdarstellung der Behörde.

1. Rückblick

Meine Damen und Herren, es war schon eine in die Zukunft weisende bedeutsame Entscheidung, als am 01.10.1887 von der kurz zuvor gegründeten preußischen Generalkommission in Düsseldorf die Spezialkommission Trier und damit die älteste Landeskulturbehörde in Rheinland-Pfalz eingerichtet wurde.

Die Behörde konnte zunächst nur in sehr bescheidenem Rahmen ihre Arbeit aufnehmen.

Die Behörde war bei Beginn nur auf dem Gebiet der Zusammenlegung des zersplitterten Grundbesitzes tätig.

Die damaligen weiteren Aufgaben einer Spezialkommission wie die Gemeinheitsteilung, Reallastenablösung oder Rentengutsverfahren hatten im Regierungsbezirk Trier keine größere Bedeutung.

Durch das preußische Landeskulturgesetz im Jahre 1919 erfolgte die Umbenennung von "Spezialkommission" in die heute noch gültige Bezeichnung "Kulturamt Trier".

Wir halten diese Bezeichnung in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern auch im Hinblick auf die derzeitigen und zukünftigen Aufgaben für durchaus zutreffend.

Immerhin ist in der Neufassung des Flurbereinigungsgesetzes die Förderung der Landeskultur als eine der zentralen Aufgaben genannt und damit ein umfassender Ordnungsauftrag für den ländlichen Raum festgelegt.

Mit dem preußischen Landeskulturgesetz erfolgte auch eine weitgehende Verlagerung von Zuständigkeiten von der bisherigen Generalkommission in die Ortsinstanz, um eine schnelle und bürgernahe Erledigung der Arbeiten zu ermöglichen.

Düsseldorf lag eben doch recht weit von Trier entfernt.

Durch die preußische Umlegungsordnung von 1919 wurde auch eine einheitliche Rechtsgrundlage für die Durchführung der Verfahren in Preußen geschaffen.

Das Reichssiedlungsgesetz von 1919 war dann eine weitere wichtige Grundlage für landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahmen.

Das Reichsumlegungsgesetz von 1936 bzw. die Reichsumlegungsordnung von 1937 hat die Möglichkeiten für die Durchführung von Umlegungsverfahren weiterentwickelt.

Seit 1953 bildete dann das Flurbereinigungsgesetz die wesentliche Arbeitsgrund-

lage des Kulturamtes Trier bei gleichzeitiger Weiterentwicklung der Verfahrensmöglichkeiten mit Anpassung an die zwischenzeitlich geänderten verfassungsrechtlichen Normen.

Die Neufassung dieses Gesetzes im Jahre 1976 hat die Flurbereinigung noch deutlicher als bis dahin als umfassende Maßnahme zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft und zur Förderung der Landeskultur und Landentwicklung ausgelastet und damit die Aufgaben des Amtes weiterentwickelt.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden dem Kulturamt neben der Weiterführung der Bodenordnungsverfahren zusätzliche und wichtige, wenn auch heute oft vergessene Aufgaben bei der Eingliederung von Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlings in die Landwirtschaft übertragen.

Etwa ab 1958 erfolgte, zunächst auf der Grundlage des sog. "Grünen Planes" und dann mit erheblich erhöhter Intensität nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" von 1969, mit wesentlicher finanzieller Beteiligung des Bundes im Jahre 1969 eine intensive Mitwirkung bei den verschiedenen einzelbetrieblichen Förderungsmaßnahmen wie Aufstockungen, bauliche Maßnahmen und Aussiedlungen.

Neue Aufgaben kamen ab 1975 hinzu:

Die Förderung des landwirtschaftlichen Wegebaues außerhalb der Flurbereinigung und, zunächst im Rahmen des sog. Programms zur Förderung von Zukunftsinvestitionen von 1977 bis 1981, die Förderung der Dorferneuerung, die seit 1983 in einem besonderen Landesprogramm weitergeführt wird.

Das Kulturamt Trier war und ist in diesem umfassenden Aufgabenbereich für die Menschen im Trierer Land tätig.

Bei der Neuordnung von Acker-Grünlandflächen wurde bei sehr unterschiedlichen und durchweg schwierigen Standortbedingungen unter Anwendung verschiedener Verfahrensarten gearbeitet: Umfassende Maßnahmen in größeren Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung bis hin zu einfachen und schnellen Maßnahmen, wie vereinfachte Flurbereinigungs- und Beschleunigte Zusammenlegungsverfahren in kleinen Gemeinden.

Schon sehr frühzeitig ist die Bereinigung der Rebflächen durch die Weinbergungsverfahren begonnen worden.

Hier hat das Kulturamt Trier echte Pionierarbeit im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer geleistet, wobei vor allem das Verfahren Leiwien an der Mosel zu nennen ist.

Zu Recht hat dieses Verfahren in der Festschrift des Kulturamtes einen besonderen Platz erhalten.

2. Leistungen

Das Kulturamt Trier kann, wie in der Festschrift belegt, mit Stolz auf beachtliche Leistungen verweisen, wie die Ergebnisse belegen.

Es zählt in Rheinland-Pfalz zu den Kulturämtern mit einer besonders guten jährlichen Leistung!

So wurden insgesamt seit Beginn der Arbeit Bodenordnungsverfahren mit einer Gesamtfläche von 115.000 ha, davon 4.300 ha Rebfläche, bereinigt.

Davon entfallen auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg alleine 78.000 ha.

Die beachtlichen Fortschritte bei der Bodenordnung in den letzten Jahrzehnten waren neben guter Arbeitsorganisation und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter auch wesentlich durch die beschleunigten Zusammenlegungsverfahren der Landsiedlung Rheinland-Pfalz mit rd. 22.000 ha Verfahrensfläche bestimmt.

Zur Finanzierung der Ausführungskosten wurden allein von 1973 bis heute öffentliche Mittel, vorwiegend Zuschüsse, in Höhe von rd. 76,0 Mio DM in Eifel, Hunsrück und vor allem Mosel/Saar eingesetzt.

Bei der ländlichen Siedlung und einzelbetrieblichen Förderung von 1950 bis heute hat das Kulturamt bei über 1.500 Vorhaben maßgeblich mitgewirkt:

Bei der Eingliederung von Heimatvertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen auf 113 Voll- und 174 Nebenerwerbsstellen, bei 246 Aussiedlungsverfahren, bei 313 sog. baulichen Maßnahmen in Altgehöften, bei 425 Betriebsaufstockungen und schließlich bei der Selbsthaftmachung von Landarbeitern auf 169 Stellen.

Für diese Aktionen - insgesamt 1.500 - hat das Kulturamt öffentliche Gelder in Höhe von 98 Mio DM neben der Zinsverbilligung von Kapitalmarktdarlehen in Höhe von 38 Mio DM den antragstellenden Bauern/Winzern verschafft.

Die seit 1975 in die Zuständigkeit des Kulturamtes gelegte Förderung des landwirtschaftlichen Wirtschaftswegebaues außerhalb der Flurbereinigung umfaßte bisher insgesamt 144 km befestigte Wege mit Zuschüssen von rd. 4,6 Mio DM.

Ich halte es für besonders erfreulich, daß das Kulturamt Trier auf dem Gebiet der Dorferneuerung als wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur schon bis heute 470 Einzelmaßnahmen mit Zuschüssen in Höhe von rd. 9,0 Mio DM gefördert hat.

Das soll auch in Zukunft so bleiben!

In Verbindung mit der Dorferneuerung ist auf die durch das Kulturamt in Baulandumlegungsverfahren ausgewiesenen 2.900 Bauplätze hinzuweisen, die einen ganz wesentlichen Beitrag zur Dorf- und Gemeindeentwicklung bedeuten, den ich in dieser Stunde besonders herausstellen möchte.

Neben diesen Hauptarbeitsgebieten sind zahlreiche und vielfältige Aktivitäten des Kulturamtes, wie die Mitwirkung bei der Erstellung von Bauleitplänen und Straßenmaßnahmen, die Abgabe von Stellungnahmen wie zu Bauvorhaben im Außenbereich u.ä. zu nennen.

3. Auswirkungen

Das Kulturamt Trier hat in seiner nunmehr 100jährigen Arbeit fortlaufend wichtige und konstruktive Beiträge zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Weinbaues und zur Entwicklung des Trierer Raumes insgesamt erbracht.

Zwar haben sich die agrarischen Ziele gemäß den jeweiligen politischen Anforderungen öfter geändert.

Eine Hauptaufgabe war und ist:

Die umfassende Verbesserung der innerbetrieblichen Strukturen in den landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben ist eine entscheidende Voraussetzung für eine rationelle Bewirtschaftung mit niedrigerem Arbeitsaufwand und möglichst niedrigen Kosten/ha.

Dadurch konnte die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Lebensverhältnisse der bäuerlichen Familien verbessert werden.

Nicht nur die in Zahlen nachweisbaren Auswirkungen sondern auch die Arbeitserleichterungen müssen hier gesehen werden.

Die Erhaltung und der Ausbau von einkommensstarken Vollerwerbs- und von stabilen Formen der Nebenerwerbsbetriebe ist ohne eine Neuordnung der Gemarkungen in einem Realteilungsgebiet in der Regel nicht möglich.

Dabei ist die Entwicklung der Besitzstruktur unserer Betriebe zu sehen, die sich durch das Ausscheiden von kleineren Einheiten ständig verändert.

Der deutliche verringerte Arbeitsaufwand nach den Bodenordnungsverfahren ist durch die Erfahrungen der Praxis und auch durch verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen bewiesen.

Wir können dabei nicht übersehen, daß die Neuordnung der Gemarkungen alleine die schwierige Situation der Landwirtschaft und des Weinbaues nicht ausreichend verbessern kann.

Die Neuordnung der Gemarkung war, ist und bleibt - neben der Betriebsleiterausbildung - Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Betriebe.

Sie unterstützt andere Maßnahmen und erhöht deren Wirksamkeit, wie z.B. im einzelbetrieblichen Bereich.

Die Bodenordnungsverfahren haben aber über die Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Weinbau hinaus wesentlich zur Aufwärtsentwicklung der Gemeinden im Trierer Raum beigetragen.

Hier waren vor allem die Verfahren in Verbindung mit größeren infrastrukturellen Maßnahmen, wie Autobahn- und Straßenbau oder der Ausbau der Mosel wichtig.

Andere flächengebundene Entwicklungen, wie die Dorf- und Gemeindeentwicklung, wurden durch umfassende Bodenordnungsverfahren ermöglicht oder wesentlich erleichtert.

Im letzten Jahrzehnt war das Kulturamt mit Erfolg bemüht, in den Bodenordnungsverfahren nachteilige Eingriffe in Natur und Landschaft zu vermeiden oder wenigstens einzuschränken und hat Verbesserungen des Landschaftshaushaltes in einer ganzen Anzahl neuerer Verfahren erreicht.

4. Grundlagen der Leistungen

Meine Damen und Herren, die Gesamtleistung des Kulturamtes Trier beruht in erster Linie auf dem aktiven Mitwirken aller Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden selbst.

Diese Bereitschaft zur positiven Zusammenarbeit war - trotz gelegentlicher Gegensätze - in den Gemeinden des hiesigen Raumes immer vorhanden.

Die kommunalen staatlichen und berufsständischen Stellen und Institutionen haben aber in guter Weise Unterstützung geleistet.

Nur vor diesem Hintergrund konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes in den verschiedenen Funktionen und Verantwortlichkeiten mit Können, Fleiß und stetiger Einsatzbereitschaft erfolgreich arbeiten.

Hierbei war das gute Zusammenwirken der verschiedenen Fachbereiche, wie Planung und Technik, Verwaltung, Kulturbau und Landespflege, selbstverständlich.

Die Leiter der Behörde haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch beispielhaftes Können und vorbildlichen Einsatz motiviert.

Hier darf ich, ohne andere zurücksetzen zu wollen, Min.Rat Dr. Spaetgens namentlich nennen, der viele Jahre (von 1935 - 1954) in einer sehr schweren Zeit das Amt geleitet hat.

5. Dank

Meine Damen und Herren, lassen sie mich als zuständiger Fachminister und im Namen der Landesregierung von Rheinland-Pfalz deshalb persönlich heute hier auch einmal Dank abstaten.

Zunächst danke ich allen früheren und derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kulturamtes Trier für ihren in vielen Jahren gezeigten vorbildlichen Einsatz zum Wohle der Landwirtschaft und der Menschen im ländlichen Raum.

Ich danke besonders denen von Ihnen, die durch unermüdlichen Einsatz über 8 Stunden hinaus mit erhöhter Verantwortung die Arbeit des Amtes weitergebracht haben.

Meine Damen und Herren, davon lebt eine bürgernahe Verwaltung in besonderem Maße.

Ich möchte aber auch den verschiedensten staatlichen und kommunalen Dienststellen und Organisationen, die in den vielen Jahren mit dem Kulturamt zusammen die Arbeit vorangebracht haben, für ihre wirkungsvolle Unterstützung danken.

6. Blick in die Zukunft

Meine Damen und Herren, am heutigen Tage ist nicht nur Rückschau auf eine ansehnliche Leistungsbilanz des Amtes zu nehmen, sondern auch der Blick in die Zukunft zu richten.

Das erwarten Sie sicher von mir als dem zuständigen Ressort-Minister.

Um es klar zu formulieren:

Das Kulturamt Trier hat auch in der Zukunft wichtige Aufgaben wahrzunehmen.

Bei der ländlichen Bodenordnung als Hauptaufgabe sind weitere Anstrengungen notwendig zur Verbesserung der strukturellen Situation in den Gemarkungen.

Auch in der aktuellen agrarpolitischen Diskussion, die sehr deutlich von Markt- und Sozialproblemen bestimmt ist, darf die Bedeutung der Strukturverbesserung für die Landwirtschaft und für den ländlichen Raum insgesamt weder übersehen noch unterbewertet werden.

Die Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Weinbaues sind heute mehr denn je auf eine möglichst rationelle Nutzung der Flächen angewiesen.

Gerade bei den derzeitigen und voraussichtlich auch weiter anhaltenden Schwierigkeiten auf den wichtigen Agrarmärkten ausreichende Preise zu erzielen, sind alle Bemühungen, durch Rationalisierung in den Betrieben von großer Bedeutung.

Das wird heute in manchen agrarpolitischen Diskussionen völlig übersehen.

Diese Maßnahmen führen auch nicht, wie mitunter behauptet wird, zwangsläufig zu marktbelastenden Mehrerträgen.

So steht die Neuordnung in den Futterbaugebieten nicht im Gegensatz zu der Milchmengenregelung und die Weinbergsflurbereinigung widerspricht nicht den derzeitigen Überlegungen ha-Höchstmengenbeträge zur Stabilisierung des Marktes einzuführen.

Was wir für unsere Landwirte brauchen sind in erster Linie Grundstücksgrößen von 2,5 - 5,0 ha, erschlossen mit einem vernünftigen Maß an befestigten Wegen und eingebettet in eine Landschaft mit Wäldern, Bäumen und Sträuchern in einem natürlichen System.

Ich kenne Beispiele auch in dieser Region, wo diese Ziele realisiert wurden. Lassen Sie uns damit fortfahren in den nächsten Jahren.

Diese Verfahren sollen verstärkt als vereinfachte Verfahren oder als beschleunigte Zusammenlegungsverfahren mit eingeschränkten Ausbaumaßnahmen unter weitgehender Erhaltung und auch Ergänzung der Landschaftselemente ablaufen.

Wir sparen damit Zeit und Kosten für Bauern, Winzer und Staat.

Zudem sagt Ihnen mancher Bürger "Danke" für eine verbesserte und erhaltene Landschaft in unseren Gemeinden. Natürlich brauchen auch die Winzer an Mosel/Saar/Ruwer die Hilfen der Flurbereinigung weiterhin zur Kostensenkung und Landschaftserhaltung.

Auf Flächengrößen von wenigen 100 m² kann niemand kostendeckend arbeiten!

Diese Nachteile - und fehlende Wege dazu - finden sich noch auf etwa 1.000 ha Rebflächen, die überwiegend zu den guten Lagen zählen.

Hier muß das Kulturamt die notwendigen Voraussetzungen im nächsten Jahrzehnt schaffen.

Ich habe in den letzten Jahren immer wieder betont:

Bei allen Bodenordnungsverfahren müssen die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege berücksichtigt werden.

Ein Beschluß des Landtages von diesem Jahr stellte das deutlich heraus.

Ich meine, daß wir in dieser Frage in den letzten Jahren ganz Erhebliches erreicht haben.

Diese Bemühungen sind fortzusetzen.

Gleichzeitig darf aber die so notwendige Vergrößerung der Bewirtschaftungsflächen in der Region Trier nicht vernachlässigt werden.

Der Kompromiß heißt: In maschinengerechten Grundstücken vorhandene Biotope möglichst erhalten, evtl. vergrößern und in jedem Fall den Fortbestand sichern.

7. Neue Aufgaben

Neue Aufgaben für Bodenordnungsverfahren ergeben sich durch neue agrarpolitische Leitlinien.

Heute steht die Verbesserung der Marktsituation durch Verringerung der Überschüsse deutlich im Vordergrund.

Bund und Länder lehnen bekanntlich Preissenkungen als ein Mittel zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den Agrarmärkten ab.

Eine derartige Politik würde zu nicht absehbaren Folgen für die meisten unserer Betriebe, besonders in den Höhengebieten, führen.

Dagegen muß versucht werden, durch eine Begrenzung des Angebotes die Produktion einzuschränken.

Die Milchmengenkontingentierung war ein erster Schritt in diese Richtung.

Aber auch in anderen Marktbereichen mit Überschußsituationen, vor allem beim Getreide, sind Maßnahmen notwendig.

Seit Anfang des Jahres liegen neue soziostrukturelle Vorschläge der EG-Kommission vor.

Diese Vorschläge zielen auf einen Abbau der Überproduktion, die Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen und den Schutz der Umwelt, der Erhaltung des ländlichen Raumes und der Landschaft ab.

Sie sehen auch eine Flächenstillegung bei Getreide vor.

Hier sind die Vorstellungen schon verhältnismäßig weit konkretisiert.

Ein erster Entwurf von Fördergrundsätzen des Bundes liegt vor, der zur Zeit eingehend mit den Ländern erörtert wird.

Zur Diskussion stehen bei der Flächenstillegung neben der Rotations- und der Dauerbrache die Herausnahme von Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung in Verbindung mit Aufforstungen oder Ausweisung von Biotopflächen und ähnliches.

Diese Maßnahmen sind meist nur sinnvoll in Verbindung mit Bodenordnungsverfahren zu verwirklichen.

Es muß nämlich verhindert werden, daß ein völlig ungeordnetes Ausscheiden der Flächen über die Gemarkung hinweg erfolgt.

Damit könnten die Bauern und Winzer wohl kaum "leben".

Die Kulturämter müssen daher in Zukunft diese Flächen gezielt zur Gestaltung von Landschaft und Umwelt, insbesondere durch vernetzte Biotopsysteme, Ausweisung von Aufforstungsgewannen entsprechend ausweisen.

Auch dabei werden die Zusammenlegungen der Äcker/Wiesen und Weinberge für die landaufnehmenden Betriebe erforderlich sein.

Derartige Verfahren, die möglicherweise in großer Zahl anfallen, müssen in einer möglichst einfachen und schnellen Abwicklung mit sehr geringen Ausführungskosten/ha, die dann auch entsprechend wenig Fördermittel erfordern, durchgeführt werden.

Ich möchte die Verwaltung auffordern, bereits jetzt in diese Richtung zu denken und diese neue Aufgabe durch Pilotverfahren im kommenden Jahr zu unterstützen.

Bei der Dorferneuerung halte ich auch in Zukunft eine intensive Mitarbeit des Kulturamtes für notwendig, schon aus dem genannten engen Zusammenhang mit den Bodenordnungsverfahren.

Die Dorferneuerung ist nicht nur eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe! Sie hat auch bedeutsame agrarstrukturelle Zielsetzung.

Das Kulturamt wird weiterhin bei der Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" und ergänzenden Landeshaushaltsmitteln mitwirken.

Es wäre nicht zu vertreten, bei der Dorferneuerung auf die fachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturämter zu verzichten.

Ein oft in diesem Kulturamtsbezirk mit Erfolg eingesetztes Mittel ist die Ortsflurbereinigung.

Sie schafft öfter die erforderlichen Voraussetzungen einer vernünftigen und gut geplanten Dorferneuerung.

Sie sollten diese Verfahren aktiv weiterbetreiben.

Zusätzliche Aufgaben werden auf das Kulturamt Trier durch die Liquidation der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH zukommen.

Die Kulturämter müssen die Aufgaben der Betreuung bei Aussiedlungen und größeren Umbauvorhaben übernehmen, eine Aufgabe die zusätzliche Anforderungen stellt.

8. Voraussetzungen für weitere Arbeit

Meine Damen und Herren, das Kulturamt Trier kann seine weiteren wichtigen Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn wie bisher die in ausreichender Zahl vorhandenen qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den verschiedenen Fachbereichen zur Verfügung stehen.

Die Landesregierung wird hierfür auch in Zukunft sorgen und ich weiß, daß dies keine leichte Aufgabe für mich als Ressortminister sein wird.

Ich weiß aber auch, daß die derzeitigen und kommenden Aufgaben eine weitere Personalreduzierung der Kulturämter nicht zulassen.

Damit kann sicher eine bestimmte Personalausstattung und Personalstruktur nicht für unbegrenzte Zeit fortgeschrieben werden. Anpassungen können notwendig werden. Wir werden uns auch darum bemühen, die erforderlichen Haushaltsmittel zur Finanzierung der Maßnahmen, insbesondere der Ausführungskosten in den Bodenordnungsverfahren, trotz der Schwierigkeiten bei der Haushaltslage bereitzustellen.

Allerdings ist nicht zu übersehen, daß zunehmend Probleme durch die Förderung neuer Maßnahmen, wie z.B. der erhöhten Ausgleichszulage, die auch im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zu finanzieren ist, entstehen.

Der Ansatz an Mitteln für die Flurbereinigung und für die einzelbetriebliche Förderung konnte bereits in den vergangenen Jahren deutlich reduziert werden.

Das liegt in erster Linie an den intensiven Bemühungen um einen reduzierten Ausbau in den Bodenordnungsverfahren.

Bei dem Mittelansatz zur Förderung der Flurbereinigung in 1988/89 sollen keine weiteren Kürzungen erfolgen. Auch zur Förderung der Dorferneuerung mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe soll der zuletzt erreichte Ansatz nicht gekürzt werden.

Die Förderung neuer Aufgaben darf grundsätzlich nicht dazu führen, daß bisherige und auch weiter notwendige Aufgaben wesentlich eingeschränkt werden müssen.

Im übrigen ist bei dem Mittelansatz/Flurbereinigung zu berücksichtigen, daß die

Förderung der Bodenordnungsverfahren mit Schwerpunkt in den benachteiligten Gebieten und in den Weinbausteillagen, in diesem Jahr mit Rücksicht auf die schwierigen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft sehr deutlich verbessert wurde.

Von der Notwendigkeit dieser Verbesserungen konnte auch der Finanzminister überzeugt werden.

Auch der hieraus sich ergebende zusätzliche Bedarf an Fördermitteln muß verfügbar bleiben.

Mein Ministerium wird sich auch weiter darum bemühen, daß erstmalig im Doppelhaushalt 1988/89 Landeshaushaltsmittel außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung von Bodenordnungsverfahren, die überwiegend nicht der Verbesserung der Agrarstruktur sondern ökologischen Zielsetzungen dienen, eingesetzt werden.

Ich halte zumindest Versuche sog. "reiner Landespflegeverfahren" für erforderlich.

In gleicher Weise notwendig scheint eine Erhöhung des Ansatzes an Landeshaushaltsmitteln zum Ankauf von Biotopflächen in überwiegend öffentlichem Interesse.

Hier besteht - wie ich immer höre - ein großer Bedarf, der bisher nur teilweise abgedeckt werden konnte.

Ich muß aber nachdrücklich auf die sehr begrenzten Möglichkeiten in den kommenden Haushaltsjahren bei der schwierigen Haushaltslage hinweisen.

Es ist hierbei auch zu berücksichtigen, daß das Agrarprogramm der Landesregierung in den Jahren 1988 und 1989 mit einem Ansatz von je 40 Mio DM weitergeführt werden muß und sich hierdurch zusätzliche Belastungen für den Haushalt ergeben.

Gleichwohl soll der Versuch auf Mittelerhöhung unternommen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit der Zuversicht schließen, daß das Kulturamt Trier auch in Zukunft, wie in den vergangenen 100 Jahren, konstruktiv zur Entwicklung des Trierer Landes beitragen wird.

Ich baue darauf und bitte herzlich, daß alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes, und zwar in allen Funktionen und Verantwortlichkeiten, in der gleichen guten Weise wie bisher mit ihrem ganzen Wissen und Können ihre Arbeit weiterführen.

Ich setze dabei auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit den Menschen in den Dörfern dieser auch landschaftlich so reizvollen Region und mit allen an der täglichen Arbeit zu beteiligenden Stellen im staatlichen, kommunalen und berufsständischen Bereich.

Wir wollen gemeinsam hoffen, daß uns der innere und äußere Friede als Grundvoraussetzung unserer Arbeit erhalten bleibt.

Aufgaben der Landeskulturverwaltung in der 11. Legislaturperiode – und darüber hinaus

- Ein Diskussionsbeitrag -

von Kulturamtsvorsteher Felix Zillien, Worms

1. Vorbemerkung

"Tempora mutantur, nos et mutamur in illis!" - "Die Zeiten ändern sich, und wir uns mit ihnen!" Dieser Satz wird Kaiser Lothar I (795-855 n. Chr.) zugeschrieben, überliefert in Jan Gruters "Delitiae Poetarum Germanorum" (Bd. 1, Frankfurt 1612). Wer sich mit den Aufgaben der Landeskulturverwaltung in Vergangenheit, Gegenwart und möglicher Zukunft befaßt, der stellt fest, daß der Satz von Kaiser Lothar I auch für die Landeskulturaufgaben einen wahren Kern beinhaltet.

Stellvertretend für andere Aussagen aus längst vergangenen Zeitepochen können wir in der "Instruktion für die Zusammenlegung und neue Verteilung der Grundstücke" des Großherzogtums Hessen vom 5.12.1834 (Reg. Bl. S. 541) nachlesen, daß "für das Emporkommen des Ackerbaues" die "Zusammenlegung und neue Verteilung der Grundstücke" die **"maßgeblichste Maßnahme"** sei. Im Jahre 1931 würdigte Brandts 1) "die Grundstücksumlegung als **umfassende Maßnahme** staatlicher Boden- und Siedlungspolitik für den bäuerlichen Raum". Boyens 2) schrieb knapp ein Viertel Jahrhundert später, daß die Flurbereinigung "für das westdeutsche Bauerntum eine staatspolitische Aufgabe **erster Ordnung** und in Bezug auf den ländlichen Raum das ist, was für den deutschen Osten des Reichs die 'klassische Neusiedlung' war." Ergänzend stellte er fest, daß es keine andere Wahl gibt als die, "die Flurbereinigung in der umfassendsten Weise zu fördern, wenn der Staat die ländlichen Räume im Westen gesund erhalten, ihre Landwirtschaft fördern und das westdeutsche Bauerntum sowie dessen landwilligen Nachwuchs für sich gewinnen will." Geradezu beschwörend betonte Boyens: "Unterläßt der Staat diese Förderung, dann muß er wissen, ob er es sich leisten kann, wirtschaftlich einen großen Teil des deutschen Volksbodens nicht zu vollen Leistungen heranzuziehen ... und ob ihm die unvermeidliche Gegnerschaft eines ganzen Standes innenpolitisch gleichgültig sein kann."

Im Wandel der sich ändernden Zeit und Beurteilungen gilt heute die Flurbereinigung als ein Reizwort mit der negativen Unterstellung des "Zerstörerischen": Natur- und Landschaftsverluste sowie drastische Rückgänge früherer Artenvielfalt bei Fauna und Flora werden mit der Flurbereinigung unmittelbar in Verbindung gebracht 3). Ja mehr noch: Die Flurbereinigung habe "das Leichentuch über Natur und Landschaft ausgebreitet" und durch die "Ausräumung" der Landschaft bei der Bildung großer Nutzflächen eine "Kultursteppe" geschaffen 4). Nicht zuletzt vor

dem Hintergrund der derzeitigen Krisensituation in der Landwirtschaft und dem Weinbau wird die objektive Notwendigkeit der Flurbereinigung überdies zunehmend in Frage gestellt.

Gibt es - so müssen wir fragen - zwischen diesen sehr ausgeprägten Bewertungen von damals und heute überhaupt noch eine Brücke der Verständigung und Ansätze für den Fortbestand der Landeskulturverwaltung? Gibt es dazwischen noch einen "Mittelweg", etwa im Sinne von Ovid's "Verwandlungen" (2,137): "Medio tutissimus ibis" - "In der Mitte wirst du am sichersten gehen"? Ist diese Mitte innerhalb der stark divergierenden geistigen Auseinandersetzungen und Wertungen der uns vorgegebene Weg in die Zukunft? Ist es ein Weg des immer wieder zu hörenden "tragfähigen Kompromisses" und der "geistigen Partnerschaft" innerhalb des viel beschriebenen Spannungsfeldes zwischen Ökonomie und Ökologie oder ist es unser künftiges Los, in einer schicksalverbundenen "Seilschaft einer Gratwanderung" das Kunststück fertigbringen zu müssen, auf dieser Wanderung keinen Fehltritt zu machen, um den gemeinsamen Absturz zu verhindern?

Es wäre vermessen, für sich in Anspruch nehmen zu wollen, auf diese Fragen eine klare und verlässliche Antwort zu haben! Denn Aufgabe und Zukunftsaussichten der Landeskulturverwaltung hängen nicht zuletzt von agrarpolitischen Rahmenbedingungen ab. Darauf haben wir keinen Einfluß! Es dürfte jedoch folgende Feststellung zutreffend sein: Die Landwirtschaft, der die Landeskulturverwaltung zu dienen hat, wird nur dann eine Zukunft haben, wenn sie Teil einer Gesellschaft ist, die Fortschritt und Technik sinnvoll nutzt und die die Arbeits- und Lebensbedingungen in den bäuerlichen Familien verbessert. Die künftige Ausrichtung der Agrarpolitik hat daher darauf zu achten, daß der technische Fortschritt in der Landwirtschaft mit den ökonomischen, ökologischen und gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten in Einklang gebracht werden muß. Darin liegt zugleich auch der Schlüssel für die notwendige Stärkung des ländlichen Raumes. Flurbereinigung und Dorferneuerung tragen dazu ebenso bei wie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die den Nebenerwerbslandwirten eine zweite sichere Einkommensquelle und eine solide soziale Sicherung bieten.

Auf diese Kausalzusammenhänge bei gleichzeitiger Hervorhebung des Stellenwertes der Flurbereinigung hat der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seiner Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag am 10.12.1986 5) ausdrücklich hingewiesen. Damit wurde zugleich zum Ausdruck gebracht, daß im Verbund mit einer zukunftsorientierten Ausrichtung der Agrarpolitik die Flurbereinigung als Instrument der Bodenordnung und Landentwicklung in der vielfältigen Breite der Verfahrensmöglichkeiten den Land- und Forstwirten sowie den Winzern wichtige Perspektiven für die Zukunft anbieten kann. Das gilt ebenso für die kommunalen Gebietskörperschaften, für Ortsbürgermeister und Gemeinderäte, insbesondere bei der Durchführung von Dorfflurbereinigungen mit öffentlichen und privaten Maßnahmen der Dorferneuerung, die eine Langzeitaufgabe darstellt.

Die Landeskulturverwaltung kann sich heute nicht mehr darauf beschränken, große und nicht leugbare Leistungen der Vergangenheit für ihren künftigen Fortbestand heranzuziehen. Sie muß vielmehr - getragen vom staatlichen Willen - ihre möglichen Zukunftsaufgaben für jedermann deutlich herausstellen! Hierzu wäre eine entsprechende Aussage in der Regierungserklärung zu Beginn der 11. Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtages notwendig gewesen, so wie es am 10.12.1986 im bayerischen Landtag geschehen ist.

2. Forderungen an die Landeskulturverwaltung aus der Sicht der Praxis

2.1 Einzelaspekte mit summarischer Wirkung

Die Flurbereinigung als Hauptaufgabe der Landeskulturverwaltung hat künftig noch mehr als bisher bestimmten Mindestforderungen zu entsprechen. Als solche haben in Anlehnung an bayerische Thesen 6) folgende Anforderungen allgemeinen Geltungscharakter:

2.1.1 Hilfen für die Landwirtschaft, den Weinbau und die Forstwirtschaft anbieten

Die Landeskulturverwaltung hat mit dem Instrumentarium der Flurbereinigung auch künftig der Landwirtschaft, dem Weinbau und der Forstwirtschaft ihre vielfältigen bodenordnerischen, landentwickelnden und baulichen Hilfen in der Flur, im Dorf und im Wald anzubieten. Dabei müssen Sinn und Zielsetzung der Planungen und Maßnahmen den Verfahrensbeteiligten und Bürgern möglichst einfach und überzeugend dargestellt und nahegebracht werden. Die Erfolgchancen sind bereits im Ansatz der Planungen verständlich zu machen. Der Vollzug der Hilfsmaßnahmen muß vereinfacht und beschleunigt werden. Bürokratische Überfrachtungen und Selbstbindungen durch einengende Verwaltungsvorschriften müssen zügig abgebaut werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß wichtige Hilfen zu spät wirken und der Beschleunigungsgrundsatz (§ 2 Abs. 2 FlurbG) verletzt wird; denn bei allen Entscheidungen ist zu beachten, daß die Flurbereinigung unter dem Gebot größtmöglicher Verfahrensbeschleunigung steht (BVerwG 15.3.1973 BVerwGE 42.92 = AgrarR 1973, 330; VGH BW 9.4.1975 - VII 156/75, RzF 2 II,1).

2.1.2 Dörfer entwickeln und bewahren

Das Dorf als wichtiger Lebensbereich des Menschen und als eigentlicher Wurzelbereich der Landwirtschaft bedarf der funktionsgerechten, aber dorfgemäßen Weiterentwicklung. Die Landeskulturverwaltung hat deshalb gemeinsam mit den Gemeinden und ihren Bürgern Maßnahmen der Dorferneuerung als agrar- und infrastrukturelle sowie städtebauliche Aufgabe integral und interdisziplinär zu planen und behutsam auszuführen. Dabei hat die Landeskulturverwaltung zwar nur eine sektorale Aufgabe wahrzunehmen, weil die Dorferneuerung eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe ist. Die Kulturämter als Vorortinstanz der Landeskulturverwaltung haben jedoch bei dieser auf Ganzheitlichkeit ausgerichteten Neuordnung eine wichtige Mittlerrolle, die sonst kaum jemand effektiver zu übernehmen vermöchte 8). Dies wird von Teilen der Öffentlichkeit bislang nur unzureichend richtig erkannt. Gerade die Flurbereinigung als maßgebliches flächendeckendes Instrument ländlicher Bodenordnung und Landentwicklung hat nämlich die Chance und das fachliche Potential, konsensfähige Kompromißlösungen zwischen bäuerlichen Einzelinteressen, kommunalen Wünschen und den gesellschaftlichen Forderungen herbeizuführen. Dies muß verstärkt der Öffentlichkeit - den Bauern, Winzern, Bürgern, Kommunal- und Landespolitikern - bewußt gemacht werden. Geradezu verhängnisvoll für die Entwicklung des ländlichen Raumes wäre es, wenn die Fachkompetenz der Landeskulturverwaltung bei den Bemühungen um die Dorferneuerung ausgeschaltet oder lediglich in marginalem Umfange eingesetzt würde.

2.1.3 Ökologie und Ökonomie fördern

Ökologie ist - richtig verstanden - Langzeitökonomie. In beiden Disziplinen geht es letztlich um das "Haus" (Oikos) ERDE. Bei der Ökonomie werden die Gesetze (Nomie) und Gesetzmäßigkeiten des irdischen Haushalts erforscht. Dabei ist wirtschaftliches Handeln als ökonomische Verhaltensweise schon immer grenzenbewußter, also sparsamer Umgang mit etwas, was von Natur her nicht vermehrbar, demzufolge also an der Norm der Sparsamkeit orientiert ist. Die Ökologie, die "Lehre" (-logie) vom "Haus" (Oikos), beinhaltet - ebenfalls grenzenbewußt - die sparsame, bestandserhaltende Nutzung des irdischen Haushalts mit allen seinen natürlichen Potentialen. Von diesem sprachlichen Wurzelbereich aus kann daher Ökonomie langfristig nur dann glücken und von Erfolg sein, wenn sie umwelt- und naturgerecht - also ökologisch - orientiert und angewandt wird. Es kann daher nur sinnvoll sein, wenn im neu ausgerichteten Denk- und Lernprozess die Begriffe Ökonomie und Ökologie - und was noch wichtiger ist - die von ihnen ausgehenden Folgerungen auch in die Arbeit der Flurbereinigung im Sinne einer geistigen Partnerschaft noch stärker integriert werden 9). Die agrar- und umweltpolitischen Vorgaben verlangen deshalb von der Flurbereinigung eine noch stärkere Gewichtsverlagerung auf landschaftsökologische und -ästhetische Aspekte, ohne daß dies einseitig zu Lasten der Landwirtschaft und des Weinbaues geht. Der Einsatz öffentlicher Mittel ist zielgerecht zu steuern, wobei eine Erhöhung des Haushaltsansatzes zu prüfen ist. Dies gilt insbesondere für Bodenordnungsverfahren aus überwiegenden Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

2.1.4 Wegenetz landschaftsgerecht gestalten

Die Transportprobleme in der Land- und Forstwirtschaft sind ohne Bau und Unterhaltung ländlicher Straßen und Wege nicht lösbar. Die Flurbereinigung hat die Planung der Wegenetze und die Wegebefestigung wegen des damit verbundenen "Versiegelungseffektes" streng am Bedarf zu orientieren. Eine landschaftsgerechte Trassierung hat dabei hohe Priorität. Der Grundsatz "Qualität vor Quantität" gilt unvermindert weiter. Den erhöhten Anforderungen an die Achslasten ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen, nachdem sich infolge der schwerer gewordenen Maschinen und Geräte die bisher zulässigen Höchstachslasten zunehmend als unzureichend erwiesen haben. Landschaftsschonende Befestigungsarten (Schotterung, Spurbahnbefestigung, Rasengittersteinwege) sind stärker in die Überlegungen einzubeziehen!

2.1.5 Gesunden Wasserhaushalt sichern

Soweit ein Gewässerausbau erforderlich ist, muß er grundsätzlich naturnah ausgeführt werden. Lediglich auf Gefällstrecken mit entsprechender Erosionsgefahr sind Sohlbefestigungen unvermeidbar. Das gilt insbesondere bei der Weinbergsflurbereinigung in Hang- und Steillagen. Aber auch dabei ist für eine ausreichende Wasserrückhaltung Sorge zu tragen; eine dezentrale Wasserretention innerhalb der Verfahrensfläche ist anzustreben. Uferschutzstreifen sind - wo immer möglich - bereitzustellen. Die Regelung des Bodenwasserhaushalts durch Dränungen sollte auf die wertvollen Standorte beschränkt werden, wobei die Dränbedürftigkeit und -notwendigkeit sich am Grundsatz der wertgleichen Landabfindung orientieren sollten.

1.6 Mit Land sparsam umgehen

Der Landschaftsverbrauch durch unsere Gesellschaft wird immer wieder beklagt. Die Flurbereinigung hat deshalb durch sinnvolle Planung anzustreben, unverbaute Flächen nur im notwendigen Umfang für bauliche Maßnahmen bereitzustellen. Die Landabzüge nach §§ 40 und 47 FlurbG sind ebenfalls unter dem Gebot des sparsamen Umgangs mit dem nicht vermehrbaren Grund und Boden zu kontrollieren. Die Möglichkeiten der Unternehmensflurbereinigung, verbunden mit rechtzeitigem Landzwischenenerwerb, sollten voll genutzt werden, um den Landschaftsverbrauch zu minimieren.

2.1.7 Kulturlandschaft erhalten und gestalten

Die Landeskulturverwaltung hat auf der Grundlage ihrer Landschaftsbewertung das jeweilige Verfahrensgebiet als Teil der Landschaft zu gestalten. Dabei ist eine Biotopvernetzung durch die Erhaltung bedeutsamer natürlicher Bestände sowie neue Biotope und landschaftsgestaltende Anlagen mit dem Ziel zu unterstützen, die Lebensräume wild wachsender Pflanzen und wild lebender Tiere im Interesse des Artenschutzes auszudehnen.

2.1.8 Finanzierung sicherstellen

Die Landeskulturverwaltung und die Verfahrensteilnehmer müssen die Öffentlichkeit mit Nachdruck auf die objektiv notwendigen Kosten und die Finanzierungsprobleme hinweisen. Da die Grundstückseigentümer, Landwirte und Winzer nicht für Maßnahmen im überwiegenden Interesse der Allgemeinheit zur Kasse gebeten werden können, muß diese durch mehr öffentliche Zuwendungen die Flurbereinigungsfinanzierung sicherstellen. Dies gilt - wie bereits ausgeführt - vor allem für Bodenordnungen aus überwiegenden Gründen von Naturschutz und Landschaftspflege. In diesem Zusammenhang muß auch Bezug genommen werden auf den Bericht der Landesregierung über die Grundsätze der Flurbereinigung 10), in welchem es heißt: "Deshalb wird zu überlegen sein, ob zur Finanzierung dieser Verfahren im nächsten Haushaltsplan Landesmittel bereitgestellt werden sollten." Erste Haushaltsansätze sind zügig zu erhöhen.

2.1.9 Bürgerfreundlich planen und handeln

Die Landeskulturverwaltung hat alle Möglichkeiten zu nutzen, die Eigeninitiative der Verfahrensteilnehmer zu stärken. Das Wissen der gewählten Vorstandsmitglieder der Teilnehmergeinschaften ist durch Fortbildung soweit als möglich zu mehren. Die Verbindung zum einzelnen Teilnehmer ist zu verbessern. Es muß zunehmend gelingen, daß sich der Großteil der Teilnehmer mit den Planungen und Maßnahmen seiner Teilnehmergeinschaft als Trägerin des Verfahrens wirklich identifiziert. Dabei muß von seiten der Flurbereinigungsbehörde verstärkt angestrebt werden, die Planungen im Rahmen von Teilnehmersammlungen bürgernah darzustellen und zu verdeutlichen. Dies entspricht auch den Absichten des Gesetzgebers bei der Neufassung des FlurbG 1976 11).

2.1.10 Öffentlichkeit informieren

Die veröffentlichte Meinung stellt nicht immer die öffentliche Meinung dar. Die öffentliche Meinung wird jedoch durch die veröffentlichte Meinung in oft unzumutbarer Weise manipuliert. Die Landeskulturverwaltung hat deshalb objektiv über ihre Arbeit zu informieren. Sie hat öffentlicher Kritik nachzugehen, etwaige Mängel zu beheben und den Vertretern jener Medien zu danken, die gründlich recherchieren und ausgewogen berichten.

3. Überschußproblematik, ganzheitliches Vorgehen und neue Perspektiven

Es kann selbstverständlich nicht das Ziel der Flurbereinigung sein, die bestehenden Probleme der EG-weiten Überschußproduktion noch weiter zu verschärfen. Die Erhaltung möglichst vieler, bodenabhängiger bäuerlicher Betriebe dient gerade dem Anliegen marktgerechter Produktion. Die Flurbereinigung kann diesen Betrieben zu beachtlichen Verringerungen von Arbeitsaufwand und Betriebskosten verhelfen, was nicht zuletzt für Nebenerwerbsbetriebe bedeutsam ist, die künftig im Strukturwandel der Landwirtschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen werden. Mit dieser Zielrichtung werden auch Voraussetzungen dafür geschaffen, daß landwirtschaftliche Betriebsinhaber Bracheprogrammen und ähnlichen Produktionsminderungsprogrammen überhaupt näher gebracht werden können.

Es muß geistiger Inhalt allgemeiner Erkenntnis werden, daß die Flurbereinigung - und nur sie - in der Lage ist, daß Extensivierungen und/oder Stillegungen landwirtschaftlicher Nutzflächen, wie sie im Gefolge der EG-Agrarstrukturpolitik zunehmend unvermeidlich werden, zum Vorteil des Naturschutzes und der Landschaftspflege nutzbar gemacht werden können. Darüber hinaus bietet die Flurbereinigung aber auch die Chance, daß Ausgleichszahlungen an die Bauern für wirtschaftliche Erschwernisse im Zusammenhang mit Extensivierungsmaßnahmen niemals zufällig, sondern stets planvoll und vernetzt erfolgen. Gerade vor diesem finanz- und sozialpolitischen Hintergrund wird für die EG-Agrarstrukturpolitik der Zukunft die Flurbereinigung ein unverzichtbares Instrument bleiben.

Neue Perspektiven für den ländlichen Raum und für die dort arbeitenden und lebenden Menschen fordern in der 11. Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtages - und weit über sie hinaus - mehr denn je ganzheitliche Planungen, die einer interdisziplinären Aufgabenstellung und -erfüllung zu entsprechen haben. Die Landeskulturverwaltung ist im Rahmen dieser "konzertierten Aktion" wesentlicher Partner und Akteur bei der ganzheitlichen Planung und deren Verwirklichung, weil sie über die notwendige fachliche Kompetenz verfügt. Zur Erfüllung der damit verbundenen Aufgaben reichen die derzeitigen Instrumente, die der Landeskulturverwaltung zur Verfügung stehen, bei zweckmäßiger Anwendung aus.

Die Personalsituation der Landeskulturverwaltung wird diesen wachsenden Zukunftsaufgaben jedoch immer weniger gerecht, ein Tatbestand, der von Prüforgangen und anderen Stellen des Landes bisher offensichtlich nicht erkannt worden ist. Ein objektiv notwendiges Umdenken ist daher ein dringendes Gebot in der 11. Legislaturperiode, wenn weitreichende Fehlentscheidungen in den 90er Jahren vermieden werden sollen, die dann Wirklichkeit werden, wenn die Personalreduzierung der Landeskulturverwaltung weiterhin als landesweite "Parole" ausgegeben wird.

4. Neue Aufgaben der Landeskulturverwaltung

4.1 Konzentrierung der Dorferneuerung bei der Landeskulturverwaltung

Es muß - wie bereits unter 2. ausgeführt - unbedingt Sorge dafür getragen werden, daß die Kulturämter bei der Dorferneuerung auch künftig - zumindest im bisherigen Maße - unmittelbar eingeschaltet bleiben. Darüber hinaus ist eine Konzentrierung bei der Landeskulturverwaltung als kommunalpolitisch unabhängiger Fachinstanz sachgerecht. Gerade in letzter Zeit konnte festgestellt werden, daß der Stellenwert der Kulturämter bei den Gemeinden deutlich gewachsen ist, weil dort ein Bewußtseinsprozess in bezug auf die Bedeutung der Kulturämter bei Maßnahmen der Dorferneuerung in Gang gekommen ist. So kommt es nicht von ungefähr, daß im Kulturamtsbezirk Worms allein im letzten Jahr über die Dorferneuerung 10 Gemeinden Anträge auf Einleitung von Dorfflurbereinigungen gestellt haben. Die neu erschienene Broschüre "Für den ländlichen Raum: Dorfflurbereinigung" ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen!

4.2 Übertragung der Verwaltung der im Zusammenhang mit Flurbereinigungsverfahren geschaffenen landespflegerischen Anlagen auf die Landeskulturverwaltung

Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung unserer Aufgaben sollte auch der Abschluß von Öko-Pachtverträgen in die weiteren Überlegungen einbezogen werden, bei denen die Kulturämter unmittelbar mitwirken. Hierbei sollte beachtet werden, daß die Schaffung von Biotopen ausschließlich durch Landankauf mittelfristig an fiskalisch nicht mehr vertretbare Grenzen stoßen wird!

Im Falle von Brachewirtschaft (mit Ertragsausfallerstattung) wären die Kulturämter die geeigneten Stellen, die entsprechenden Regelungen zu treffen, indem von Ihnen ein "Brachekataster" zu führen wäre. Dabei kämen Daten aus vorher durchgeführten Flurbereinigungsverfahren zur Hilfe. Ebenso sollten Möglichkeiten der Mitwirkung bei der Erstellung des Weinbaukatasters (Rebflächenverzeichnis) geprüft werden.

4.3 Einschaltung bei neuen Programmen, Bildung neuer Leistungsmaßstäbe, Entwicklung eines Aktionsprogramms

Noch nicht konkret faßbar, aber bei der Zukunftsplanung mit zu bedenken sind Aufgaben, die für die Flurbereinigung anfallen bei den Programmen

- nachwachsender Rohstoffe,
- Bio-Energie,
- Extensivierungsmaßnahmen,
- Bodenschutzkonzeptionen.

Sie alle sind zwar noch Projekte, aber durchaus keine Utopien mehr! Sie alle sind ohne Bodenordnung nicht vorstellbar. Es darf nicht geschehen, daß die Landeskulturverwaltung unvorbereitet dasteht, wenn die Verwirklichung dieser Programme bzw. Projekte in Angriff genommen werden.

Zusammenfassender Leitgedanke muß es sein, daß die Landeskulturverwaltung ihre gesamte "Palette" an Instrumenten als Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde und Trägerin öffentlicher Belange im ländlichen Raum jederzeit als Hilfen anbietet, und zwar mehr agierend als nur reagierend. Dabei darf allerdings die Leistung nicht mehr wie bisher nur an Hektaren gemessen werden! Es müssen zusätzliche, neue Wert- und Leistungsmaßstäbe gesetzt werden, die für die Öffentlichkeit transparent zu machen sind und die nicht zuletzt auch für einen Landesrechnungshof einsehbar werden müssen. Ein solcher Maßstab könnte z.B. bei Ortslagenflurbereinigungen die Anzahl der Verfahrensbeteiligten und die der Flurstücke sowie Meßpunkte sein.

Ebenso sollte erwogen werden, die Amtsbezeichnung mit neuem Inhalt zu versehen. Aus Gründen der Tradition und des öffentlichen Bewußtseins sollte die seit 1919 bestehende Bezeichnung "KULTURAMT" beibehalten werden. Anstelle des bisherigen Untertitels "Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde" sollte jedoch der Untertitel "Agrarordnungs- und Landentwicklungsbehörde" treten, weil damit der Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich umfassender ausgedrückt wird. Die Beibehaltung des Reizwortes "Flurbereinigungsbehörde" aus dem Grunde, daß sich die Bezeichnung von dem Flurbereinigungsgesetz ableitet, erscheint nicht überzeugend.

Nicht zuletzt sollte die Landeskulturverwaltung für die 11. Legislaturperiode und für die Zeit danach ein Arbeitsprogramm entwickeln, das integrierter Bestandteil des "Aktionsprogramms ländlicher Raum" wird, welches bei der Staatskanzlei in Vorbereitung ist. Inhalt dieses Programms sollte die verstärkte Mitarbeit der Landeskulturverwaltung bei der Verfolgung der heutigen Zielsetzungen der Landespolitik für die Belange des ländlichen Raumes sein. Für die Konzeption dieses Arbeitsprogramms sollte ein interdisziplinärer Arbeitsausschuß gegründet und dazu auch externe Ausschußmitglieder aus der Wissenschaft gewonnen werden. Neben den gesetzlichen Grundlagen, die die originären Aufgaben der Landeskulturverwaltung bereits abstecken, müssen ergänzende Bestimmungen erlassen werden, die die Basis für erweiterte Kompetenzen und Aufgabenwahrnehmungen bieten.

5. Schlußgedanke

Es wäre vermessen, den Aussagewert des Satzes von dem großen chinesischen Philosophen Konfuzius (550 v. Chr.) "Erzähle mir die Vergangenheit und ich werde die Zukunft erkennen" in Zweifel zu ziehen. Wir können gewiß vieles aus der Vergangenheit der Landeskulturverwaltung auf die Zukunft übertragen und daraus auch künftige Aufgaben ableiten. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß die Zukunft der Landeskulturverwaltung bereits begonnen hat! Diese hat sich gegenüber der überschaubaren Vergangenheit in mannigfacher Weise verändert. Dieser Veränderung muß Rechnung getragen werden: Gedankenvielfalt, Ideenreichtum und nicht zuletzt - wenn es auch schwer fällt - behördliche Flexibilität sind zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben gefordert. Die Aufgaben der Landeskulturverwaltung in der 11. Legislaturperiode - und darüber hinaus - hängen allerdings entscheidend vom staatlichen Willen ab, weil diese Aufgaben in erster Linie Instrumente der Exekutive sind.

6. Literatur

- 1) Brandts: "Die Grundstücksumlegung" in "Die Deutsche ländliche Siedlung", Berlin 1931, S. 184
- 2) Boyens, Wilh. Friedr.: "Die Geschichte der ländlichen Siedlung" Bd. I und II, Landschriften Verlag GmbH Berlin-Bonn 1959/60, S. 159 f.
- 3) Weiger, Hubert: "Flurbereinigung und Naturschutz" in "Natur und Landschaft", Heft 12/1987, S. 520
- 4) Zillien, Felix: "Flurbereinigung im Wandel der Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutz und Landschaftspflege" in "Zeitschrift für Kulturtechnik und Flurbereinigung" 1986, S. 368
- 5) Strauß, Franz Josef: "Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft" in: Regierungserklärung vom 10.12.1986
- 6) Strößner, Günther: "Flurbereinigung für Bayerns Zukunft" in: Berichte aus der Flurbereinigung 57/1986, S. 79
- 7) Kraffert, Wolfram: "Die Praxis der Beteiligung der Naturschutzverbände bei der Flurbereinigung: Eine Fehlentwicklung", Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung, Heft 8/1987, S. 76
- 8) Borchard, Klaus: "Ganzheitliche Neuordnung des ländlichen Raumes - Neue Perspektiven, alte Instrumente?", Vortrag in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Bonn am 8.7.1987 (Sonderheft "Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung, 1987, S. 25)
- 9) Zillien, Felix: a. a. O.
- 10) Landtagsdrucksache Nr. 10/2705 vom 1.10.1986
- 11) Blümel, Willi/
Ronellenfitsch,
Michael: "Die Planfeststellung in der FlurbG" (Gutachten zur Novelle zum FlurbG des BMELF), Schriftenreihe für Flurbereinigung, Heft 63, 1975, S. 83 f

Ländliche Neuordnung im Wandel ?

von Regierungsdirektor Dr. Günter Müßig, Mainz

1. Vorbemerkung

Seit der "Bauernbefreiung" zu Beginn des 19. Jh. wurde der ländliche Grund und Boden durch Maßnahmen des Staates immer wieder neu geordnet und an die jeweiligen ökonomischen Erfordernisse angepaßt. Dem Wandel unterlagen sowohl das Instrument, d. h. die Gesetze als auch die durchführenden Behörden, d. h. die Landeskulturverwaltung einschließlich ihrer Vorläufer.

Ursächlich hierfür war vor allem eine sich ändernde Agrarpolitik des Staates. Das Instrumentarium mußte sich den geänderten Zielsetzungen anpassen. Es stellen sich hier die Fragen, ob die ländliche Neuordnung (nach dem Flurbereinigungsgesetz), wie sie heute durchgeführt wird, langfristig weiterbestehen kann, oder ob es aufgrund einer geänderten (neuen) Agrarpolitik Änderungen geben muß und ob die Flurbereinigung überhaupt als Instrument der Agrarstrukturverbesserung in Frage zu stellen ist.

Zur Beantwortung dieser Fragen ist eine (zumindest kurze) historische Betrachtung der ländlichen Neuordnung notwendig. Danach sollen die heutigen agrarpolitischen Tendenzen und Möglichkeiten dargestellt werden.

Aus der historischen Entwicklung und den agrarpolitischen Erfordernissen sollen dabei mögliche Konsequenzen für die ländliche Neuordnung und für die Arbeit der Landeskulturverwaltung aufgezeigt werden.

2. Historischer Rückblick

Bis zum Beginn des 19. Jh. hatte sich in rd. 1000 Jahren eine Agrarverfassung entwickelt, die als Grund- und Gutsherrschaft bezeichnet wird. Die Bauern waren in den einzelnen deutschen Ländern mehr oder weniger stark abhängig von den Grund- und Gutsherren; sie waren meist nicht Eigentümer von Grund und Boden und waren mit Diensten und Abgaben belastet.

Erst die sog. "Bauernbefreiung" machte die Bauern zu Eigentümern von Grund und Boden und gab ihnen freie Verfügbarkeit darüber. Von dieser Reform versprach man sich eine Produktionssteigerung und eine erhöhte Rentabilität. Die Frondienste waren teurer als die Arbeit eines Tagelöhners, der in der Regel schneller und besser arbeitete. Es wurde davon ausgegangen, daß das freie Eigentum und damit die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden von vorneherein mehr wirtschaftliche Kräfte entfesseln würde als die grundherrlichen Besitzrechte. In den deutschen Ländern wurden dann um die Mitte des vorigen Jahrhunderts zahlreiche Gesetze erlassen, die eine Zusammenlegung von Grundstücken vorsahen. Die freie Verfügbarkeit über Grund und Boden und vor allem das Erbrecht hatten zu einer Zersplitterung des Grundbesitzes geführt, die ökonomisch negativ zu Buche schlug. Die Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Grundbesitzes

sollte durch zweckmäßige Zusammenlegung erhöht werden. Die Generalkommissionen und die Spezialkommissare (Vorläufer der Landeskulturbehörden), die auch schon für die Gemeinheitsteilung, die Ablösung, die Regulierung und die Auseinandersetzung zuständig waren, wurden auch für die Zusammenlegungen eingesetzt. Gegen Ende des letzten und am Anfang dieses Jahrhunderts war nach kurzer Liberalisierungsphase das agrarpolitische Ziel ausschließlich auf eine Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung gerichtet. Ein Selbstversorgungsdenken vor Ausbruch des 1. Weltkrieges, aber auch in der Zeit des Mangels nach 1918 führte zur "Inneren Kolonisation". D. h. es wurde gerodet, entwässert und Großgrundbesitz aufgesiedelt. Die Landbewirtschaftung wurde intensiviert, um die Bevölkerung ernähren zu können. Diese Zielsetzung fand ihren Ausdruck in der Landeskulturgesetzgebung und im Reichssiedlungsgesetz und in einer Novellierung der Zusammenlegungs- und Umlegungsgesetze der Länder.

Die Autarkiebestrebungen wurden durch die nationalsozialistische Gesetzgebung noch verschärft. Reichserbhofgesetz, Reichsumlegungsordnung (RUO), eine Bewirtschaftungspflicht in Verbindung mit Meliorationen in großem Umfang und Grünlandumbrüchen sollten die landwirtschaftliche Produktion steigern.

Die ernährungspolitische Lage nach dem 2. Weltkrieg war ähnlich der nach 1918. Zu der großen Mangelsituation kam verschärfend noch der Flüchtlingsstrom aus den deutschen Ostgebieten hinzu. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion war oberstes Gebot. Dieses findet seinen Niederschlag auch im Flurbereinigungsgesetz von 1953. Zudem mußten die Flüchtlinge und Vertriebenen eingegliedert werden. Wiederum wurden Ödland und Rodungsflächen aufgesiedelt, die Intensität der landwirtschaftlichen Nutzung gesteigert und die Agrarstruktur vom Staat gestaltet. Der Landeskulturverwaltung erwuchsen auch durch die Siedlungsgesetzgebung zusätzliche Aufgaben. Der Personalbestand der LKV stieg erheblich an. Mit Gründung der EWG 1957 und dem allmählichen Zusammenwachsen der europäischen Länder nahm die Politik der Nahrungsmittelproduktion eine Wende:

Die vorher betriebene nationale Agrarpolitik mit dem Ziel der Produktionssteigerung kollidierte mit den Interessen der europäischen Partner, die teilweise Überschußländer für Agrarerzeugnisse waren. Aus der "Mangelwirtschaft" wuchs langsam eine "Überflußwirtschaft", deren hauptsächliches Problem es war, und noch stärker denn je heute ist, Überschüsse zu verwerten.

Neues Ziel der Agrarpolitik und Gesetzgebung (incl. Ausführungsvorschriften) war es dann, die landwirtschaftlichen Betriebe so auszustatten, daß sie in Europa konkurrenzfähig sind. Im Flurbereinigungsgesetz von 1976 fand dies beispielsweise seinen Niederschlag im § 1, indem nicht mehr die Produktion, sondern vielmehr die Produktionsbedingungen (d.h. Produktivität) gefördert werden sollten. Außerdem wurden dem Umwelt- und Landschaftsschutz stärkere Beachtung beigemessen.

Insgesamt wird deutlich, daß die gewandelten ökonomischen, aber auch politischen Anforderungen die Gesetzgebung und die darauf aufbauenden Verwaltungsvorschriften beeinflußt haben und immer noch auf sie einwirken, und daß diese auch Einfluß auf die Personalstärke und die Vorbildung der Beschäftigten hatte.

3. Agrarpolitische Tendenzen heute

Aus der Sicht der **Marktpolitik** ist die Beseitigung bzw. Verhinderung von Überschüssen an Agrarproduktion oberstes Ziel, um die EG-Finanzen in Ordnung zu bringen, d.h. die Produktion muß gedrosselt werden.

Aus der Sicht des einzelnen **landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebes** gilt auch in Zukunft: wenn der einzelne Landwirt ein höheres Einkommen erwirtschaften will, so muß er mehr produzieren. - Dabei können sinkende Agrarpreise oder staatliche Zahlungen für landespflegerische Leistungen oder Ausgleichszulagen die Situation ver- oder entschärfen, ändern aber nichts im Grundsätzlichen. - Soll aber die Produktion des Einzelbetriebes vergrößert werden ohne die Gesamtproduktion in der BRD ansteigen zu lassen, so kann dies nur auf Kosten anderer, aufgebender Betriebe geschehen. M.a.W. die Betriebe brauchen - wie in den EG-Ländern Großbritannien, Dänemark und Niederlande - eine größere Landausstattung.

Für diese These sprechen auch die Altersstruktur der landwirtschaftlichen Betriebsleiter und die Maschinenkapazität der deutschen landwirtschaftlichen Betriebe und ihre im EG-Vergleich geringe Auslastung.

Aus der Sicht von **Naturschutz und Landespflege** ist zum einen ein höherer Flächenanteil an Schutzgebieten und Biotopvernetzungen geboten und zum anderen eine extensivere Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Auch ein geringerer Einsatz an Mineraldünger und an Pflanzenschutzmitteln sowie eine Stärkung der Grünlandwirtschaft auf Kosten des Ackerbaus werden verlangt.

4. Agrarpolitische Überlegungen im Einzelnen

Oberstes Ziel der Agrarpolitik ist derzeit, die landwirtschaftliche Produktion insgesamt zu senken. Streitig ist dabei, ob dies über eine Reduzierung der landwirtschaftlichen Nutzfläche oder über einen Rückgang der Flächenerträge (Extensivierung) erfolgen soll. Ohne diese Frage hier zu beantworten, sollen verschiedene Möglichkeiten zur Flächen- und/oder Ertragsreduzierung dargestellt werden.

4.1 Die Förderung einer mehr **ökologisch orientierten Landwirtschaft** kann in gewissem Maße auch zur Entlastung des Agrarmarktes beitragen.

Zum Schutz der Umwelt und zur Erhaltung des ländlichen Raumes und der Landschaft können nach der EWG-Verordnung vom 15.06.1987 (Art. 19)*, die aber noch in nationales Recht umzusetzen ist, Flächenprämien für die Verpflichtung zu umweltfreundlicher Produktion gezahlt werden. So ist z.B. in Rheinland-Pfalz in bestimmten noch abzugrenzenden Gebieten eine Förderung der extensiven Mutterkuhhaltung vorgesehen.

* Veröffentlicht im "Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften" vom 26.06.1987; Verordnung (EWG) Nr. 1760/87 des Rates vom 15.06.1987 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 797/85, (EWG) Nr. 270/79, (EWG) Nr. 1360/78 und (EWG) Nr. 355/77 im Bereich der Agrarstrukturen und zur Anpassung der Landwirtschaft an die neuen Marktgegebenheiten sowie zur Erhaltung des ländlichen Raumes.

Ein weiteres Problem für Ökolandwirte und -winzer besteht für die Bewirtschaftung in der Mischung von herkömmlich "bewirtschafteten Flächen und Ökoanbau". So ist z.B. ein wenige Zeilen breiter Weinberg zwischen herkömmlich bewirtschafteten Flächen kaum ökologisch bewirtschaftbar, da Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel nicht parzellenscharf ausgebracht werden können.

4.2 Der integrierte Pflanzenbau * bemüht sich um eine ökologiegerechte Produktion. Vereinfacht ausgedrückt könnte man sagen, der integrierte Pflanzenbau versucht mit möglichst wenig Mineraldünger und chemischen Mitteln auszukommen.

Pflanzenkrankheiten sollen z.B. durch mehr Fruchtwechsel, Förderung von Nützlingen und mechanische Bearbeitung bekämpft werden. Dies bedeutet, daß die Agrarlandschaft mit mehr ökologischen Zellen durchdrungen sein muß, in denen sich die Nützlinge ungestört aufhalten können. Diese ökologischen Zellen müssen aber auch untereinander verbunden sein (ökologische Vernetzung).

Der integrierte Pflanzenbau - würde er in einer ganzen intensiv und herkömmlich genutzten Gemarkung eingeführt - würde ebenfalls aufgrund der Flächenbeanspruchung für die "Landschaftsmöblierung" zu einem Ertragsrückgang (auf die Gemarkungsfläche berechnet) führen.

4.3 Vorläufige Flächenstillegungen, wie sie nach der o.a. EWG-Verordnung vom 15.06.1987 (Art. 1 a u. b) und im Entwurf des BML "Grundsätze für die Förderung von Maßnahmen zur Verringerung der Getreide-, Rindfleisch- und Weinerzeugung" vorgesehen sind (und zwar sowohl als 5-jährige Dauer- als auch als Rotationsbrache), dienen zwar der vorläufigen Produktionsdrosselung und verringern in der Regel den Eintrag von Dünger und chemischen Mitteln in den Boden, sie verbessern möglicherweise auch die Einkommenssituation der Landwirte, aber sie lösen die Strukturprobleme nicht langfristig.

Die von der EG vorgesehene Vorruhestandsregelung sieht zunächst auch nur eine 5-jährige Nichtbewirtschaftung von Flächen vor. Bei dieser Betriebsaufgabe besteht allerdings die Möglichkeit, daß zumindest ein Teil der Flächen von den verbleibenden Betrieben aufgenommen wird, d.h. zu einer größeren Landausstattung und damit zu einer geringeren Produktionsintensität der übrigen Betriebe, sowohl in der Bodenproduktion als auch in der Viehhaltung, führen kann. Die vorläufigen Stillegungen (als besondere Maßnahmen und als Vorruhestandsregelung können aber auch zu langfristigen Stillegungen führen, wenn im Rahmen der Förderungsmaßnahme aufgeforstet wird.

4.4 Langfristige Flächenstillegungen in der Form von Aufforstungen oder einer sonstigen außerlandwirtschaftlichen Nutzung sind auch nach der o.a. EWG-Verordnung (Art. 1 a) möglich und dienen sowohl der Marktentlastung als auch dem Na-

* Vgl. hierzu: Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten "Integrierter Pflanzenbau", Grundlagen-Einflußgrößen-Ziele, Mainz 1987

turhaushalt. Das Problem liegt darin, Aufforstungen so zu lenken, daß sie auf Flächen erfolgen, die landespflegerisch wünschenswert sind und auch den Markt ausreichend entlasten (Gutgebiete).

Bedenken gegen eine allzu umfangreiche Aufforstung kommen aber auf, weil damit der für die landwirtschaftlichen Betriebe knappe Produktionsfaktor Boden weiter knapp gehalten wird. Eine Extensivierung der betrieblichen Produktion (weniger Vieh pro Fläche, weniger intensive Früchte pro Fläche) wird dadurch erschwert, es bliebe bei einer intensiven Nutzung der verbleibenden landwirtschaftlichen Nutzfläche.

- Der Landwirt müßte, um ein bestimmtes Einkommen zu erzielen, auf einer kleineren Fläche einen höheren Durchschnittsertrag erzielen und mehr Vieh halten. -

4.5 Ein **Strukturwandel** in der Landwirtschaft steht aufgrund der Altersstruktur der landwirtschaftlichen Betriebsleiter in den kommenden Jahrzehnten - zumindest regional betrachtet - ohnehin bevor. Agrarpolitische Maßnahmen können ihn lediglich beschleunigen oder verlangsamen.

Vorwiegend aus ökonomischen Gründen benötigen die landwirtschaftlichen Betriebe eine größere Landausstattung. Insofern geht die Entwicklung in die richtige Richtung. Die Rahmenbedingungen müssen aber dabei vom Staat so gestaltet werden, daß die Entwicklung nicht behindert wird.

5. Konsequenzen für die ländliche Neuordnung und die Landeskulturverwaltung

5.1 Aus der Geschichte der Landeskulturverwaltung und der ländlichen Neuordnung ergibt sich, daß die ökonomischen und politischen Ziele einer ständigen Wandlung unterlegen haben, und daß Behörden und rechtliche Regelungen sich immerzu darauf eingestellt haben bzw. sogar die Änderungen initiiert haben.

Daraus alleine ließe sich der Schluß ziehen, daß die Bodenneuordnung, insbesondere in einem marktwirtschaftlichen und auf freiem Eigentum basierenden System eine dauernde Aufgabe ist, die allerdings vom Umfang (d.h. geordnete Fläche pro Zeiteinheit) und von der Art und Intensität (d.h. Verfahrensart und aufzuwendende Kosten) her diskussionsfähig und flexibel sein muß.

Mit anderen Worten: Flurbereinigung im weiteren Sinne ist eine Daueraufgabe, streiten kann man nur über das Ausmaß und die Durchführung.

5.2 Für die Durchführung der ländlichen Neuordnung läßt sich aus den allgemeinen agrarpolitischen Tendenzen (Produktionsdrosselung, Betriebswachstum, mehr Landschafts- und Naturschutz) ableiten, daß keine erheblich ertragssteigernden Maßnahmen (z.B. großflächige Dränungen) durchgeführt werden, daß die Zusammenlegung (Neuordnung) so flexibel gestaltet wird, daß ein zukünftiges Betriebswachstum nicht behindert wird, und daß mehr Flächen für Landschafts- und Naturschutz bereitgestellt werden. Hierzu kann gesagt werden, daß die LKV mit der Handhabung der Flurbereinigung auf dem besten Weg ist diese Ziele neu umzusetzen.

5.3 Aus den einzelnen oben aufgestellten agrarpolitischen Überlegungen ergeben sich verschiedene Konsequenzen für die LKV bzw. die ländliche Neuordnung. Aus der Forderung nach Biotopvernetzung, nach Ausweisung von mehr Flächen für Natur- und Landschaftsschutz (z.B. auch von Schutzgebieten) können eigene "landespflegerische Verfahren" in verstärktem Maße abgeleitet werden. Auch eine "Separierung" der Flächen von ökologisch wirtschaftenden Betrieben (bzw. Zusammenfassung in bestimmten Gewannen) kann vereinzelt zu besonderen Neuordnungsmaßnahmen führen.

Auch die Förderung von extensiven Mutterkuhhaltungen (mit großflächigen Weiden) ist im Auge zu behalten und kann Neuordnungsmaßnahmen (die auf dem Pachtweg meist nicht zu erreichen sind) erfordern. Auch ein integrierter Pflanzenbau ist nur möglich, wenn die Landschaft mit Grünflächen, die die Nützlinge beherbergen, ausreichend durchsetzt ist. Die notwendige Ausweisung von Feldgehölzstreifen wird in der Regel ohne Bodenordnungsverfahren (über den Landabzug oder durch Flächenkauf im Verfahrensgebiet) nicht durchführbar sein, so daß auch das Ziel "integrierter Pflanzenbau" zu Neuordnungsmaßnahmen (nach dem FlurbG) führt.

Die von der EG beschlossenen 5-jährigen Flächenstillegungen werden nur in geringem Maße Neuordnungsmaßnahmen auslösen können, allenfalls nämlich freiwillige Landtauschverfahren. Dagegen können die mit einem Bewirtschaftungsverbot belasteten Flächen eher zu Schwierigkeiten im laufenden Flurbereinigungsverfahren führen. Die 5-jährige Bindung ist nachteilig für eine langfristige Maßnahme wie die Flurbereinigung. Dagegen könnten durch Vorruhestand den Besitzer wechselnde Flächen schon eher einer Neuordnung bedürfen.

Langfristige Flächenstillegungen - wie z.B. Aufforstungen, die Ausweisung von Sukzessionsflächen, außerlandwirtschaftliche Nutzung (z.B. Freizeitgelände) u.ä. verlangen dagegen nach einer Bodenneuordnung. Diese kann zwar in herkömmlichen Flurbereinigungsverfahren auch durchgeführt werden; es ist jedoch denkbar, daß Verfahren aus dem Anlaß der "Entflechtung" (in bereits bereinigten oder unbereinigten Gemarkungen) verstärkt durchgeführt werden müssen. Zu diesem Zweck kommen dann in erster Linie einfache und kostengünstigere Verfahren in Betracht. Denn nur wenn im Bedarfsfall ziemlich rasch und kostengünstig Hilfe angeboten werden kann, wird diese auch gebraucht und angenommen werden.

Der voraussichtliche Strukturwandel in der Landwirtschaft wird auch in Zukunft eine Bodenneuordnung erforderlich machen. Erfahrungsgemäß werden Zupachtungen und Verpachtungen nicht ausreichen, um eine sinnvolle und strukturell zweckmäßige Ordnung herzustellen. Aber auch hier (bei der Anpassung auf die Bedürfnisse einer geringeren Anzahl von Betrieben in der Feldflur) dürfte ein größerer Bedarf an einfachen Verfahren mit einem begrenzten Ausbauräumen entstehen. Denn für eine geringere Anzahl von Betrieben, deren Besitzstände (incl. Pachtflächen) leichter zu entflechten sind, ist eine "Integralmelioration" nicht mehr in gleichem Maße zu rechtfertigen wie in der Vergangenheit.

6. Fazit und Schlußbemerkung

Neuordnung des ländlichen Grundbesitzes nach dem FlurbG ist auch in Zukunft eine wichtige agrarpolitische Aufgabe.

Neben die bisher dominierende klassische Flurbereinigung könnten aber vor allem aus agrarischer Sicht verstärkt einfache und kostengünstige Verfahrensarten (z.B. vereinfachte Flurbereinigung, beschleunigte Zusammenlegung, freiwilliger Landtausch) treten. Die LKV muß hier flexibel sein und solche Verfahren den Teilnehmern vermehrt anbieten und sich mit ihrem Personal darauf einstellen.

Flurbereinigung muß sich rechnen

- Gesichtspunkte zur Wirtschaftlichkeit der ländlichen Bodenordnung -

von Oberregierungsrat Hans-Werner Baur, Neustadt

1. Einleitung

In der jüngsten Vergangenheit haben sich die Veröffentlichungen zum Thema Flurbereinigung fast ausschließlich oder überwiegend mit ökologischen Gesichtspunkten der Bodenordnungsverfahren befaßt. Dies ist aus dem allgemein zunehmenden Umweltschutzbewußtsein einerseits und der verstärkten Berücksichtigung des Naturschutzes in den wichtigsten Rechtsgrundlagen seit dem Jahre 1976 andererseits verständlich. Dennoch darf die Flurbereinigung mit ihren vielfältigen Instrumenten zur Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und als wichtiges Mittel zur Unterstützung der Landwirtschaft ihre wirtschaftlichen Ziele nicht vernachlässigen.

Im Gegenteil: Die hochtechnisierten und kapitalintensiven landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland mit ihrer engen Verflechtung und Einbindung in den volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozeß mit seinen kontinuierlichen strukturellen Veränderungen erfordern grundsätzlich die wirtschaftliche Wirksamkeit aller zur Verbesserung der Agrarstruktur eingesetzten Maßnahmen. Gleichzeitig kann die Landwirtschaft langfristig nur auf diesem Wege ökologisch wichtige Leistungen erbringen. Der die Forderungen nach Erhaltung und Pflege der Kulturlandschaft am besten erfüllende bäuerliche Familienbetrieb ist nämlich nur auf diesem Wege überlebensfähig. Gleiches gilt für das Überleben des gesamten ländlichen Raumes, der untrennbar mit der Landwirtschaft verbunden und von ihr abhängig ist.

2. Ausgangssituation

Grundstückszersplitterung und Streubesitz, ungünstig geformte, zu kleine und schlecht erschlossene Flächen behindern auch heute noch in vielen Gemarkungen die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe und führen zu unnötigen Aufwendungen sowie Einkommensverlusten. Die wirtschaftliche Aufgabe der Flurberei-

nigung besteht deshalb darin, den landwirtschaftlichen Betrieben möglichst günstige Produktions- und Arbeitsbedingungen im Bereich der Feldwirtschaft zu verschaffen.

Ihrem betriebswirtschaftlichen Neugestaltungsauftrag kann die Flurbereinigung wegen ihrer zeitlich in die Zukunft gerichteten Wirkungen aber nur gerecht werden, wenn sie die zukünftigen Herausforderungen der Landwirtschaft berücksichtigt. In den nächsten Jahren wird sich das Tempo der technischen, biotechnologischen und wirtschaftlichen Faktoren, die die Landwirtschaft beeinflussen, beschleunigen. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden sich dabei in ihrer Größe und Ausstattung mit Produktionsmitteln weiter verändern. Dieser fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft wird in der Zukunft weiter steigende Anforderungen an die ökonomische Neugestaltung der Gemarkungen mit Hilfe der Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz stellen.

Zur Zeit ist die Einkommenssituation in den meisten landwirtschaftlichen Betrieben unbefriedigend; sie ist das Hauptsorgenkind der Agrarpolitik. Eine der wichtigsten Ursachen dieses Problems ist die unzureichende Produktionsfaktorausstattung der Betriebe. Es handelt sich also - neben den marktpolitischen Begrenzungen - maßgebend um ein agrarstrukturelles Problem. Am Beispiel der unterschiedlichen Flächenausstattung der Betriebe in den einzelnen Bundesländern wird das Strukturproblem besonders deutlich, das im übrigen auf EG-Ebene noch gravierender ist (durchschnittliche Betriebsgröße in Griechenland 5 ha, in England 70 ha). Die landwirtschaftlichen Strukturen sind in den norddeutschen Ländern wesentlich günstiger als im Süden. Innerhalb der letzten zehn Jahre ist der Strukturwandel zudem im Norden günstiger verlaufen und hat den Abstand zum Süden noch vergrößert, wie die Übersicht 1 verdeutlicht.

Übersicht 1: Regionale Betriebsgrößenstruktur nach Bundesländern in den Jahren 1975, 1985 und 1986

Bundesland	Durchschnittsgröße je Betrieb in ha LF		
	1975	1985	1986
Schleswig-Holstein	30,79	35,33	35,93
Niedersachsen	20,28	24,15	24,59
Nordrhein-Westfalen	15,05	17,59	17,78
Hessen	11,13	13,81	14,09
Rheinland-Pfalz	10,53	13,00	13,28
Baden-Württemberg	9,62	12,10	12,36
Bayern	12,02	13,99	14,17
Saarland	11,97	16,88	17,75
Stadtstaaten	13,05	14,02	14,02
Durchschnitt	13,77	16,55	16,83
=====			

Diese Unterschiede wirken sich deutlich auf die Einkommenssituation aus. Während der Gewinn je Familienarbeitskraft in schleswig-holsteinischen Vollerwerbsbetrieben im Wirtschaftsjahr 1985/86 bei 36.000,-- DM lag, betrug er in Rheinland-Pfalz knapp 22.000,-- DM. Diese wenigen Daten verdeutlichen bereits, welches Gewicht guten Agrarstrukturen für die Erreichung des ersten agrarpolitischen Hauptzieles, der Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum sowie der gleichrangigen Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung, zukommt. Insbesondere in der Phase der Marktentlastungsbemühungen im Hinblick auf eine Rückkehr zur aktiven Preispolitik spielen darüber hinaus die Kostensenkung und die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktionsprozesse eine wesentliche Rolle.

3. Landwirtschaftliche Forderungen an die Flurbereinigung

Sowohl aus ökonomischen Gründen als auch zur Erfüllung ökologischer Dienstleistungen stellt die heutige Landwirtschaft die folgenden Forderungen an die Flurbereinigung; von diesen Gesichtspunkten zu unterscheiden ist das Intensitätsniveau der Bewirtschaftung der Nutzflächen, das sich zum einen nach den jeweiligen natürlichen Standortbedingungen und zum anderen nach den Begrenzungen von Seiten des Agrarmarktes richtet:

- Der Schaffung wirtschaftlicher Schlaggrößen, -längen und -formen als Voraussetzung für den Einsatz moderner Agrartechnik und zur Ausnutzung des mechanisch-technischen Fortschritts muß das Hauptaugenmerk gewidmet werden. Soweit die Eigentumsstrukturen und die topographischen Verhältnisse es zulassen, sollten Wirtschaftsflächen von etwa 5 ha Größe und einer Schlaglänge von rund 400 m mit einem Längen-Breiten-Verhältnis von mindestens 4 : 1 angestrebt werden. In diese Strukturen lassen sich Biotopflächen sowohl flächen- als auch linienhaft ohne größere Probleme integrieren. Je günstiger nämlich die Nutzflächen neu gestaltet werden, desto leichter lassen sich Biotope mit den technischen Bewirtschaftungsabläufen vereinbaren und wirken entsprechend weniger störend.
- Neben der möglichst durchgreifenden Zusammenlegung ist es erforderlich, daß die landwirtschaftlichen Nutzflächen durch entsprechend ausgebaute Wege gut erschlossen sind. Dies gilt sowohl für eine zügige, landschaftsangepaßte Linienführung der Wege als auch für die erforderliche Befestigungsart. Neuzeitliche landwirtschaftliche Maschinen erfordern vom Landwirt hohen Kapitalaufwand und zwar bei der Anschaffung wie auch bei der Unterhaltung. Deshalb tragen gute Wege maßgebend mit dazu bei, die Maschinen als Vermögenswerte zu erhalten und deren Unterhaltungskosten zu senken. Auch unter landespflegerischem Blickwinkel kommen einem guten Wegenetz positive Gesichtspunkte zu. Denn wesentlich unter den vorerwähnten Bedingungen ist es für den Landwirt vertretbar, abgelegene Gemarkungsbereiche in Bewirtschaftung und damit offen zu halten. Andererseits sind hinsichtlich der Befestigungsart stets Kompromisse möglich (z.B. statt vollflächigem Ausbau die Herstellung von Spurbahnwegen).
- Aus den vorerwähnten Überlegungen besteht zu Recht weiterhin das Anliegen, nach wie vor ein Mindestmaß an Meliorationen - insbesondere sogenannte Bedarfsdränagen - durchzuführen. Wie bereits der Ursprung des Wortes besagt,

handelt es sich hierbei um landeskulturelle Bodenverbesserungsmaßnahmen, die den praktischen Vollzug von Bodenschutzmaßnahmen darstellen. In diesem Zusammenhang ist ferner darauf hinzuweisen, daß die Flurbereinigungsverwaltung zur Zeit lediglich noch etwa 3,5 Prozent der jährlich zum Besitzübergang gelangenden landwirtschaftlichen Nutzfläche dräniert. Damit dürfte langfristig - auch unter Berücksichtigung der Erhaltung dieser Meliorationsanlagen - das Minimum dieser Maßnahmen derzeit sogar unterschritten sein. Wenngleich grundsätzlich keine feste Zahl verbindlich angegeben werden kann, erscheint die untere Grenze für diese Bodenverbesserungsmaßnahmen im Durchschnitt doch bei 5 Prozent der vorerwähnten Bezugsgröße zu ziehen sein.

- Ein weiteres wichtiges Anliegen der Landwirtschaft im Rahmen der Flurbereinigung stellt die Anzahl der Besitzstücke dar. Die Anzahl der Besitzstücke ist grundsätzlich möglichst gering zu halten. Da eine Vollarrondierung mit Ausnahme von Einzelhoflagen nicht möglich ist, sollte bei den derzeitigen Größen landwirtschaftlicher Betriebe zumindest folgende Anzahl an Besitzstücken angestrebt werden:

- Bei Haupterwerbsbetrieben maximal 4 bis 6 Schläge,
- bei Nebenerwerbsbetrieben höchstens 3 bis 4 Schläge.

Die Bodennutzungssysteme stellen hier vom Grundsatz her keine wesentlich abweichenden Anforderungen, wenngleich bei dem für Futterbaubetriebe typischen Viehbesatz die Minimierung der Besitzstücksanzahl am nachhaltigsten zu fordern ist, insbesondere wenn keine maschinelle Stallfütterung erfolgt. Schließlich ist in diesem Zusammenhang auf die Zuordnung der einzelnen Wirtschaftsflächen zueinander hinzuweisen. Soweit die Abfindung mit kleineren Schlägen unvermeidbar ist, sind diese in jedem Falle möglichst nahe beieinander abzufinden.

- Über die einzelbetriebliche Betrachtung hinausblickend und damit aus agrarpolitischer Sicht kommen der Flurbereinigung bei der Bewältigung des Strukturwandels wichtige Aufgaben zu. Zu erwähnen sind an dieser Stelle

1. die Bodenmobilisierung,
2. die Flexibilität der angewandten Bodenordnungsinstrumente und
3. das Kosten-Nutzen-Verhältnis der angewandten Maßnahmen.

Die Bodenmobilisierung gewinnt künftig in zweifacher, entgegengesetzt wirksamer Weise an Bedeutung: Zum einen sind Nutzflächen für die einzelbetriebliche Aufstockung in Bewegung zu setzen, zum anderen sind Flächen im Rahmen der sozio-strukturellen Maßnahmen freizusetzen und an geeigneter Stelle auszuweisen. Als Regulator kommt der ländlichen Bodenordnung in diesem Spannungsfeld eine völlig neue Aufgabe zu. Dabei sind die Flexibilität, also das bodenordnerisch schnelle Reagieren auf veränderte agrarpolitische Situationen und das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Bodenordnung (mit möglichst geringem und einfachem Einsatz die Ziele zu erreichen) gleichgewichtig mit zu beachten.

- Die vorstehenden Anforderungen gelten im übrigen grundsätzlich auch für die Betriebe der Sonderkulturgebiete (Wein-, Obst- und Gemüsebau), wobei selbstverständlich abgewandelte Größenordnungen zu beachten sind (z.B. in Direktzu-

lagen im Weinbau als Schlaggröße mindestens 0,5 ha bei 120 bis 150 m Zeilenlänge). Allerdings sind hier in der Regel noch weitergehende, besondere Kriterien bei der Neuordnung zu beachten (z.B. renommierte Lagen, Frostgefahr etc.), auf die in diesem Zusammenhang nicht näher einzugehen ist.

4. Ergebnisse der Flurbereinigung

Die Ergebnisse der ländlichen Bodenordnung können in Rheinland-Pfalz nicht vor einem einheitlichen Hintergrund gesehen werden. Die Vielfalt - und damit auch die landschaftliche Schönheit - des Erscheinungsbildes von Rheinland-Pfalz mit seinen abwechslungsreich strukturierten Mittelgebirgslagen der Eifel, des Hunsrücks, des Taunus, der Westpfalz und des Westerwaldes, die Weinbergssteillagen in den Flußtälern von Rhein, Ahr, Mosel, Saar, Ruwer, Nahe und Lahn sowie die Sonderkulturen (Obst-, Wein- und Gemüseanbau) der Rheinpfalz und in Rheinhessen, spiegelt sich in entsprechend strukturierten und in der Regel standortspezialisierten Betrieben wieder.

Um den Rahmen dieser Abhandlung nicht zu sprengen, werden an dieser Stelle lediglich einige Durchschnittsergebnisse aufgeführt:

In den Haupterwerbsbetrieben wurden die Schläge durchschnittlich von 0,44 ha auf 2,57 ha durch die Flurbereinigung vergrößert (Acker-Grünlandverfahren). In den Weinbauverfahren wurden für die Winzer die Weingärten von 0,09 ha auf 0,25 ha aufgestockt. Die durchschnittliche Schlaggröße nach der Flurbereinigung liegt in Rheinland-Pfalz bei 1,3 ha, während in den günstiger strukturierten nördlichen Bundesländern die Schläge in Schleswig-Holstein 6,9 ha, in Niedersachsen 3,8 ha und in Nordrhein-Westfalen 4,4 ha groß sind (vgl. hierzu korrespondierend die Strukturdaten in der Übersicht 1). Bei diesem Vergleich ist weiterhin der in Rheinland-Pfalz relativ hohe Anteil an Sonderkulturbetrieben in Rechnung zu stellen, die bei hoher Arbeitsintensität unterdurchschnittlich klein strukturiert sind.

Unter Bezugnahme auf die oben genannten Forderungen der Landwirtschaft an die Flurbereinigung seien weiterhin folgende Ergebnisse aufgeführt: Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre wurden jährlich 4 Prozent der neugeordneten Flächen drainiert und 1 Prozent dieser Flächen wurde einer Unterbodenlockerung unterzogen. Im Wegebau wurden 75 Prozent der Wege nicht befestigt und als Erdwege hergestellt; 5 Prozent der Wege wurden leicht und 20 Prozent schwer befestigt. Auf 100 ha LN entfielen in dem genannten Zeitraum durchschnittlich 7,4 km unbefestigte Wege, 0,3 km leicht befestigte und 1,7 km schwer befestigte Wege. Von der Quantität her ist das Meliorationswesen damit sicherlich an seiner unteren Grenze angelangt.

Nach einer im Jahre 1985 vom rheinland-pfälzischen Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten veröffentlichten Untersuchung wurden im Durchschnitt von drei näher untersuchten klassischen Flurbereinigungsverfahren und zwei beschleunigten Zusammenlegungsverfahren in 59 zufällig ausgewählten landwirtschaftlichen Betrieben unter anderem die in der Übersicht 2 aufgeführten Ergebnisse erzielt.

Übersicht 2: Auszugsweise Ergebnisse der Bodenordnungsuntersuchung 1985

Strukturmerkmal	Flurbereinigung	Beschleunigte Zusammenlegung
Zusammenlegungsverhältnis	3,0 : 1	3,6 : 1
Schlaggröße	1,25 ha	1,70 ha
Schlaglänge	200 m	222 m
Seitenverhältnis (Länge zu Breite)	3,2 : 1	2,9 : 1
Anteil der Rechteckschläge	83 v.H. der LF	93 v.H. der LF
Anzahl der Besitzstücke	18	20
Transportstreckeneinsparung/Betrieb	286 km	473 km
Aufstockung /Betrieb	4 ha	7 ha
Arbeitszeiteinsparung	21 v.H.	21 v.H.
Einsparung an Schlepper und Maschinenstunden	22 v.H.	25 v.H.
Arbeitskosten	21 v.H.	22 v.H.
Veränderte Maschinenkosten	15 v.H.	19 v.H.
Kosteneinsparung insgesamt je ha jährlich	165,-- DM	160,-- DM

Wie diese Ergebnisse belegen, wird mit den Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz in der ungünstigen Agrarstruktur von Rheinland-Pfalz der Grundstein für eine nachhaltig positive Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe gelegt. Im Hinblick auf die eingangs angesprochenen Zukunftsperspektiven geben die Ergebnisse gleichzeitig Anlaß zu dem Hinweis, die landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen Ziele der ländlichen Bodenordnung bei der Neugestaltung nicht zu vernachlässigen. Dies gilt nicht nur im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse der Landespflege und des ländlichen Raumes insgesamt.

Auf der Grundlage der oben beschriebenen Agrarstrukturen werden mit fortschreitendem Strukturwandel auch Zweit- und Drittbereinigungen erforderlich werden. Diese sind allerdings eher mit einfacheren Verfahrensarten und in Einzelfällen auch mit Bodenordnungsinstrumenten außerhalb derjenigen des Flurbereinigungsgesetzes (z.B. durch Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten) durchzuführen.

Bodenordnungsverfahren können bekanntlich nur unter langfristigem Blickwinkel beurteilt werden. Dies bedeutet, daß die Verfahren der 1960er-Jahre erst heute zutreffender beurteilt werden können. Wenn auch aus heutiger Sicht und aus der Perspektive der aktuellen Ziele seinerzeit zuviel Landschaftselemente beseitigt worden sind, so bleibt im Hinblick auf die Beurteilung der Flurbereinigung aus landwirtschaftlich-betriebswirtschaftlicher Sicht festzuhalten, daß jene Verfahren nicht nur besser als ihr Ruf sind, sondern daß sie die bäuerlichen Familien durchgreifend und nach wie vor wirksam von der Arbeit entlasten, die Mechanisierung erst in rentabler Weise ermöglicht und dem landwirtschaftlichen Betrieb einen nachhaltigen Wachstums- und Entwicklungsschub mit regionalen Wettbewerbsvorteilen gebracht haben. Diese elementare Dienstleistung für den ländlichen Raum wird derzeit leider allzu oft verkannt.

5. Schlußbemerkung

Die zukünftigen Anforderungen an die ländliche Bodenordnung werden keinesfalls abnehmen, sondern im Gegenteil: die Flurbereinigung mit ihren verschiedenen Verfahrensarten wird ein unverzichtbares Mittel zur Bewältigung und zum Ausgleich der vielschichtigen Ansprüche an den ländlichen Raum bleiben. So werden sich bereits im Jahre 1988 bestimmte Teilbereiche der dann durchzuführenden sozio-strukturellen Maßnahmen auf den ländlichen Raum und die Flurbereinigung auswirken. Darüber hinaus hat die Flurbereinigung bis zum Ende dieses Jahrhunderts das wichtige Etappenziel, Kompromisse im Spannungsfeld von Ökonomie, sozio-strukturellen Maßnahmen und Ökologie zu erarbeiten und vor Ort zu vollziehen. Wegen der Einbindung der Flurbereinigung in die übrige Agrarstruktur- und Ökologiepolitik, die derzeit durch eine Vielzahl von Förderungsprogrammen gekennzeichnet ist, besteht aber auch Veranlassung zu dem Hinweis, die Förderungsgrundsätze jener Politikfelder im Hinblick auf die Neuausrichtung der Politik für den ländlichen Raum besser zu koordinieren und auf wenige Hauptmaßnahmen zu konzentrieren.

Textverarbeitung

Erste Erfahrungen im Einsatz bei der Planfeststellung, beim Plantext und im Planwuschtermin

von Obervermessungsrat Hartwig Epping, Westerbürg

Die Zielsetzung für den Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen bedarf in der heutigen "elektronischen" Zeit keiner eingehenden Erläuterung mehr. Die Verwendung elektronischer Rechner gehört insbesondere bei den mathematisch orientierten Aufgaben zum tagtäglichen Geschäft. Den Taschenrechner hat heute fast jeder Mitarbeiter als selbstverständliches Arbeitsgerät auf dem Tisch liegen.

Noch nicht ganz so selbstverständlich ist die Unterstützung der täglichen Arbeit durch "elektronische Bleistifte". Der Einsatz von Textverarbeitungsgeräten findet erst langsam Eingang in die Amtsstuben. Gerade hier liegt jedoch ein weites Feld von Anwendungsmöglichkeiten, die die täglich sich wiederholenden gleichen oder annähernd gleichen Arbeitsgänge vereinfachen und zeitlich raffen können.

Großen Zeitaufwand im Verlauf der Bearbeitung von Flurbereinigungsverfahren erfordern die zwar nicht täglich anfallenden, jedoch regelmäßig wiederkehrenden umfangreichen Schreibarbeiten bei der Zusammenstellung

- A. der Planfeststellungsunterlagen,
- B. beim Plantext,
- C. beim Planwuschtermin.

Diese Arbeitsgebiete textverarbeitungsmäßig zu erproben war die Aufgabe, die sich das Amt Westerborg für die vergangenen ca. zwei Jahre selbst gestellt hatte.

Dabei kamen die dem Amt zur Verfügung stehenden textverarbeitungsfähigen Geräte zum Einsatz. Für die Arbeiten, die häuslich erledigt werden, also Zusammenstellung der Planfeststellungsunterlagen und Plantext, wurde der bei jedem Kulturamt vorhandene Personalcomputer "Victor 9000" mit dem in seinem Programmpaket enthaltenen Textverarbeitungsprogramm "TEX-ASS" eingesetzt. Für den Einsatz vor Ort, also im Planwunschtermin, wurde der noch in Westerborg vorhandene Computer Commodore CBM 8032-32 B mit eingebautem Commodore-Texteditor "M+W" in Konfiguration mit dem Commodore Diskettenlaufwerk CBM 4040 und der Commodore Schreibmaschine 8026 zur mobilen Station erklärt und im angemieteten Planwunschkzimmer aufgebaut.

Dieser Artikel soll die ersten Erfahrungen aufzeigen. Es ist jedoch nicht beabsichtigt, hier eine Anleitung für denjenigen zu geben, der als Anwender mit Kopien der erstellten Disketten die vorhandenen Textbausteine verwenden will.

1. Planfeststellungsunterlagen

Ohne weitere Erklärung wird es jedem verständlich sein, daß mit dem Einsatz der Textverarbeitung nicht die notwendigen zeichnerischen Arbeiten unterstützt werden können.

Zielsetzung war die Vereinfachung der regelmäßig wiederkehrenden Schreibarbeiten im textlichen Teil der Planfeststellungsunterlagen, also dem Erläuterungsbericht, dem Verzeichnis der Festsetzungen, notwendiger und gewünschter Deckblätter und Inhaltsverzeichnisse.

Die so erstellten Blätter sollten gleichzeitig den Anforderungen für eventuell notwendige textliche Aussagen in den Begleitheften genügen.

Zunächst mußte deshalb der Versuch einer Standardisierung unternommen werden. Dies war am einfachsten beim Erläuterungsbericht, da genügend Erfahrung über den erforderlichen Inhalt vorlag. Die Gliederung älterer Erläuterungsberichte wurde im wesentlichen übernommen. Der Inhalt wurde auf ein Minimum von Erläuterungen reduziert. Auf Querverweise zu verfahrensspezifischen Aktenstellen oder Fundstellen in den übrigen Planfeststellungsunterlagen wurde verzichtet, um Übertragungsfehler, insbesondere bei nachträglichen Veränderungen, zu vermeiden.

Die Einteilung erfolgte nach Einzelpunkten, die wiederum untereinander - soweit dies überhaupt erforderlich war - möglichst gleiche Arten von Unterpunkten hatten.

Folgende Gliederung wurde gewählt:

1. Allgemeines
 - 1.1 Rechtsgrundlagen zum Flurbereinigungsverfahren
 - 1.2 Verfahrensgebiet
 - 1.3 Bodenordnung
 - 1.4 Nutzungsartenänderungen von landwirtschaftlichen Nutzflächen

2. Verkehrsanlagen
2.x (bedarfswise BAB, Bundes-, Landes-, Kreisstraßen, Schiene, Wasser)
3. Wirtschaftswegenetz
 - 3.1 Ausbau
 - 3.2 Nutzung
 - 3.3 Unterhaltung
 - 3.4 Vermessung
4. Gewässer
 - 4.1 Ausbau
 - 4.2 Nutzung
 - 4.3 Unterhaltung
 - 4.4 Vermessung
5. Bodenverbesserungen
 - 5.1 Durchführung
 - 5.2 Nutzung
 - 5.3 Unterhaltung
 - 5.4 Vermessung
6. Landespflegerische Maßnahmen
 - 6.1 Durchführung
 - 6.2 Nutzung
 - 6.3 Unterhaltung
 - 6.4 Vermessung
 - 6.5 Erhalt vorhandener Landschaftselemente und Biotope
 - 6.6 Maßnahmen im überwiegend öffentlichen Interesse
 - 6.7 Schutzzeiten
7. Maßnahmen Dritter
 - 7.1 Der Planfeststellung unterliegende Planungen
 - 7.2 Der Planfeststellung nicht unterliegende Planungen

Diese Einteilung erhebt natürlich keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit. Sie hat sich zwar inzwischen bei zwei Planfeststellungen bewährt, sollte jedoch ständiger Verbesserung unterliegen.

Die Texte zu den Einzelpunkten bestehen zum Teil nur aus ein oder zwei Sätzen. Jeder Einzelpunkt wurde als Textbaustein abgespeichert, so daß Textveränderungen leicht möglich sind. Ebenso können Einzelpunkte auf diese Weise sehr einfach hinzugesetzt oder weggelassen werden.

Der gemeinsame Ausdruck erfolgt sodann unter Aufruf eines besonderen Textbausteines, unter dem alle anderen Textbausteine zusammengefaßt sind. Werden Einzelpunkte hinzugefügt oder weggelassen, ist dieser Textbaustein entsprechend zu ändern. Zusammen mit den Einzelpunkten wird ein Deckblatt und ein Inhaltsverzeichnis, jeweils mit Angabe der durchlaufenden Seitennumerierung und dem Datum der Erstellung, ausgedruckt.

Weitaus schwieriger und zeitaufwendiger gestaltete sich die Erstellung des Verzeichnisses der Festsetzungen.

Die Vielzahl von variablen Angaben innerhalb eines Verfahrens sollte genauso erfaßt werden können wie die Verwendung der Textbausteine in weiteren Verfahren.

Deshalb wurde hier von der Möglichkeit der Serienbriefferstellung Gebrauch gemacht. Als Textbaustein wurde zunächst der äußere Rahmen für die Einzelfestsetzung, sozusagen das Formular, entwickelt. Die einfache Umsetzung des bisher verwendeten Formulars war nicht möglich, da in der bisherigen Form das DIN A 4 Blatt im Querformat benutzt wurde. Einen derartigen Ausdruck läßt jedoch das Textverarbeitungsprogramm nicht zu. Es wurde deshalb ein Formular im DIN A 4 Hochformat entwickelt, das gleichzeitig den Vorteil der leichteren Lesbarkeit hat. Die Variablen wurden sodann in den zwanzig zur Verfügung stehenden Plätzen der Adressendatei untergebracht.

Es stellte sich schnell heraus, daß die Festsetzungen nicht alle in einer Formularart untergebracht werden konnten. Die Aussagen einerseits zu Maßnahmen an Wegen, andererseits zu landespflegerischen Belangen waren nicht in den zur Verfügung stehenden Speicherplätzen in einheitlicher Form unterzubringen. Aus Gründen der Übertragbarkeit auf andere Ämter wurde auch darauf verzichtet, die mögliche Programmänderung der Adressendatei vorzunehmen. Deshalb wurden jeweils für die Bereiche Straßen- und Wegenetz, Gewässer, Bodenverbesserungen und Landespflege eigene Formulare gestaltet.

Für den Leser der Planfeststellungsunterlagen ist dies von keinerlei Bedeutung. Lediglich der Ausdruck wird etwas erschwert, da jedes Fachgebiet für sich über die Serienbrieffunktion aufgerufen werden muß. Ein einziger Druckvorgang für das gesamte Verzeichnis der Festsetzungen ist somit leider nicht möglich.

Zur Verdeutlichung zeigt die Anlage 1^{x)} zunächst ein Formular ohne Variableneintrag. Die Nummern 1 bis 20 zeigen als Platzhalter die Stellen, an denen die Eintragungen aus der Adressendatei im Serienbrieffausdruck stehen werden. Das fertige Blatt könnte sodann, wie in Anlage 2^{x)} gezeigt, aussehen. Im weiteren wurde zur besseren Übersichtlichkeit des gesamten Textteiles der Planfeststellungsunterlagen eine Vielzahl von Titelblättern entworfen. Allen gemeinsam ist das Layout. Folgende Titelblätter stehen inzwischen zur Verfügung:

Planfeststellung (Titelblatt für das Gesamtwerk)
Wege- und Gewässerkarte
Verzeichnis der Festsetzungen
Erläuterungsbericht
Übersichtskarte 1:5 000
Landespflegerisches Beiheft
Wasserwirtschaftliches Beiheft
Finanzierungsbeiheft
Unterlagen zur fachaufsichtlichen Prüfung
Verhandlungen und Niederschriften
Flächennutzungsplan
Bebauungspläne
Ergänzungskarten zur Wege- und Gewässerkarte
Planungen Dritter
Formelle Planprüfung
Benehmen mit dem Vorstand
Termin nach § 41

^{x)} ohne Anlagen abgedruckt

Auch hier sind Ergänzungen oder Änderungen auf einfachste Weise möglich. Allen gemeinsam ist, daß jedes Titelblatt wiederum aus einzelnen Textbausteinen zusammengesetzt ist. Die Veränderung des Verfahrensnamens oder des Aktenzeichens ist deshalb nur einmal erforderlich und wird damit für alle Titelblätter übernommen. Gleiches gilt für den Eintrag erforderlicher Daten, wie Tag der Aufstellung der Unterlagen, der fachaufsichtlichen Prüfung, des Planfeststellungsbeschlusses und seiner Änderungen oder Ergänzungen. Auch die Angabe der Bearbeiter ist durch einmalige Eingabe zu ändern. Der Ausdruck aller Titelblätter kann dann in einem Ausdruckvorgang erfolgen. Die Blätter sind lediglich noch einzuordnen.

Ein großer Nachteil soll hier nicht verschwiegen werden. Auf Grund der Vielzahl von Textbausteinen ist der Platz im Directory, also dem Inhaltsverzeichnis der Diskette, sehr bald erschöpft gewesen. Obwohl lediglich ca. 35 % der Diskettenkapazität belegt war, konnten keine neuen Textbausteine oder Dateien gespeichert werden. Versuche, diese Schwierigkeit zu umgehen, waren bisher ohne Erfolg. Das Manko liegt im Programm TEX-ASS selbst begründet, das mehr als 145 Einträge im Directory verweigert. Bei Überschreiten dieser Anzahl von Einträgen wurden systemlos vorhandene Einträge überschrieben oder sogar unter gleichem Namen in unterschiedliche Dateien abgelegt. Aus diesem Grund wurde der Gesamttext auf drei Disketten verteilt. Die erste Diskette enthält den gesamten Erläuterungsbericht, die zweite Diskette das Verzeichnis der Festsetzungen und die dritte alle noch verbleibenden Texte, wie Titelblätter, Inhaltsverzeichnisse und notwendige Ergänzungstexte zu den Beiheften. Eine solche Hilfslösung ist unbefriedigend, da bei Veränderung von verfahrensspezifischen Variablen diese mitunter auf jeder Diskette gesondert verändert werden müssen. Das bedeutet immer eine Fehlerquelle und erschwert die durchgreifende Korrektur bei späteren Ergänzungen oder Änderungen, z.B. nach der fachaufsichtlichen Prüfung. Ich würde es sehr begrüßen, wenn hier eine andere Lösung gefunden werden könnte.

Die Ersterstellung der Disketten war ohne Zweifel eine zeitaufwendige Arbeit, die nicht immer ohne Rückschläge war. Die Zusammenstellung der Unterlagen für das zweite Verfahren war, soweit es den Arbeitseinsatz für die reine Schreibarbeit umfaßt, einschließlich einmaligem Ausdruck in ca. 6 Arbeitsstunden erledigt. Korrekturen nach der fachaufsichtlichen Prüfung waren nach zwei Stunden abgeschlossen. Von mehrfachen Ausdrucken, evtl. als Ersatz für Fotokopien, sollte Abstand genommen werden, da der Ausdruck sehr viel zeitaufwendiger ist als das Kopieren. Die Zeitangaben beziehen sich natürlich nur auf die beiden bisher bearbeiteten Verfahren und sind direkt abhängig vom Umfang der Planfeststellung. Unbedingt notwendig ist die Beherrschung des Programms TEX-ASS, sowie die Kenntnisse über die inneren Zusammenhänge der speziellen Textbausteine.

2. Plantext

Nach den obigen Ausführungen erübrigt sich eigentlich die nähere Erläuterung der Anwendung der Textverarbeitung bei der Aufstellung des Plantextes. Das uns allen seit Jahren bekannte Werk wurde zunächst unter Zuhilfenahme des Musterplantextes und bisheriger Vorgänge textverarbeitungsmäßig aufgenommen. Dabei wurden wieder einzelne Nummern des Plantextes als eigenständige Textbausteine abgespeichert. Der Ausdruck erfolgt sodann in einem Zuge mit durchnummerierten Seitenzahlen. Es wurde bisher darauf verzichtet, alle möglichen

Varianten einzelner Plantextnummern aufzunehmen. Es ergibt sich im Laufe der Zeit, daß immer mehr Möglichkeiten gesammelt werden und sodann zur Verfügung stehen. Die zukünftige Schreibeinheit beschränkt sich also nur auf die verfahrensspezifischen Veränderungen oder Ergänzungen. Erste Gewinne im Zeitbedarf für die Schreibeinheit konnten bereits bei der Erstellung der Nachträge festgestellt werden. Diese sind jedoch mehr empirisch, da erst ein Verfahren derart bearbeitet wurde. Deshalb soll an dieser Stelle noch nicht auf mögliche Arbeits erleichterungen eingegangen werden.

Als großer Nachteil hat sich herausgestellt, daß das Programm TEX-ASS keinen seitenweisen Ausdruck zuläßt. Es können bei erforderlichen Korrekturen nur die Seiten ab einer bestimmten Seitennummer bis zum Textende ausgedruckt werden. Dies bedeutet, daß man notgedrungen den Ausdruck gewaltsam stoppen und man warten muß, bis der Pufferspeicher entleert ist.

3. Planwunschtermin

Zum Verständnis, warum wir mit einem derartigen Geräteaufwand vor Ort den Planwunsch der Beteiligten aufnehmen, erlaube ich mir, kurz die Westerburger Art des Planwunschtermines aufzuzeigen.

Im Planwunschtermin wird im rechtsrheinischen Rheinland-Pfalz so intensiv wie möglich mit den Beteiligten ihre Neuzuteilung besprochen. Dabei sind alle Unterlagen, wie Gliederung, Zuteilungskarten mit eingetragenen Blöcken, Blockteilen und der Schätzung, die Anspruchsberechnung, und natürlich sämtliche Unterlagen des alten Bestandes mit draußen.

Mit dem Beteiligten wird nun eine mögliche Neuzuteilung erarbeitet, und natürlich auch protokolliert. Das Protokoll dieses intensiven, gelenkten Planwunsches (nicht Planvereinbarung !) soll natürlich so ausführlich wie möglich und für den Beteiligten auch verständlich und zu Hause nachvollziehbar geschrieben sein. Es hat sich im Laufe der Zeit gezeigt, daß viele Standardformulierungen aufgeschrieben werden müssen, die sich zum Teil bei fast jedem Beteiligten wiederholen.

Hier nun beginnt die Aufgabe der Textverarbeitung.

Es wurden Standardsätze erarbeitet und als Textbausteine abgespeichert. Die variablen Angaben wie Flächengrößen, Werte, Geldbeträge o.ä. können an den vorgesehenen Stellen im Textbaustein eingefügt werden. Die Erfahrungen des ersten so bearbeiteten Verfahrens haben gezeigt, daß die Protokolle eindeutiger geworden sind. Auch bleibt mehr Zeit, sich dem Beteiligten zu widmen, da die Diktierzeit reduziert wird. Korrekturen können noch am Bildschirm vorgenommen werden. Ebenso werden auf einfache Weise gewünschte Änderungen oder Ergänzungen vorgenommen. Für den Beteiligten wird gleich ein Durchschlag mit gefertigt, den er mit nach Hause nehmen kann.

Zur Zeit ist das Gerät zum zweiten Mal vor Ort im Einsatz. Parallel dazu wird ein Planwunschtermin mit Protokollaufnahme mittels einer üblichen Schreibmaschine durchgeführt. Von dem unmittelbaren Vergleich erwarten wir uns eine deutliche Aussage, ob auch weiterhin die Textverarbeitung "vor Ort" eingesetzt werden soll.

Bei der von uns verwendeten Gerätekonfiguration mußten einige Nachteile in Kauf genommen werden. So kann auf der Schreibmaschine kein Endlospapier verwendet werden. Das Formulareinspannen ist somit immer noch erforderlich. Auch entspricht die Schreibgeschwindigkeit der angeschlossenen Schreibmaschine nicht den Wünschen, die man normalerweise an eine Textverarbeitung stellt. Allein aus diesen Gründen scheiterte der Versuch, das vorgedruckte Planwunschformular durch einen entsprechenden Textbaustein zu ersetzen.

Ein weiterer Nachteil ist, daß das Commodore Textverarbeitungsprogramm sich wesentlich von TEX-ASS unterscheidet. Am unangenehmsten ist dabei die fehlende Möglichkeit, 80 Zeichen auf dem Bildschirm darzustellen.

4. Fazit

Mit Hilfe der modernen Textverarbeitung lassen sich in den verschiedensten Bereichen der Büroorganisation Routinearbeiten beschleunigen. Ständig wiederkehrende Texte sind in kürzester Zeit versandfertig zu erstellen. Zeitraubendes "Bücherschreiben" mit vielen gleichen Textpassagen läßt sich vereinfachen.

Voraussetzung für den optimalen Einsatz sind Geräte, die in Kapazität und Ausstattung dem Bedarf entsprechen, sowie in genügender Anzahl zur Verfügung stehen. Erforderlich ist aber auch - und das halte ich für durchaus verbesserungsfähig - die positive Einstellung der Mitarbeiter zum Einsatz neuer Techniken.

Die hier vorgestellten Versuche wurden im wesentlichen von den technischen Mitarbeitern getragen. Sicherlich deshalb, weil Computer für sie bereits seit längerem vertraute Arbeitsgeräte sind, und sie von Natur aus technische Neuerungen selbst ausprobieren wollen.

Es ist aber erforderlich, daß nunmehr - fast nach Abschluß der Pionierarbeit - alle mit Schreib- und Registraturarbeiten beauftragte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diese neuen Arbeitsmethoden und -geräte herangeführt werden. Sie können und dürfen keine Domäne der Techniker sein. Dazu muß allen genügend Zeit und Fortbildungsmöglichkeit gegeben werden. Denn wer sich einmal als Anwender mit der EDV beschäftigt hat weiß, daß nur intensives Lernen der "Fremdsprache Computer" und der ständige Umgang mit dem Gerät zufriedenstellende Arbeitsergebnisse liefert.

Besonderheiten bei der Bearbeitung von Rebflurbereinigungsverfahren im Weinanbaugebiet Pfalz

von Vermessungsdirektor Bernd Scholz, Neustadt

Im Bezirk des Kulturamtes Neustadt (Weinstraße) liegen rd. 20.000 ha Weinbergsflächen, das entspricht 1/5 der Rebflächen der Bundesrepublik Deutschland. Seit Jahren ist ein Arbeitsschwerpunkt des Kulturamtes in der Neuordnung der Weinbaulich genutzten Flächen zu sehen.

Die ersten Anfänge von Rebflurbereinigungen in der Vorderpfalz finden sich Ende der dreißiger Jahre. Ausgelöst durch die Reblausverseuchung und die damit verbundene Umstellung auf Pfropfreben, erkannten die Winzer, daß ein voller Erfolg nur bei gleichzeitiger Neuordnung des Grund und Bodens zu erzielen war. Seit Mitte der fünfziger Jahre wird in der Vorderpfalz der Wiederaufbau der Weinberge abschnittsweise, gleichzeitig mit der Flurbereinigung, durchgeführt. Dabei bildet seit 1953 die gesetzliche Grundlage für den planmäßigen Wiederaufbau der Weinberge das Landesgesetz über den Wiederaufbau reblausverseuchter Weinbergsgebiete (Weinbergsaufbaugesetz). Nach diesem Gesetz sind Träger der mit dem Wiederaufbau verbundenen Maßnahmen die Aufbaugemeinschaften (Körperschaften des öffentlichen Rechts), die das Gebiet einer zusammenhängenden Rebfläche - in der Regel sind dies die Rebflächen einer Gemeinde - umfassen sollen.

Diese Aufbaugemeinschaften legen in einem Aufbauplan die einzelnen Aufbauabschnitte, deren Begrenzung sowie den Zeitpunkt der Abräumung der Weinberge fest.

Durch das Weinbergsaufbaugesetz wird der planmäßige Wiederaufbau im Regelfall an die Flurbereinigung gekoppelt. Die Flurbereinigung ist somit in Rheinland-Pfalz, soweit sie sich auf Weinbergsflächen erstreckt, als Voraussetzung bzw. als Bestandteil des planmäßigen Wiederaufbaues zu verstehen.

Im Kulturamtsbezirk Neustadt bestehen 33 von Aufbaugemeinschaften beschlossene Aufbaupläne mit rd. 150 Aufbauabschnitten für einen Zeitraum bis über das Jahr 2000 hinaus.

In den Weinbaugemeinden der Pfalz ist oftmals nahezu die gesamte Gemarkungsfläche mit Reben bestockt. Neben den Interessen des abschnittsweisen planmäßigen Wiederaufbaues machen die Drahtrahmenerziehung und die Gemengelage mit sehr unterschiedlichen Zeilenrichtungen die Abräumung der Rebstöcke zur notwendigen Voraussetzung, um die Bodenordnung durchführen zu können.

Das Flurbereinigungsverfahren wird in der Regel für die gesamte Weinbergsfläche einer Gemeinde eingeleitet (Gesamtverfahren). Die Weinbergsflurbereinigung selbst wird dann abschnittsweise - in sogenannten Projekten - entsprechend dem von der Aufbaugemeinschaft beschlossenen Aufbauplan und den damit zeitlich festgelegten und örtlich begrenzten Aufbauabschnitten durchgeführt. Diese abschnittsweise Bearbeitung ist unumgänglich, um den durch den planmäßigen Wiederaufbau

entstehenden 3jährigen Ertragsausfall für die einzelnen Betriebe in vertretbaren Grenzen zu halten. In der Praxis haben die Aufbauabschnitte, und damit auch die Flurbereinigungsprojekte, eine Größe von ca. 40 - 100 ha; die Bearbeitung der einzelnen Projekte erfolgt meist in 3- oder 4jährigem Abstand.

Mit der Einleitung des Gesamtverfahrens entsteht die Teilnehmergeinschaft. In einer Teilnehmerversammlung wird ein Vorstand gewählt. Es wird dabei auch festgelegt, über wieviel der anschließenden Flurbereinigungsprojekte sich die Amtszeit dieses Vorstandes erstrecken soll.

Im Gesamtverfahren wird der Grundsatztermin "Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung" nach § 38 des FlurbG abgehalten und der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Entwurf erstellt. Diese Gesamtplanung ist notwendig, um ein Rahmenkonzept für die Neuordnung des gesamten Flurbereinigungsgebietes vorliegen zu haben. Dabei kommt es im wesentlichen darauf an, für die Wegeerschließung, die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, insbesondere die Lage der Regenrückhaltebecken und die landespflegerischen Maßnahmen die Grundzüge festzulegen. Der im Gesamtverfahren erstellte Planentwurf wird von der Bezirksregierung fachaufsichtlich geprüft, eine rechtliche Feststellung dieser Planung unterbleibt.

Die "konkrete Bodenordnung" beginnt mit der Abteilung eines Flurbereinigungsprojektes aus dem Gesamtverfahren gemäß § 8 Abs. 3 FlurbG. Das Flurbereinigungsprojekt wird so begrenzt, daß der betreffende gemäß Aufbauplan anstehende Aufbauabschnitt bodenordnerisch bearbeitet werden kann. Das durch die Abteilung nunmehr entstandene Flurbereinigungsprojekt wird als eigenständiges Verfahren nach § 1/ §37 FlurbG weitergeführt.

Die Grundstücke werden nach §§ 27 ff. bewertet, der Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen wird aufgestellt und gemäß § 41 Abs. 3 FlurbG festgestellt, wobei die für das Gesamtverfahren entwickelte Konzeption als Leitlinie dient. Die Planfeststellung sollte in zeitlicher Hinsicht auf den von der Aufbaugemeinschaft festgelegten Abräumtermin abgestimmt sein, d.h., zum Zeitpunkt der Abräumung der Weinberge sollte auch der Plan nach § 41 FlurbG festgestellt sein. Damit wäre auch hinreichende Rechtssicherheit im Hinblick auf § 14, Abs. 4, Satz 3 des Weinbergsaufbaugesetzes i.d.F. vom 27.03.1987 gegeben, wonach mit der Abräumung erst begonnen werden darf, wenn die Flurbereinigungsbehörde zugestimmt hat.

Leider läßt sich oftmals dieser an und für sich zeitlich logische Verfahrensablauf nicht konsequent realisieren, da zum einen bei einer Bearbeitung im 3-Jahres-Rhythmus der Planungszeitraum bis zum Abräumtermin nach der Weinlese sehr eng bemessen ist und zum anderen die Aufbaugemeinschaften verständlicherweise, da sich die Betriebe bereits langfristig auf die Neuanlage der Rebflächen eingestellt haben, den vorgesehenen Abräumtermin nicht um ein Jahr verschieben können. Seitens der Winzer werden oftmals abgängige oder frostgeschädigte Weinberge im Vertrauen auf den von den Aufbaugemeinschaften geplanten zeitlichen Ablauf des Wiederaufbaues nicht erneuert. Auch gehen die meisten Winzer sehr frühzeitig Verpflichtungen zur Lieferung der neuen Reben für die Wiederanpflanzung ein.

Es stellt sich selbstverständlich hierbei die Frage, wie der Planungsaufwand bzw. Zeitraum verkürzt werden kann. Hierzu ist jedoch folgendes zu bemerken:

Die Flurbereinigung der Rebflächen hat sich ganz besonders nach den Ansprüchen und Erfordernissen des Weinbaues zu richten. Die Techniken der Bearbeitungsmethoden haben innerhalb der letzten 30 Jahre eine immense Entwicklung hin zur Mechanisierung, ja hin zur Perfektion genommen. Beispielhaft seien hier genannt: Schmalspurschlepper, Schädlingsbekämpfung, Laubschneidegerät, Traubenvollernter, elektrooptisch gesteuerte Setzmaschine.

Seitens der Winzerschaft werden von der Flurbereinigung "maschinengerechte Flächen" erwartet, z.B. mit Zeilenlängen bis zu 200 m, parallelen Längsseiten der Abfindungsflurstücke und für die Direktzugbewirtschaftung, die vorherrschende Bewirtschaftungsform in der Pfalz, keine bzw. nur geringe Quershängigkeit sowie Längsgefälle mit maximal 20 - 30 %, je nach Bodenart. Bei der Aufstellung des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen sind einerseits die ökonomischen und andererseits die ökologischen Interessen zu wahren bzw. gegeneinander abzuwägen.

Vorgenannte Erwartungen bedingen einen hohen Planungsaufwand, da es gilt, die Neugestaltung des Geländes zu optimieren, bei gleichzeitigem Interessenausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie. Oftmals sind detaillierte Geländeaufnahmen im alten Bestand notwendig, um die Geländeeinebnung zu minimieren und in wirtschaftlich vertretbaren Grenzen zu halten. Auch den wasserwirtschaftlichen Belangen kommt eine ganz besondere Bedeutung zu. Durch die Befestigung von Wegen, die meistens wasserführend ausgebaut werden müssen, die konzentrierte Wasserableitung über Vorfluter und die Drehung der Rebzeilen in das stärkste Hanggefälle, entstehen Abflußbeschleunigungen, die durch Retentionsmaßnahmen auszugleichen sind.

Neben dem Flurbereinigungsgesetz fordern das Bundesnaturschutzgesetz und das Landespflegegesetz die umfassende Berücksichtigung der landespflegerischen Belange. Gerade in der Rebflurbereinigung bereitet die Erfüllung des landespflegerischen Auftrages zum Teil besondere Probleme, zumal oftmals bereits im alten Bestand in den in Monokultur genutzten Rebflächen Baum- und Gehölzbestände gänzlich fehlen und auch auf das Landschaftsbild sich positiv auswirkende Waldbestände nicht vorhanden sind.

Auf die Erhaltung der meist nur wenigen ökologisch besonders wertvollen Standorte, wie z.B. Trockenmauern, Böschungen und Hohlwegteile ist in planerischer Hinsicht zu achten. Diese Elemente sind, soweit möglich, durch Überführung in das öffentliche Eigentum nachhaltig zu sichern. Auch in der Rebflurbereinigung werden neue Pflanzungen vorgenommen, wo immer dies zweckmäßig ist. Oftmals ergänzen sich hierbei ökonomische und ökologische Belange, z.B. wenn längs eines Vorfluters Flächen im landespflegerischen Sinn so ausgewiesen bzw. konzentriert werden, daß Mißformen an Grundstücken in den angrenzenden Gewannen hierdurch ausgeglichen werden.

Neue Weinbergsmauern und sonstige Bauwerke werden unter Verwendung landschaftstypischer Natursteine errichtet. So werden z.B. Trockenmauern in Gabionenbauweise erstellt, die günstige Lebensbedingungen für die Wiederansiedlung von Pflanzen und Tieren bieten. Technisch bedingte Zweckbauwerke werden land-

schaftsgerecht ausgestaltet. Ein Regenrückhaltebecken kann z.B. mit Dauerstau und Böschungsbefestigung in Gabionenbauweise hergestellt werden, so daß neben der notwendigen wasserwirtschaftlichen Funktion zugleich auch eine wichtige ökologische Funktion mit übernommen wird.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Probleme, wird in der "klassischen Rebflurbereinigung" wohl kaum eine wesentliche zeitliche Verminderung der Planungsphase möglich sein, zumal andernfalls auch dann ein Absinken der Qualität unter Verlust des gewonnenen Vertrauens bei den Teilnehmergeinschaften wie auch bei den sonstigen im weinwirtschaftlichen und ökologischen Bereich zuständigen Stellen zu befürchten wäre. Eine Straffung des Planungszeitraums wird nur durch eine konsequente Zusammenarbeit mit allen in der Planungsphase zu beteiligten Stellen zu erreichen sein. Hierbei sind insbesondere die Kommunal- und Straßenbauverwaltungen gefordert. Die besonderen Schwierigkeiten der Gemeinden bei Kostenbeteiligungen an dem Bau von Rückhaltebecken werden dabei nicht verkannt. Es wäre jedoch aus Sicht der Flurbereinigung wünschenswert, daß über die Finanzierung des Kommunalanteiles an Retentionsmaßnahmen bereits im Rahmen der fachaufsichtlichen Prüfung und nicht erst **nach** Feststellung des Planes nach § 41 FlurbG entschieden wird. Auch für die Straßenbauämter muß es von besonderer Wichtigkeit sein, daß deren Fachplanungen rechtzeitig in den Ablauf der Rebflurbereinigung eingebunden werden. Nach Wiederanpflanzung der Rebflächen lassen sich Straßenbauvorhaben, wenn überhaupt, dann nur mit erheblichen Entschädigungsleistungen für Aufwuchs und Erziehungseinrichtungen realisieren.

Mit Vorliegen des Planfeststellungsbeschlusses beginnt der Vollzug der Planung, wobei bis zum Besitzübergang im Frühjahr die meisten der geplanten Baumaßnahmen ausgeführt sein müssen, da sich unmittelbar an die Besitzeinweisung die Neuanlage der Rebflächen anschließt. In zeitlicher Abstimmung mit den Ausbaumaßnahmen der Teilnehmergeinschaft werden seitens der Aufbaugemeinschaft die Rodung und Bodenbearbeitung, wie z.B. Tiefenlockerung und Düngung durchgeführt. In rd. 3/4 aller bearbeiteten Flurbereinigungsverfahren steht der Ausführung der wesentlichen Baumaßnahmen nur 1/2 Jahr zur Verfügung, d.h., im Herbst nach der Weinlese werden die Rebflächen abgeräumt und im darauf folgenden Frühjahr erfolgt die Einweisung in den Besitz der neuen Grundstücke. Bei rd. 1/4 der Verfahren mit sehr umfangreichen Baumaßnahmen, insbesondere Planierungen und wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, liegen zwischen Abräumung der Weinberge und Zuteilung 1 1/2 Jahre. Bedingt durch die mit der Abräumung verbundenen Ertragsausfälle sind die vorgesehenen Besitzeinweisungstermine **zwingend** anzuhalten. An eine Verschiebung um 1 Jahr aufgrund nicht vorhersehbarer Probleme, wie z.B. widriger Witterungsverhältnisse in der Ausbauphase, ist nicht zu denken.

Parallel zur Aufstellung des Planes nach § 41 FlurbG bzw. zu dessen Vollzug, laufen die Arbeiten zur Durchführung der Bodenordnung. Nach dem Planwunschtermin wird der Einteilungsentwurf erstellt. Im Mittel sind in einem 60 ha-Projekt rd. 250 Grundstückseigentümer beteiligt, während die Zahl der Altflurstücke durchschnittlich 700 beträgt.

Neben den Ergebnissen der Wertermittlung ist als besonderes Abfindungskriterium die Frosteinwirkung zu sehen. Oftmals sind in einem Flurbereinigungsprojekt Weinbergslagen von frostfrei bis stark frostgefährdet vorzufinden. Wenn man noch bedenkt, daß die Verkehrswerte für Rebgelände im Amtsbezirk bis zu 50,-- DM pro m² betragen können, so wird deutlich, daß die Neueinteilung des Grundeigentums in einem hochsensiblen Bereich vonstatten geht.

Die Ergebnisse des Zuteilungsentwurfes werden in der Wegeübersichtskarte (M 1 : 1000) durch grob maßstäbliche Eintragung der Abfindungsflurstücke dargestellt. Es schließt sich die sogenannte Zwischeneröffnung an. Die Beteiligten werden, ähnlich wie beim Planwuschtermin, zur Erörterung der neuen Feldeinteilung geladen. Anhand der Übersichtskarte wird die vorgesehene Lage der Abfindungsflurstücke und deren Fläche bekanntgegeben. Eventuelle Beanstandungen werden formlos aufgenommen. Nach Abschluß der Zwischeneröffnung werden die vorgebrachten Beanstandungen sorgfältig überprüft und unter Einschaltung des Kulturamtsvorstehers bearbeitet. Sofern erhebliche Änderungen einzelner Zuteilungen vorgesehen sind, werden die betroffenen Beteiligten hierüber unterrichtet.

Im weiteren Verlauf erfolgt nun die Einrechnung der Zuteilungen und die Absteckung und Abmarkung der neuen Flurstücke. Die Abfindungen werden durch Holzpflöcke, die mit den Ordnungsnummern versehen sind, markiert. Es schließt sich nun die vorläufige Besitzeinweisung nach § 65 FlurbG an. Auf Antrag findet auch eine örtliche Grenzeinweisung statt.

Vom Zeitablauf her, bewegen wir uns bereits im 1. Drittel des Wirtschaftsjahres. Die Winzer stehen "Gewehr bei Fuß" und nehmen so bald wie möglich ihre Landzuteilung in Besitz, um mit der Neuanlage der Weinberge zu beginnen.

Für das Kulturamt schließt sich die Aufstellung des Flurbereinigungsplanes an, der möglichst innerhalb eines Jahres nach Besitzübergang vorgelegt werden sollte.

Schlußbetrachtung

Die ökonomischen Vorteile der Rebflurbereinigung im pfälzischen Weinbaugebiet mit vorstehend erläuterten Arbeitsablauf der Aufbaugemeinschaften, der Teilnehmergeinschaften und des Kulturamtes sind unbestritten.

Die Leistungsbilanz der jährlich 8 - 10 WG-Verfahren, die zum Besitzübergang kommen, stellt sich in landespflegerischer, wasserwirtschaftlicher und gestalterischer Hinsicht wie folgt dar:

Im Bereich der Deutschen Weinstraße wurden im Zeitraum von 1970 bis 1986 58 Regenrückhaltebecken erstellt, wovon 33 ein Fassungsvermögen von 2000 bis 4000 m³ und 25 ein Fassungsvermögen von 500 bis 2000 m³ haben. Damit wurde neben den notwendigen flurbereinigungsbedingten Retentionsmaßnahmen auch umfassender Hochwasserschutz im öffentlichen Interesse geleistet. Durch entsprechende Ausgestaltung erweisen sich die Becken zugleich als wertvolle ökologische Zellen.

In landespflegerischer Hinsicht sind erhebliche Leistungen seitens der Teilnehmergeinschaften und der öffentlichen Hand zu verbuchen. So wurden in den Jahren 1980 und 1986 in 76 Flurbereinigungsverfahren mit einer Bearbeitungsfläche von 12.500 ha 839 Landespflegeflächen im gemeinschaftlichen Interesse ausgewiesen. Die Flächenelemente haben insgesamt eine Größe von rd. 60 ha zuzüglich der Reihenbepflanzungen mit einer Gesamtfläche von rd. 70 km, wobei über 20.000 Bäume und über 165.000 Sträucher gepflanzt wurden. Die Ausführungskosten für landespflegerische Maßnahmen, wie z.B. Pflanzungen, Bau von Trockenmauern (Gabionen) sowie Anlage von Feuchtbiotopen betrugen über 5,5 Millionen DM.

Desweiteren konnte in 13 Flurbereinigungsverfahren im öffentlichen Interesse Gelände zur Sicherung von ökologisch besonders wertvollen Flächen erworben werden. Die Kosten hierfür hat das Land Rheinland-Pfalz mit rd. 800.000,-- DM zu 100 % finanziert.

Im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren entlang der Deutschen Weinstraße konnten 16 Schutzhütten und 16 Brunnen neu errichtet werden. Außerdem wurden alte Flursteine und Feldkreuze restauriert und an geeigneter Stelle wieder aufgebaut. Die Kosten für diese Maßnahmen wurden zum Teil von den Teilnehmergemeinschaften mit Eigenmitteln bestritten.

Wir meinen, dies ist eine Leistungsbilanz, die sich auch im Interesse des Gemeinwohles sehen lassen kann.

Dorfökologie

von Dr.-Ing. Robert H. Beckmann, Universität Kaiserslautern *)

1. Einleitung

Der "durchschnittliche" Bundesbürger kennt heute 19 Automarken aber nur 5 Pflanzenarten und 7 Tierarten (SCHULTE 1987). Dieser Vergleich zeigt drastisch die allgemeine Nicht-Wahrnehmung unserer natürlichen Umwelt auf. Wenig verwunderlich, daß sich im Erscheinungsbild wir in der Ökologie städtische, insbesondere vorstädtische und dörfliche Siedlungen in vielerlei Hinsicht ähneln. Mit dem Erkennen der Auswirkungen dieser Phänomene, z.B. einer meßbar ansteigenden Monotonisierung der freilebenden Tierwelt und der spontan vorkommenden Pflanzen, nimmt seit einigen Jahren das Verständnis für ökologische Zusammenhänge in der dörflichen Umwelt wieder zu. "Dorfökologie" in und durch Dorferneuerung wird zum Leitbild.

Es geht um die Auffassung des Dorfes als lebender Raum und als Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen.

2. Grundlagen

Dies setzt eine Auseinandersetzung mit den

- abiotischen Faktoren (z.B. naturräumliche Lage, Geologie und Boden, Gelände- und Siedlungsklima, Wasserhaushalt)

*) Kurzfassung des Vortrages im Rahmen der Veranstaltung Dorferneuerung/Flurbereinigung, Otterberg, 23. Oktober 1987

- biotischen Faktoren (z.B. charakteristische Pflanzen- und Tierwelt, Dorfflora, Dorffauna) und den
- anthropogenen Faktoren (z.B. Siedlungsgeschichte, Hausformen, Nutzungen, Versiegelungsgrad etc.)

voraus, d.h. es geht um die Auffassung des Dorfes als Ökosystem.

Die Analyse des dörflichen Ökosystems wird somit z.B. neben der Struktur- und Nutzungsanalyse und der Ortsbildanalyse Bestandteil der Grundlagenuntersuchungen zur Dorferneuerung.

3. Dorfentwicklung

Auf der Grundlage dieser Erhebungen und Analysen sind Ansätze zur Stärkung des örtlichen dörflichen Ökosystems zu entwickeln, z.B. Aussagen über:

- Entsiegelungsmaßnahmen für Bereiche städtischen Versiegelungsgrades in der dörflichen Ortslage
- Abbau von Isolations- oder ökologischen Trennwirkungen zusammenhängend versiegelter Bereiche
- Renaturierung auch verrohrter oder verschütteter Gewässer soweit möglich
- Gestaltung von Bereichen mit fehlender, minimaler oder untypischer Grünausstattung
- Aufwertung der Bereiche tierökologisch suboptimal entwickelten Potentials
- Ausgleich bzw. Abbau anthropogen bedingter bioklimatischer oder lufthygienischer Belastungswirkungen
- Erhalt oder Wiederherstellung des funktionalen oder räumlichen Wirkungszusammenhangs örtlicher Zirkulationen einschließlich früherer, bestehender oder zu erwartender Potentialminderungen
- Ansätze zur Herstellung örtlicher Materialkreisläufe; örtliche Materialbewirtschaftung
- Beachtung der Beziehungen zwischen örtlichem Material- und Energiehaushalt (energetische Relevanz des Materialhaushalts)
- die Nutzbarkeit des örtlichen Energiepotentials
- Energiesparmaßnahmen u.a.m.

4. Maßnahmen

"Dorfökologisch" begründete Einzelmaßnahmen der Dorferneuerung können z.B. sein:

- flächenschonende und flächensparende Bauweisen;
- Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung der Bodenfunktion z.B. unter Anwendung der Bodenfunktionszahl BFZ (planerisches Verfahren zur Bewertung und Verminderung der Bodenversiegelung, d. Verf.);
- Entsiegelung und "Übergrünung" von Flächen;
- Freilegung und Renaturierung von Gewässern;
- dezentrale und naturnahe Retention des Niederschlagswassers (Teiche, Gräben etc.);

- Maßnahmen zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs durch Regenwassernutzung und Mehrfachnutzung des Trinkwassers;
- Berücksichtigung kleinklimatischer Ausgleichswirkungen (z.B. Frischluftzufuhr) bei der Grünordnungs- und Bauleitplanung durch Freihalten von örtlichen Zirkulationsbahnen und Freiflächenzuordnung;
- Maßnahmen zur Abminderung bzw. Verbesserung bioklimatisch oder lufthygienisch belastender Verhältnisse z.B. durch Ventilationsbahnen oder Schutzpflanzungen;
- Baumkataster, Artenkartei, Baumpflegemaßnahmen;
- Pflege und Entwicklung dorftypischer Pflanzenstandorte (Ruderalstandorte) z.B. auf der Grundlage der Dorfflorakartierung;
- Sicherung der Flächen mit Nutzungsbeschränkungen z.B. von Bereichen geringer Nutzungsintensität;
- Gestaltung von Lebensräumen in und an Gebäuden, auf Höfen, Straßen und Wegen, an Gewässern und in Grünflächen für die freilebende Tierwelt und dorftypische Pflanzengesellschaften;
- gezielte Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung einzelner Tier- und Pflanzenarten z.B. durch Unterschlupf und Nisthilfen sowie Verbesserung des Nahrungsangebots;
- Erhaltung, Wiederherstellung und Pflege bestehender Biotope und Einzelschöpfungen der Natur z.B. Quellen, Altholzbeständen, Steilwänden, Felsen u.a.m.;
- Festlegung notwendiger Pflegemaßnahmen aus Gründen des Naturschutzes, z.B. Mahd, Beseitigung von Aufwuchs, Extensivierung;
- Verbesserung des Biotopverbunds und der Biotopvernetzung, z.B. Anlegen von Biotopen mit Trittstein-Funktion;
- Herstellung von Saumbiotopen an Wegen, Rainen und landwirtschaftlichen Nutzflächen (Hecken, Extensivstreifen etc.);
- Einsatz ingenieurbilogischer Bauweisen (Pflanze als Baustoff) z.B. bei der Böschungssicherung;
- Biotopmanagement bei Renaturierungsmaßnahmen (Überwachung und Steuerung);
- Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Nutzung des örtlichen Energiepotentials (passive und aktive Solarenergienutzung, Windkraft, regenerative Energieträger);
- örtliche Materialbewirtschaftung (Materialhof) mit Zwischenlagerung, Aufbereitung und Wiederverwendung von Baustoffen und Rohstoffen).

5. Ausblick

Zu beachten ist: Neue, allgemein gültige Rezepte soll und darf es nicht geben. Ob, welche und in welchem Umfang die genannten Maßnahmen zur Anwendung kommen können, ist im Einzelfall nach Maßgabe der örtlichen Untersuchungen und Zielvorstellungen der Betroffenen und Beteiligten zu erarbeiten.

6. Literatur:

1. SCHULTE, W. (1987): Zielsetzung und Konzeption von stadt- und dorfökologischen Lehrpfaden. In: Natur und Landschaft 62. Jg. H 7/8.
2. WÜST/BECKMANN (1987): Maßnahmen zur Verbesserung der Siedlungsökologie (Veröffentlichung in Vorbereitung)

Mehr Grün durch Flurbereinigung

Eine Betrachtung zu der Entwicklung des Obstbaues in der Region Trier und der Beitrag der Landeskulturverwaltung zu diesem Wirtschaftszweig

von Kulturredirektor Franz-Josef Frischbier, Trier

Bereits zur Zeit des römischen Reiches, in der Trier eine bedeutende Funktion hatte und zeitweise eine Metropole dieses großen Staates war, ist festgestellt worden, daß der Obstbau systematisch in diesem Raum betrieben worden ist.

Ganz erhebliche Impulse erfuhr er jedoch nach dem 30-jährigen Krieg in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Durch die Verwüstungen und Menschenverluste konnte der Weinbau, wie er vor diesem Ereignis war, nicht mehr aufrecht erhalten werden. Nachforschungen aus dieser Zeit haben ergeben, daß die Rebbaupflanzfläche vor dem 30-jährigen Krieg erheblich größer war als die heutige Rebbaupflanzfläche. Es gibt sogar Forschungen, die von der doppelten Größe der Weinbaupflanzflächen gegenüber heute sprechen. Es wurden nunmehr gegen Ende des 17. Jahrhunderts viele Flächen, die bis dahin mit Reben bestanden waren, für den Obstbau genutzt. Darauf verweisen heute noch viele Gemarkungsbezeichnungen, wie z.B. "Im Wingertsberg", "Unter oder Ober dem Wingert". Diese Gebiete sind meist mit Streuobst bepflanzt in Gemarkungen, in denen heute keinerlei Weinbau mehr betrieben wird. Für die stärkere Ausbreitung des Obstbaues zum Nachteil des Weinbaues in dieser Zeit kam auch, daß von dem Wein der Zehnt erhoben wurde und von den Erträgen des Obstbaues nicht.

Eine weitere große Welle der Obstbaumpflanzungen erfolgte dann zu der Zeit, als das Rheinland zu Frankreich gehörte. In den Jahren 1806 - 1808 wird es einem Präfekten des hiesigen Departments zugeschrieben, daß er sich die Verbreitung des Obstbaues sehr angelegen sein ließ, und daß daher in diesem Zeitraum ca. 20.000 Bäume gepflanzt worden seien. Die Verbreitung und Beliebtheit des "Viezes" als Spezialgetränk des Trierer Raumes soll aus dieser Zeit sein (Vieze-Wein als Stellvertreter-Wein).

Nachdem unsere Region zu dem preußischen Staatsverband gekommen war, wurde um 1850 eine Großraumplanung für den Obst- und Weinbau in unserem Gebiet durchgeführt und die Realisierung von staatlicher Seite gefördert. Pflege und Schnitt von Obstbäumen wurde in dieser Zeit offizielles Lehrfach in den Dorf- und Landwirtschaftsschulen.

Ein weiterer starker Impuls wurde durch die Notlage während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 20-er Jahre ausgelöst. Es wurde auch wiederum ein Programm insbesondere für die Tallagen von Perl bis Bengel sowie Teile der Südeifel erstellt und in diesem Raum der Obstbau sehr stark gefördert. In diesem ganzen Zeitraum bis in die 30-er Jahre sollen 150.000 Bäume gepflanzt worden sein. Zu Beginn der 30-er Jahre wurde an den landwirtschaftlichen Lehranstalten die Pflege- und Schnittunterrichtung von Obstbäumen erheblich verstärkt und ein beson-

deres Schwergewicht auch auf das Umpfropfen gelegt, um möglichst alle vorhandenen Bäume für eine Obstproduktion, die guten Absatz finden soll, einzusetzen.

Durch die Kriegereignisse des 2. Weltkrieges und auch Brennholznot direkt nach dem Krieg kam der Obstanbau in unserem Gebiet praktisch zum Erliegen. Er hat dann in den Jahren 1963 - 1967 nochmals eine Blüte erlebt, die sich jedoch vornehmlich auf die Niederungen von Trier bis einschließlich Wittlicher-Tal ausdehnte. Es wurden zentrale Sammelstellen eingerichtet, wo das Obst angefahren, nach Klassen geordnet und zu den Großmärkten verschickt wurde. Mit der Steigerung des Lebensstandards kam sodann der Rückgang. Südfrüchte wurden in großen Mengen eingeführt. Der wachsenden Flut des Straßenverkehrs wurden ganze Baumreihen und auch Einzelbäume zur Verkehrssicherung und Straßenverbreiterung geopfert. Man ging vom Obstbau ab, und in den Jahren 1971/72 wurden sogar staatliche Förderungsmittel zur Rodung ganzer Obstbaumanlagen gegeben. Heute denkt man wieder anders.

Obwohl vielfach Kritik an der Flurbereinigung geübt wird, da sie ein Baumsterben auslöse, was heute wohl nicht mehr gerechtfertigt ist, ist andererseits nicht zu übersehen, daß die Flurbereinigung auch einen erheblichen Beitrag für den Obstbau geleistet hat. Es gilt daher einer breiteren Öffentlichkeit klarzumachen, daß diese Förderungen der Pflanzung von Bäumen durch die Landeskulturverwaltung keine neue und atypische Erscheinung ist, sondern, daß dies eine Tradition hat.

So hat bereits der erste Kulturredamtsvorsteher von Trier, Herr Regierungsrat Pfeffer von Salomon, in einer Generalversammlung der landwirtschaftlichen Lokalabteilung in Trier am 22.02.1888 in einer vielbeachteten Rede über die Möglichkeiten der Flurbereinigung auch darauf hingewiesen, Flächen für den Baumbewuchs und Aufforstungen zu schaffen. Auch hat er bereits in dieser Darlegung darauf hingewiesen, daß durch die Pflanzung von Bäumen in dichter Folge um die Ortslagen sich dies für das Klima günstig auswirke und damit eine Förderung des Obstbaumes schaffe, was auch die Hebung von Einkommen zur Folge haben könne.

Im Jahre 1927 hat der damalige Leiter der Landwirtschaftsschule in Wittlich und von 1935 - 1954 Kulturredamtsvorsteher von Trier, Herr Ministerialrat Dr. Spaetgens, sowohl vor den Landwirtschaftsschülern als auch in verschiedenen Veröffentlichungen die Bedeutung des Obstbaues hervorgehoben. Auch hier wird der Obstbau als eine zusätzliche Einkommensquelle für jeden Bauernbetrieb dargestellt. Es wird daher für die Gestaltung der Flur auch bereits gefordert, an den Ausfallwegen aus dem Dorf sowie an den Provinzial- und Alleestraßen Bäume zu pflanzen.

Von einem Förderer des Obstbaues in dieser Zeit wird jedoch geltend gemacht, daß eine erhebliche Verbesserung der Situation im Obstbaumanbau nur bei einer Zusammenfassung der zersplitterten Feldflur zu erreichen ist. Da die Parzellen zu klein und zu schmal seien, könne eine systematische Anpflanzung nicht erfolgen. Die Bäume ständen jeweils zu nah an der Grenze und würden auf den einzelnen Parzellen zu dicht gepflanzt, so daß keine nachhaltigen Erträge zu erwarten seien. Es wurde daher bereits Ende der 20er Jahre die Flurbereinigung als Förderer für den Obstbau gefordert. (Veröffentlichung des für den Obstbau im Wittlicher Raum zuständigen Obstbauinspektor Schmidt 1927). Nach relativ verlässlichen Unterlagen wurden in dieser Zeit in dem nördlichen Teil des damaligen

Kulturamtsbezirk Trier jährlich 4.000 - 5.000 Obstbäume gepflanzt, wobei der Anbau vornehmlich in bereinigten Gemeinden erfolgte.

Diese einzelnen Obstbaumpflanzaktionen sind heute noch in dem Baumbestand im Bereich des Kulturamtes Trier deutlich erkennbar.

Durch die nunmehr anlaufende Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" erfolgte im Raum des hiesigen Kulturamtes Trier eine Wiederbelebung des Obstbaues, die sich in die aufgezeigten Entwicklungsschwerpunkte würdig einreihen kann. So wurden bereits im Jahre 1987 über 4819 hochstämmige Obstbäume durch das Kulturamt über die einzelnen Teilnehmergeinschaften ausgeliefert und von den Beteiligten angepflanzt. In diesem Jahr sind bereits Bestellungen und feste Auftragsvergaben für Obstbäume in der Größenordnung von 10.000 in Vorbereitung und schon vergeben. Es sind noch einige Teilnehmergeinschaften dabei nicht erfaßt, so daß bereits jetzt absehbar ist, daß diese Aktion innerhalb von 3 Jahren in einer Größenordnung von 25.000 - 30.000 Obstbäume in unsere Gemarkungen bringen wird.

Wenn die derzeit laufende Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" in diesem Umfang weitergeführt werden kann, wird man auch in späteren Generationen in dem hiesigen Raum diese Aktion noch lange feststellen können. Möge sie dann auch als eine gute, der Landschaft und der Bevölkerung in hohem Maße zuträgliche Maßnahme der Landeskulturverwaltung gesehen werden.

Um die Aktion auf Dauer jedoch zu einem Erfolge zu führen, muß die zur Zeit günstige Absatzlage für Obst weiter gefördert werden. Es kann festgestellt werden, daß der Viez, vielfach auch als Nationalgetränk in diesem Raum bezeichnet, sich in steigendem Maß wieder größter Beliebtheit erfreut und auch von der Jugend gerne getrunken wird. Es werden daher zur Zeit von den Mostkellereien langfristige Verträge mit den Inhabern größerer Obstbaumbestände abgeschlossen. Diese Entwicklung gilt es zu fördern, damit nicht in 7 - 8 Jahren, wenn ein größeres Obstangebot auf den Markt kommt, Nachteile durch Preisrückschläge auftreten können. Da die Absatzförderung sich zur Zeit relativ gut anläßt, auch für die Herstellung von Apfelsaft und Obstbranntwein und hier besonders Williamschrist, setzt sich das Kulturamt weiterhin verstärkt für die Durchführung dieser Aktion ein. So wurden im vergangenen Jahr allein 12 Aufklärungsversammlungen in den Abendstunden von 20 - 23 oder gar 24 Uhr durchgeführt, in denen der Unterzeichner ein sehr lebhaftes Interesse der Beteiligten an dieser Aktion feststellen und weiter wecken konnte. Den Teilnehmervorständen und insbesondere den Vorsitzenden gilt Dank für ihren uneigennütigen Einsatz bei der Empfangnahme, Verladung und Verteilung der Bäume an die Beteiligten.

Damit diese Aktion auch in ihrer Durchführung genügend Beachtung findet und jederzeit nachprüfbar ist, wurden bisher alle ausgegebenen Bäume in Karten auf den jeweiligen Grundstücken zahlenmäßig und nach Art erfaßt. Es kann daher jederzeit Rechenschaft über die eingesetzten öffentlichen Mittel gegeben werden, die unseres Erachtens nach dem Wiederhall in der Bevölkerung sehr gut angelegt sind.

Die Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" bringt neben der Bereicherung vieler Gemarkungen durch die Obstbäume auch ganz beachtliche Gehölz- und Heckenbestände sowie große Laubbäume in die flurbereinigten Gemeinden. Es wurden

hier als Ergebnis der abendlichen Aufklärungsversammlungen bereits 1987 25.849 Gehölze bezogen und gepflanzt. Es liegen weiterhin Anträge auf 16.011 Landschaftsgehölze vor.

Ein normales Anwachsen und Gedeihen vorausgesetzt, werden sich all diese Gemeinden, die eine Flurbereinigung mit der Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" erfahren haben, durch eine beachtliche Durchgrünung mit einem artenreichen und vielgestaltigen Hecken-, Gehölz- und Baumbestand auszeichnen.

Zur Beteiligung der Naturschutzverbände in Flurbereinigungsverfahren

- eine Entgegnung zum Beitrag von Wolfram Kraffert -

von Ministerialrat Günter Emig, Mainz

Mit seinem in den "Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung" (1) veröffentlichten Beitrag "Die Praxis der Beteiligung der Naturschutzverbände bei der Flurbereinigung: eine Fehlentwicklung" übt Wolfram Kraffert massive Kritik an der vom Landwirtschaftsministerium erlassenen Verwaltungsvorschrift über die Beteiligung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten rechtsfähigen Vereine in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (2). Er vertritt die Auffassung, diese Verwaltungsvorschrift sei überflüssig, völlig mißglückt und sie verlasse die rechtliche Basis sowohl des Flurbereinigungs- als auch des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Seine Kritik gipfelt in der Aussage, daß die VV 1985 förmlich aufzuheben ist.

Die Ausführungen von Kraffert müssen auf Widerspruch stoßen. Dabei soll an dieser Stelle nicht darüber gerechnet werden, ob er für seine Kritik - was stark zu bezweifeln ist - den richtigen Ort und die angemessene Ausdrucksweise gewählt hat. Vielmehr soll Gegenstand dieses Beitrags ausschließlich die Auseinandersetzung mit den von Kraffert angesprochenen Sach- und Rechtsproblemen sein.

1. Gründe für den Erlaß der VV 1985

Entgegen der Auffassung von Kraffert ist die VV 1985 nicht "überflüssig". Schon bei der Entstehung der Verwaltungsvorschrift über die Beteiligung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten rechtsfähigen Vereine in Verwaltungsverfahren (3) war gegenüber dem hierfür federführenden Umweltministerium zum Ausdruck gebracht worden, daß "im Hinblick auf den spezifischen Landespflegebezug der Flurbereinigung, der sie von den übrigen Planfeststellungsbereichen wesentlich unterscheidet", eine eigenständige Beteiligungsregelung "unabdingbar" sei (4). Diese Auffassung hatte auch nach Erlaß der VV 1982 uneingeschränkt Gültigkeit behalten, weil mit den darin getroffenen Regelungen nur der Rahmen

für die Beteiligung der nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes anerkannten rechtsfähigen Vereine (5) abgesteckt wird, ohne dabei den Besonderheiten des Flurbereinigungsverfahrens Rechnung zu tragen (6). Im Hinblick hierauf hat das Landwirtschaftsministerium zur Ergänzung dieser "Rahmenvorschrift" mit der VV 1985 eine speziell auf die Flurbereinigung ausgerichtete Beteiligungsregelung erlassen (7). Im Abstimmungsverfahren haben weder das Umweltministerium (oberste Landespflegebehörde) noch die Bezirksregierungen (obere Flurbereinigungsbehörde) gegen Form und Inhalt der VV 1985 grundsätzliche Einwände vorgebracht. Auch die bei der Vorbereitung der VV 1985 eingeschalteten Verbände haben die darin enthaltenen Regelungen ausdrücklich gutgeheißen.

2. Regelungsgehalt der VV 1982

Die Ausführungen Krafferts zum Regelungsgehalt der VV 1982 sind, soweit er sich mit dem Zeitpunkt der erstmaligen Beteiligung der Verbände und mit der Anwendbarkeit der VV auf Flurbereinigungsverfahren ohne Planfeststellung befaßt, mit juristischen Ungenauigkeiten behaftet.

Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, wann die Verbände nach der VV 1982 in einem Flurbereinigungsverfahren erstmalig zu beteiligen sind, wird von Kraffert die in Nummer 3.2 verwendete Formulierung "mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens" unrichtig interpretiert. Schon ein Blick in Abschnitt 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (§§ 72 ff.) zeigt, daß das Planfeststellungsverfahren erst mit dem Beginn des Anhörungsverfahrens (§ 73 Abs. 1 Satz 1 VwVfG, § 41 Abs. 2 Satz 1 FlurbG) eingeleitet wird (8). Kraffert verlegt dagegen den Zeitpunkt auf frühere Stadien des Flurbereinigungsverfahrens, wobei ihm zwei Kardinalfehler unterlaufen:

- Zunächst verwechselt er "Einleitung des Flurbereinigungsverfahrens" mit "Einleitung des Planfeststellungsverfahrens", indem er meint, die Verbände seien erstmalig zu dem Zeitpunkt zu beteiligen, "zu dem die obere Flurbereinigungsbehörde die Zustimmung zur Durchführung der Aufklärungsversammlung (9) erteilt".
- Zum anderen trifft er keine Unterscheidung zwischen "Planaufstellungsverfahren" und "Planfeststellungsverfahren" (10), indem er den Zeitpunkt der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens mit dem Termin nach § 38 FlurbG gleichsetzt. Gerade die Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes nach § 38 FlurbG ist aber Teil des Planaufstellungsverfahrens (11) und nicht des sich erst hieran anschließenden Planfeststellungsverfahrens.

In diesem Zusammenhang verwundert es auch, wenn Kraffert einerseits der Auffassung ist, die VV 1982 "präzisiere" die in § 29 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG getroffene Beteiligungsregelung, aber sich dann andererseits bemüht sieht, durch längere Ausführungen zu verdeutlichen, was mit der in Nummer 3.2 verwendeten Formulierung "mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens" gemeint ist und dabei im Ergebnis gleich zu drei divergierenden Zeitpunkten kommt (Zustimmung der oberen Flurbereinigungsbehörde zur Durchführung der Aufklärungsversammlung, Termin nach § 38 FlurbG, "Abstimmungstermin" vor dem Termin nach § 38 FlurbG).

Eine weitere Fehlinterpretation nimmt Kraffert vor, indem er die Auffassung vertritt, die VV 1982 sei zufolge Nummer 3.4 sinngemäß auch auf Flurbereinigungsverfahren **ohne** Planfeststellungsverfahren anzuwenden. Hiergegen spricht schon die Systematik der VV 1982, die unter Nummer 3 eindeutig nur Verfahrensregeln für Vorhaben enthält, die "planfestgestellt" werden. Weiter kommt hinzu, daß sich unter die in Nummer 3.4 Satz 1 verwendeten Begriffe "Eilverfahren" und "Teilentscheidungsverfahren" weder das Regelflurbereinigungsverfahren nach § 1 FlurbG mit Plangenehmigung nach § 41 Abs. 4 FlurbG, noch das vereinfachte Flurbereinigungsverfahren ohne Aufstellung eines Wege- und Gewässerplanes nach § 86 Abs. 1 Nr. 4 FlurbG noch die beschleunigte Zusammenlegung nach § 91 FlurbG subsumieren lassen.

3. Gründe für die Erweiterung der Verbandsbeteiligung durch die VV 1985

Die soeben offengelegten Fehlinterpretationen der VV 1982 liefern auf beredete Weise die sachlichen Gründe für eine eigenständige Regelung der Verbandsbeteiligung im Flurbereinigungsverfahren. Gerade weil eben die VV 1982 eine Beteiligung im Rahmen der Planaufstellung nicht vorsieht und sie die Verfahren **ohne** Planfeststellung ausspart, war es erforderlich, in dieser Hinsicht zusätzliche Regelungen zu treffen.

An einer solchen Erweiterung der Verbandsbeteiligung konnte kein Weg vorbeiführen, wenn man das damit generell anvisierte Ziel, die Planungsergebnisse in bezug auf die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu optimieren (12), ernsthaft verfolgt. Dieses Ziel kann aber - gleichgültig, ob in Flurbereinigungsverfahren mit oder ohne Planfeststellung - nicht erreicht werden, wenn die Beteiligung erst mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens einsetzt, das heißt also zu einem Zeitpunkt, in dem die gesamte Planung bereits abgeschlossen und u. U. sogar im Rahmen des Vorwegausbaus - im wahrsten Sinne des Wortes - "festbetoniert" worden ist (13). Eine konsequent verwirklichte Beteiligungsregelung muß zudem die Mitwirkung der Verbände auch in Flurbereinigungsverfahren **ohne** Planfeststellung ermöglichen, weil damit ebenso wie bei Verfahren mit Planfeststellung in aller Regel Eingriffe in Natur und Landschaft einhergehen (14).

4. Grundsatz der Freiwilligkeit

Entgegen der von Kraffert vertretenen Auffassung werden die Verbände durch die VV 1985 nicht gezwungen, am Flurbereinigungsverfahren mitzuwirken. Richtig ist vielmehr, daß die Flurbereinigungsbehörde die Verbände zunächst bei der Einleitung der Flurbereinigungsverfahren (im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung) und sodann in allen für die Berücksichtigung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege relevanten Planungsabschnitten (Landschaftsbewertung, Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes nach § 38 FlurbG und Aufstellung des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen nach § 41 FlurbG) zu beteiligen hat und daß als Korrelat zu dieser Beteiligungspflicht den Verbänden das Recht eingeräumt ist, am Flurbereinigungsverfahren mitzuwirken. Dabei ist es in ihr Belieben gestellt, ob sie von diesem Recht bei allen sich ihnen nach der VV 1985 bietenden Gelegenheiten Gebrauch machen oder nicht. Das Prinzip der Freiwilligkeit wird auch nicht durch einen - wie es Kraffert überzogen und unzutreffend nennt - "Stellung-

nahmenautomatismus" unterlaufen. Nach der VV 1985 (Nummer 1.1.1 und 2.1) ist den Verbänden insgesamt zweimal Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben, und zwar zunächst im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung und so dann zu dem von der Flurbereinigungsbehörde aufgestellten Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen.

Es lassen sich keine stichhaltigen Argumente finden, die dagegen sprechen, daß den Verbänden schon im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung die Möglichkeit geboten wird, zu einem geplanten Flurbereinigungsverfahren aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der agrarstrukturellen Vorplanung sind nämlich nicht nur die wesentliche Grundlage für die Entscheidung, ob ein Flurbereinigungsverfahren angeordnet wird oder nicht, für die Bestimmung der Verfahrensart und für die Begrenzung des Verfahrensgebietes, sondern diese Ergebnisse sind auch bei der Aufstellung des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen heranzuziehen (15). In Anbetracht dieser Rolle der agrarstrukturellen Vorplanung ist es uneingeschränkt gerechtfertigt, die Verbände - wie allenthalben im Schrifttum gefordert (16) - in Verwaltungsverfahren mit Umweltrelevanz möglichst frühzeitig zu beteiligen.

Ebenso wird man nicht ernsthaft bestreiten können, daß es sinnvoll ist, den Verbänden auch die Möglichkeit einzuräumen, zum Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen Stellung zu nehmen. Damit wird erreicht, daß die Verbände die nunmehr konkretisierte Planung hinsichtlich der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege aus ihrer Sicht beurteilen und insoweit Anregungen für eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Planung geben können (17).

Von den beiden vorerwähnten Stellungnahmen abgesehen, wird den Verbänden außerdem noch Gelegenheit gegeben, sich vor der Landschaftsbewertung zu örtlichen Besonderheiten, die für die Erfassung und Bewertung der Landschaftselemente von Belang sind, schriftlich zu äußern. Dies ist sinnvoll, damit ortskundige Mitglieder der Verbände die Flurbereinigungsbehörde auf solche Besonderheiten hinweisen können und auch, um auf etwaige, seit der Abgabe der Stellungnahme zur agrarstrukturellen Vorplanung eingetretene Veränderungen aufmerksam zu machen.

5. Inkaufnahme einer Verfahrensverzögerung

Nach der von Kraffert gegebenen Darstellung bewirken die in der VV 1985 getroffenen Regelungen eine "immense Verfahrensverschleppung". Hierfür liegen dem Landwirtschaftsministerium bisher keine konkreten Anhaltspunkte vor. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß es durch die Beteiligung der Verbände generell zu einer Verlängerung des Planungsprozesses kommen kann. Mit dieser Folge war bei der Erarbeitung der VV 1985 gerechnet worden, sie wurde aber in Kauf genommen. Der mit der Verbandsbeteiligung verknüpfte Nachteil der Verfahrensverlängerung wird nämlich bei weitem dadurch aufgewogen, daß die Informationsbasis der Flurbereinigungsbehörde zur Berücksichtigung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege verbreitert wird und somit auf diesem Sektor qualitativ bessere Planungsergebnisse erzielt werden können (18). Es ist deshalb in diesem Zusammenhang, weil es auf Kosten des landespflegerischen Planungsauftrages der Flurbereinigung ginge, sicher recht einseitig und kurzfristig, dem ansonsten generell geltenden Prinzip der Verfahrensbeschleunigung den Vorzug zu geben.

Einzugehen ist in diesem Zusammenhang auch auf die von Kraffert aufgestellten Behauptungen, es sei "die Politik des Ministeriums, jeden Fristwunsch der Verbände zu erfüllen" und es sei beispielsweise "den Kulturämtern untersagt worden, bei den Verbänden ausstehende Stellungnahmen anzumahnen, selbst wenn diese bereits für einen bestimmten Zeitpunkt zugesagt waren". Diese Behauptungen sind absolut unzutreffend. Eine solche "Politik" hat das Landwirtschaftsministerium nie betrieben und es hat darüber hinaus auch keinerlei Anweisung an die nachgeordneten Behörden herausgegeben, wonach es diesen verwehrt wäre, die Verbände an die Abgabe von Stellungnahmen zu erinnern, falls hierfür die nach der VV 1985 vorgesehene Frist abgelaufen ist.

6. Bewährung der VV 1985 in der Praxis

Die VV 1985 ist am 1. September 1985 in Kraft getreten und mithin seit gut zwei Jahren in ihrer praktischen Anwendung "auf dem Prüfstand". Während dieser Zeit wurden bisher weder von den Bezirksregierungen noch von den Verbänden Hinweise gegeben, daß die in der VV 1985 getroffenen Regelungen sich in der Praxis nicht bewährt hätten oder daß damit gar - wie es Kraffert in der Überschrift seines Beitrages formuliert hat - eine "Fehlentwicklung" eingeleitet worden wäre. Das Landwirtschaftsministerium beabsichtigt, nach Ablauf von drei Jahren seit dem Inkrafttreten der VV 1985 (Ende 1988/Anfang 1989) die Bezirksregierungen und die Verbände zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch einzuladen, an dem auch das Umweltministerium beteiligt werden soll.

7. Schlußbemerkung

Es gehört zu den umweltpolitischen Zielen der Landesregierung, mit den Naturschutzverbänden auf allen staatlichen Ebenen partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Hierfür wurde, was den Bereich der Flurbereinigung anbelangt, mit der VV 1985 ein sowohl für die Flurbereinigungsbehörden als auch für die Verbände gangbarer Weg geschaffen. Es muß ein permanentes Anliegen beider Seiten sein, diesen Weg künftig weiter zu ebnen und von störenden Hindernissen freizuhalten. Dazu hat Kraffert mit seiner Abhandlung, in der er die Diskussions- und Argumentationsweise von Mitgliedern der Naturschutzverbände als "Abkanzeln" qualifiziert und ihnen dabei auch noch "besserwisserische Arroganz" unterschiebt, gewiß keinen positiven Beitrag geleistet. Vielmehr hat er der Flurbereinigungsverwaltung damit allenfalls einen Bärendienst erwiesen.

An den Schluß meiner Entgegnung zu Krafferts Beitrag möchte ich ein Zitat aus einer Rede von Bundesumweltminister Prof. Dr. Töpfer stellen, das - wie ich meine - auch für die Mitwirkung der Naturschutzverbände in Flurbereinigungsverfahren Gültigkeit beanspruchen kann. Minister Töpfer hat in dieser Rede (19) die Arbeit und das Engagement der Naturschutzverbände mit der Tätigkeit eines Anwalts verglichen und in diesem Zusammenhang ausgeführt: "Es ist klar, daß es einem Anwalt in erster Linie um die Interessen seines Mandanten geht. In gleicher Weise sehe ich auch die Aufgaben der Naturschutzverbände. Ich habe deswegen großes Verständnis, wenn Ihre Forderungen weiter gehen als das, was nach Abwägung aller Belange im politischen Entscheidungsprozeß dann als Lösung gefunden wird. Es kann nicht Ihre Aufgabe sein, mit allen Interessen abgewogene Vorschläge zu machen. Sie müssen den Ball weiter werfen. Das gibt Impulse für mehr Naturschutz".

8. Anmerkung

- 1) Heft 8 (1987), Seite 76 ff.
- 2) Verwaltungsvorschrift vom 29. April 1985 (MinBl. S. 211); im folgenden "VV 1985" abgekürzt
- 3) Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Umwelt, des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr und des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 6. Dezember 1982 (Min.-Bl. 1983, S. 69); im folgenden mit "VV 1982" abgekürzt
- 4) Schreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 2. März 1982 (744 - 65.53)
- 5) Im folgenden als "Verbände" bzw. "Naturschutzverbände" bezeichnet
- 6) Schneider, Beteiligung der Landespflegeorganisationen in der Flurbereinigung von Rheinland-Pfalz, RdL 1985, 200
- 7) Emig, Mehr Mitwirkungsrechte für Landespflegeorganisationen in Flurbereinigungsverfahren - Neue Verwaltungsvorschrift des Landes Rheinland-Pfalz -, NuL 1986, 56; Schneider, a.a.O. S. 200
- 8) Vgl. hierzu Ule/Laubinger, Verwaltungsverfahrensrecht, 2. Auflage, S. 181
- 9) Siehe § 5 Abs. 1 FlurbG
- 10) Vgl. hierzu Ule/Laubinger, a.a.O., S. 187
- 11) Emig, Mitwirkung von Naturschutzverbänden in Flurbereinigungsverfahren, RdL 1985, 169; siehe auch Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 11. Mai 1983 betr. Planfeststellung nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes (MinBl. S. 384), Nummer 2.1
- 12) Vgl. hierzu Emig, RdL 1985, 169 (170)
- 13) Weiger, Beteiligung der Verbände an Planungsverfahren, in: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Band 28 (1978), S. 90 f.
- 14) Deixler, Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Flurbereinigung aufgrund der Möglichkeiten des Naturschutzrechtes in Bund und Ländern, in: Jahrbuch für Naturschutz und Landschaftspflege, Band 29 (1979), S. 21 (28); Emig, RdL 1985, 169 (170)
- 15) Vgl. Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 24. Mai 1983 betr. Agrarstrukturelle Vorplanung für Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (MinBl. S. 381), Nummer 1.3
- 16) Weiger, a.a.O. S. 53 (60); Emig, RdL 1985, 169 (170); Kucharzewski/Kleinschmidt, Erfolgskontrolle der Naturschutzverbandsbeteiligung in Nordrhein-Westfalen, NuL 1987, 161 (162)

- 17) Ähnlich wie die in Nummer 2.1 und 2.2 der VV 1985 getroffene Regelung auch der Vorschlag von Deixler in seinem Beitrag "Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der Flurbereinigung nach Maßgabe des Naturschutzrechtes", NuL 1984, 3 (7)
- 18) Vgl. Fußnote 12
- 19) Rede anlässlich eines Gesprächs mit den Geschäftsführern der Naturschutzverbände, abgedruckt in "Umwelt" 1987, 217

Die Bedeutung von Weinbergsbrachen aus der Sicht des Arten- und Biotopschutzes

von Baurat Claus-Rainer Hess, Worms

1. Vorbemerkung

Noch zu Beginn der Siebziger Jahre wurde das Brachfallen landwirtschaftlicher Nutzflächen als Landschaftsschaden angesehen (1). Vielfach wurde "der Untergang der Kulturlandschaft an die Wand gemalt und stets von Verwilderung und Verstepung gesprochen" (2).

Diese Betrachtungsweise orientierte sich fast ausschließlich an ästhetischen Kriterien, und aus dieser Sicht werden auch noch in der heutigen Zeit Brachflächen überwiegend negativ beurteilt. So vertrat erst in jüngster Zeit ein Hochschullehrer des Fachbereiches Fremdenverkehrsgeographie der Universität Trier die Auffassung, brachgefallene Rebflächen schadeten insbesondere dem Weintourismus (3); und im Zusammenhang mit dem kontinuierlichen Ansteigen der Rebbrache im Lahntal werden die Brachflächen "sowohl physiognomisch als auch pflanzensoziologisch als Rebkulturwüstungen" (4) angesprochen. In landwirtschaftlich intensiv genutzten Gemarkungen, in denen eine fortschreitende Beeinträchtigung und Zerstörung von Lebensräumen wildlebender Tier- und Pflanzenarten festzustellen ist (dokumentiert u.a. durch Rote Listen und Biotopkartierungen), können brachgefallene Flächen wichtige Funktionen als Ersatz- oder Ausweichbiotope übernehmen. In den Weinbergsflurbereinigungen Bingen-Scharlachberg (5) und Nierstein-Schwabsburg (6) wurden derartige Brachflächen im Rahmen ökologischer Gutachten aus der Sicht des Arten- und Biotopschutzes kartiert und bewertet.

2. Lage der Untersuchungsgebiete - Ausgangssituation

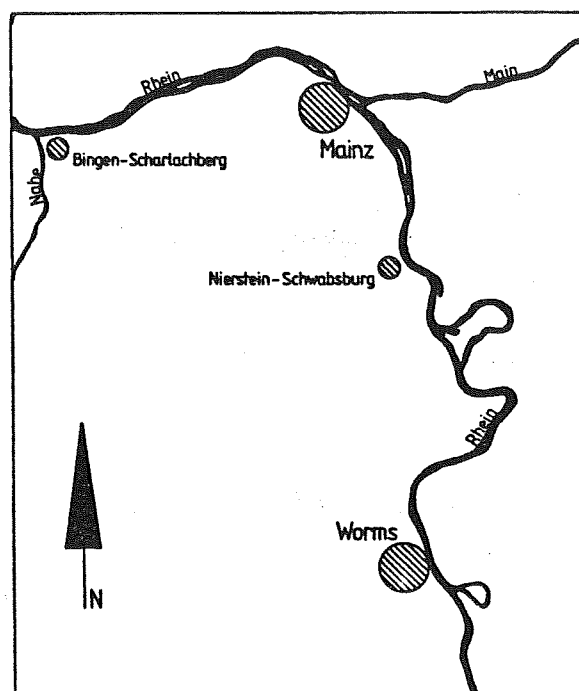
2.1 Bingen-Scharlachberg

Das Verfahrensgebiet liegt etwa 35 km westlich von Mainz (Abb. 1) und umfaßt die süd und nordwest exponierten Hänge des am Zusammenfluß von Rhein und Nahe gelegenen Rochusberges. Von dem 39 ha großen Verfahrensgebiet entfallen

31 ha auf Weinbaulich genutzte Grundstücke, von denen etwa 7 ha brachgefallen waren. Bei diesen Brachflächen handelt es sich fast ausschließlich um beidseitig an einen Felsrücken angrenzende Steillagen mit Hangneigungen bis 65%.

2.2 Nierstein-Schwabsburg

Die Gemarkung Nierstein-Schwabsburg liegt etwa 15 km südlich von Mainz (Abb. 1). Von dem 53 ha großen Verfahrensgebiet entfallen 49,5 ha auf Weinbaulich genutzte Grundstücke, von denen 11 ha - davon 9,6 ha längerfristig - brachgefallen waren. Die Brachflächen verteilen sich mosaikartig über das gesamte Verfahrensgebiet.



3. Untersuchungsergebnisse

3.1 Pflanzenwelt

Die größte Vielfalt an Pflanzenarten ist in beiden Verfahrensgebieten auf Brachflächen anzutreffen, auf denen keine bzw. nur in geringem Umfange Gehölze vorkommen. Ohne im einzelnen auf unterschiedliche Pflanzengesellschaften und vorkommende Pflanzenarten eingehen zu wollen, sei doch erwähnt, daß insbesondere auf den grasigen Brachen Pflanzenarten anzutreffen sind, die in der Roten Liste über verschollene und gefährdete Farn- und Blütenpflanzen in Rheinland-Pfalz (7) als bestandsbedroht aufgeführt sind. Dazu gehören:

- Rundköpfiger Lauch (*Allium rotundum*)
gefährdet
- Rauhaarige Platterbse (*Lathyrus hirsutus*)
stark gefährdet

- Bunttes Perlgras (*Melica picta*)¹⁾
potentiell gefährdet
- Purpur-Sommerwurz (*Orobancha purpurea*)
gefährdet
- Haar-Pfriemengras (*Stipa capillata*)¹⁾
gefährdet
- Gelbe Wicke (*Vicia lutea*)
stark gefährdet

Die Gefährdungsgrade sind wie folgt zu unterscheiden:

- stark gefährdet = Arten mit kleinen Beständen, die im nahezu gesamten einheimischen Verbreitungsgebiet stark zurückgehen oder regional verschwunden sind;
- gefährdet = Arten, die allgemein oder in großen Teilen von Rheinland-Pfalz zurückgehen oder deren Biotope großflächig gefährdet sind;
- potentiell gefährdet = Arten, die in Rheinland-Pfalz nur wenige Wuchsorte besitzen, und Arten, die hier in kleinen Populationen am Rande ihres Verbreitungsgebietes leben. Eine akute Bestandsgefährdung ist derzeit nicht erkennbar.

Die genannten Arten und die ihnen zuzuordnenden Pflanzengesellschaften werden bei zunehmenden Gehölzanteilen verdrängt. Bei einem Gehölzanteil von 50 % und darüber treten an ihre Stelle Gebüschgesellschaften, die sich je nach gegebenen Standortverhältnissen entwickeln. Aus pflanzensoziologischer bzw. vegetationskundlicher Sicht sind insbesondere die Brachflächen von Bedeutung, die keinen oder nur geringfügigen Gehölzbewuchs aufweisen.

3.2 Tierwelt

Zu dem Spektrum an Tierarten, die in der Regel auf Brachflächen anzutreffen sind, gehören viele der Arten, die ihre Optimalphase zur Zeit der Dreifelderwirtschaft gehabt haben, als einerseits Brachflächen in großer Zahl und Ausdehnung vorhanden waren, andererseits die landwirtschaftlichen Flächen weitaus weniger intensiv genutzt wurden als in der heutigen Zeit. Die Roten Listen belegen, wieviele Tierarten u.a. infolge der Intensivierung der Landwirtschaft in Bedrängnis geraten sind. Für diese vielfach bestandsbedrohten Arten können Brachflächen Ersatzlebensräume darstellen, die unter bestimmten Voraussetzungen ein Überleben ermöglichen.

Die Untersuchungen belegen, daß gerade brachgefallene Rebflächen eine große Artenvielfalt und teilweise hohe Artenzahlen aufweisen, wobei auffällt, daß keine Artengruppe auf nur ein bestimmtes Sukzessionsstadium angewiesen ist (Abb. 2 u. 3).

¹⁾ Pflanzenart, die im Gebiet an der Grenze ihrer Verbreitung vorkommt.

FAUNISTISCHE BEDEUTUNG BRACHGEFALLENER REBFLÄCHEN

WEINBERGSFLURBEREINIGUNG NIERSTEIN - SCHWABSBURG

Bedeutung für										
	Säugetiere	Vögel	Amphibien	Reptilien	Schmetterlinge	Laufkäfer	Wanzen	Zikaden	Springerschrecken	Schnecken
Sukzessionsstadium										
aufgelassene Rebfläche, beginnende Sukzession	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
grasige Brache ohne Ge- hölzanteil	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
grasige Brache mit ge- ringem Gehölzanteil	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
grasige Brache mit ho- hem Gehölzanteil	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
flächendeckender Gehölz- bewuchs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Zeichenerklärung: ☐ = geringe
☒ = mittlere
☒ = hohe
☐ = keine Angabe

FAUNISTISCHE BEDEUTUNG BRACHGEFALLENER REBFLÄCHEN

WEINBERGSFLURBEREINIGUNG BINGEN - SCHARLACHBERG

Bedeutung für										
	Säugetiere	Vögel	Amphibien	Reptilien	Schmetterlinge	Laufkäfer	Wanzen	Ameisen	Springerschrecken	Schnecken
Sukzessionsstadium										
aufgelassene Rebfläche, beginnende Sukzession	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
grasige Brache ohne Ge- hölzanteil	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
grasige Brache mit ge- ringem Gehölzanteil	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
grasige Brache mit ho- hem Gehölzanteil	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
flächendeckender Gehölz- bewuchs	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Zeichenerklärung: ☐ = geringe
☒ = mittlere
☒ = hohe
☐ = keine Angabe

4. Bewertung

Im Rahmen von Weinbergsflurbereinigungen stellt sich die Frage, welche der kartierten Brachflächen erhalten und von einer zukünftigen weinbaulichen Nutzung ausgeklammert werden sollen. Unabhängig von den Ergebnissen der Landschaftsbewertung, die 1984 durch die VV vom 25. April 1984 (8) für alle Flurbereinigungsverfahren - mit Ausnahme des freiwilligen Landtausches - verbindlich eingeführt wurde, sind aus der Sicht des Arten- und Biotopschutzes insbesondere drei Aspekte von Bedeutung.

4.1 Größe der Brachfläche

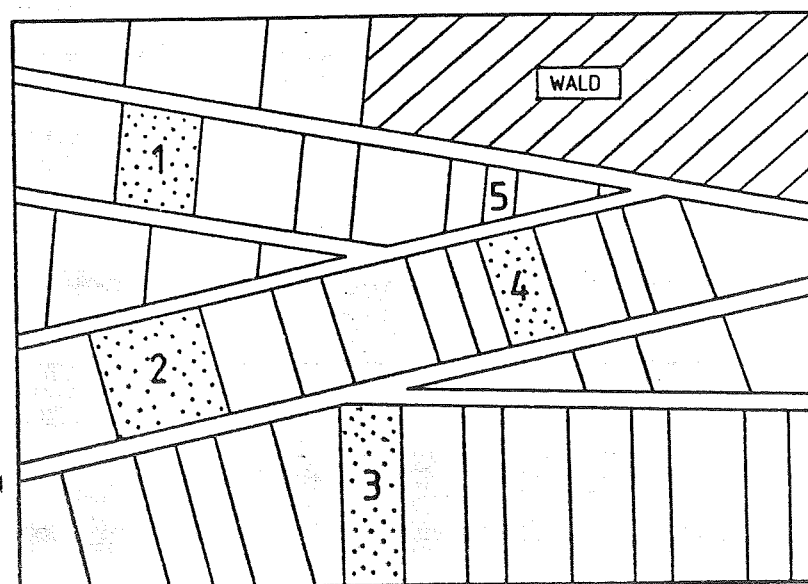
Brachflächen sollten ausreichend dimensioniert sein, damit die von angrenzenden Nutzflächen ausgehenden Beeinträchtigungen in der Kernzone der Brachfläche nicht mehr wirksam werden. Erst bei Flächengrößen zwischen 0,7 und 1 ha können sich Artvorkommen entwickeln, die durch angrenzende Nutzungen nicht bzw. nur unwesentlich beeinträchtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Vorkommen wildlebender Tierarten.

4.2 Sukzessionsstadien

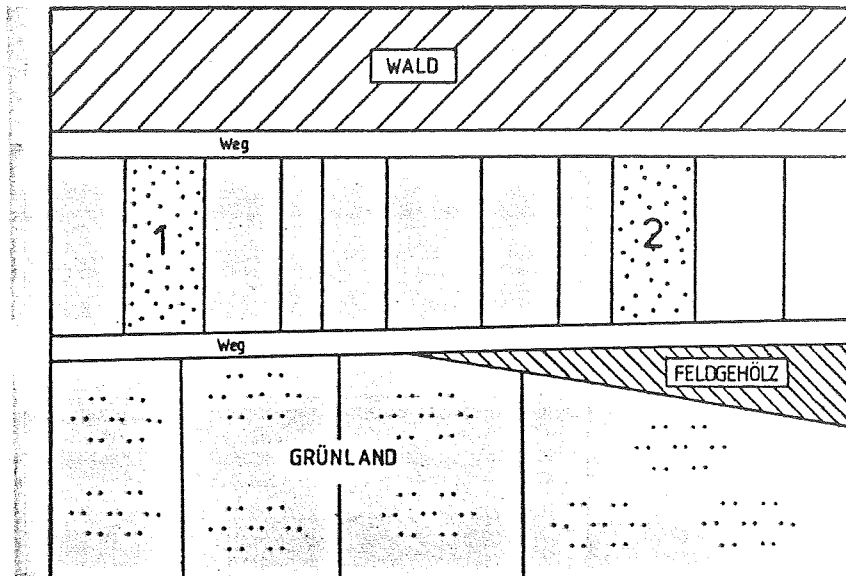
Die durchgeführten faunistischen Kartierungen belegen, daß für keine Artengruppe ausschließlich ein bestimmtes Sukzessionsstadium bedeutsam ist (Abschn. 3.2). Hieraus folgt, daß Brachflächen mit unterschiedlichen Sukzessionsstadien ein höherer Wert zuzuordnen ist als einheitlich strukturierten Flächen.

4.3 Biotopvernetzung

Brachflächen, die isoliert innerhalb intensiv genutzter Weinberge liegen, sind von geringerem Wert als solche, die z.B. an einen Wald angrenzen oder über Vernetzungsstrukturen mit anderen Brachflächen oder sonstigen Landschaftselementen verbunden sind. Insofern sind auch die Entwicklungsmöglichkeiten einer Brachfläche zu berücksichtigen, wie Abb. 4 verdeutlichen soll.



Von den vier punktiert dargestellten Brachflächen sollte - gleiche ökologische Wertigkeit unterstellt - vordringlich Fläche 4 erhalten werden, da sie über die Fläche 5 mit dem Wald vernetzt werden kann. Zu berücksichtigen ist ferner, ob eine Brachfläche andere Landschaftsstrukturen miteinander vernetzt.



Bei dem in Abb. 5 dargestellten Beispiel ist der brachgefallenen Weinbergsparcelle 1 ein geringerer Vernetzungswert zuzuordnen als der Parzelle 2, die den oberhalb angrenzenden Wald mit dem unterhalb gelegenen Feldgehölz verbindet und die trennende Wirkung der Weinberge durchbricht.

5. Folgerungen

Die Bedeutung brachgefallener Rebflächen für den Arten- und Biotopschutz wird durch die in den Flurbereinigungsverfahren Bingen - Scharlachsberg und Nierstein-Schwabsburg durchgeführten Untersuchungen belegt. Weinbergsbrachen stellen in intensiv genutzten Gemarkungen oftmals die einzigen flächenhaften Lebensräume wildlebender Tier- und Pflanzenarten dar und sollten daher möglichst erhalten werden. Da die Artenvielfalt durch unterschiedliche Sukzessionsstadien positiv beeinflusst wird, sollten Weinbergsbrachen nicht der natürlichen Sukzession überlassen bleiben. Vielmehr sind entsprechende Pflegemaßnahmen (z.B. Mahd und Beseitigung von Gehölzaufwuchs) vorzusehen und im Flurbereinigungsplan festzusetzen.

6. Literatur

- (1) BIERHALS, E. u. H. SCHARPF: Zur ökologischen und gestalterischen Beurteilung von Brachflächen; Natur und Landschaft, 46. (1971), H. 2, S. 31 - 34
- (2) REICHEL, D.: Zur ökologischen Beurteilung von Brachflächen; Berichte der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, H. 1 (1977), S. 36 - 42
- (3) ANONYMUS: Weintourismus an der Mosel intensivieren; Winzerkurier, H. 3 (1986), S. 10

- (4) BAUR, H.-W.: Beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren im Steillagenweinbau; Nachrichten aus der Landeskulturverwaltung, 5. (1986), H. 5, S. 28 - 34
- (5) ARNETH, A.G.: Landespflegerische Vorplanung zur Flurbereinigung Bingen - Scharlachberg; Bad Homburg (1983), unveröffentlichtes Gutachten
- (6) BITZ, A.: Aufnahme und Bewertung des biotopischen Potentials im Flurbereinigungsgebiet Nierstein-Schwabsburg als Beitrag zum landespflegerischen Begleitplan; Mainz (1984), unveröffentlichtes Gutachten
- (7) Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt (Hrsg.): Verschollene und gefährdete Farn- und Blütenpflanzen (Rote Liste Gefäßpflanzen); Mainz (O: J.)
- (8) Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten: Bewertung der Landschaftselemente in Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz; Verwaltungsvorschrift vom 25. April 1984 (MinBl. 1984, S. 198)

Ist der Ersatz einer Natursteinmauer durch alternative Bauweisen aus ökologischer Sicht möglich ?

von Gert Köhler und Jürgen Koppes, Neustadt

Die folgenden Überlegungen und Literaturlauswertungen sollen helfen, der Frage nach der Ersetzbarkeit von Naturstein- bzw. Trockenmauern durch andere Bauweisen und Materialien nachzugehen. Dabei soll lediglich auf die ökologische Bedeutung der unterschiedlichen Mauertypen eingegangen, technische Daten dagegen nicht berücksichtigt werden.

Bevor ein Vergleich unterschiedlicher Mauertypen und Mauermaterialien erfolgt, soll auf die Bedeutung und die Funktionen von Natursteinmauern für Flora und Fauna eingegangen werden.

Trocken- oder Natursteinmauern sind ein wesentliches Strukturelement in den heute intensiv genutzten und an Landschaftselementen verarmten Weinbergen. Sie entstanden vor etwa 150 - 200 Jahren aus behauenen Steinen nahegelegener Steinbrüche und ermöglichten die Bewirtschaftung der steilen Hanglagen. In gleichem Maße, wie ihre Bedeutung für den Weinbau heute mehr und mehr verloren geht, steigt die ökologische Bedeutung der Natursteinmauern.

Sie sind heute häufig die letzten Retentionsräume für Pflanzen und Tiere, die in den benachbarten Weinbergen durch hohen Dünger- und Pestizideinsatz sowie zunehmende maschinelle Bewirtschaftung keinen Lebensraum mehr finden. Da diese Arten zum größten Teil auf die klimatisch begünstigten Bedingungen der Weinanbaugebiete angewiesen und an diese angepaßt sind, gibt es für viele der dort lebenden Tier- und Pflanzenarten keine Alternativ- oder Ersatzbiotope.

Den Lebensraum Mauer bestimmt eine über Jahrzehnte andauernde **Entwicklung**. Durch chemische und physikalische Verwitterung des Gesteins (häufig Sand- oder Kalkgestein) entstehen Poren und Risse in der Mauer, die Voraussetzung für die nun folgende biologische Verwitterung sind.

Die durch Wind angewehten Bakterien und Pilze besiedeln zunächst die Mauer. Sie dringen in feinste Spalten und lassen den aus der Luft entnommenen Kohlen- und Stickstoff nach ihrem Absterben in Form humoser Stoffe zurück (Schmitt, 1940). Dies ermöglicht die Ansiedlung der Flechten und Moose und letztendlich die der Farne und höheren Pflanzen, die durch den an der Mauer aufgefangenen Staub den notwendigen Keimboden finden.

Neben der Besiedlung der Mauer durch den Wind übernehmen die Ameisen diese Aufgabe. Sie verschleppen die Samen und Früchte der Pflanzen in die Ritzen der Mauern und sorgen so für deren Vermehrung (Schmitt, 1940).

Schließlich finden sich an der Mauer auch Tiere ein, die diesen vom Menschen geschaffenen Lebensraum als Ersatz für natürliche Felswände, Geröllhalden u.ä. annehmen (Modelluntersuchung 1). Der Artenreichtum resultiert aus den besonderen Lebensbedingungen, die eine Natursteinmauer bietet. Durch die hohe Aufwärmung finden sich wärmeliebende Tierarten ein, die schattigen und kühlen Schlupflöcher im Inneren der Mauer und im angrenzenden Erdreich sind ideal für Höhlenbrüter und werden von vielen Tierarten als Überwinterungsquartier genutzt.

An der Bedeutung der Trockenmauern für die Tierwelt werden die unterschiedlichen **ökologischen Funktionen der Mauern** deutlich.

- Sie kompartimentieren die Weinbergslandschaft im Bereich unterschiedlichen Mikroklimas als Voraussetzung für das Vorkommen seltener, gefährdeter, typischer und stenöker Organismenarten
- Sie sind Nahrungsbiotop
An einer Mauer lassen sich ganze Nahrungsketten verfolgen (z.B. Pflanzenteile, Algen → Bandfüßler → Trichterspinnen → Spinnentöter → Mauereidechse, Vögel (Modelluntersuchung 1)).
- Sie dienen als Winterquartier
z.B. für Marienkäfer, Laufkäfer, Spinnen und Ameisen
- Sie dienen als Ort der Eiablage
z.B. für Bienen- und Raubwespenarten
- Sie sind Brutstätten einiger Vogelarten
wie Steinschmätzer, dem Hausrotschwanz, der Kohl- und Blaumeise und dem anpassungsfähigen Zaunkönig
- Sie bieten Schutz
vor Feinden und Kälte
- Sie dienen als Sonnenbad
für wärmeliebende Tierarten, wie Mauereidechse, Schlingnatter, Heuschrecken, Hautflügler und andere ökologisch bedeutsame Tierarten

- Sie sind Lebensraum von Pflanzen sowie Lebensraum von Pflanzen aus anderen europäischen Florenregionen aufgrund des hier herrschenden Mikroklimas
- Sie sind Lebensraum wichtiger Nutzinsekten wie dem Marienkäfer und dessen Larven, Florfliege, Schlupfwespe, Spinnen usw.
- Sie stellen häufig die Verbindung zwischen zwei Landschaftselementen her, wirken also vernetzend.

Die Bedeutung einer Trockenmauer kann durch weitere Faktoren erhöht werden:

- Bei unterschiedlicher Exposition einer Mauer bzw. bei Vernetzung mehrerer Mauern miteinander findet eine größere Anzahl Tier- und Pflanzenarten ihre speziellen Biotopansprüche erfüllt (Südseite: trocken, warm - Nordseite: feucht, kühl).
- Die ökologische Bedeutung einer Trockenmauer kann nicht isoliert von der Umgebung der Mauer gesehen werden. Ein von anderen Biotopen isolierter Mauerstandort wird sich nur schwer auf Dauer besiedeln. Zudem wirken sich bei direkter Benachbarung intensiv genutzter Weinberge die Einflüsse der Intensivnutzung (insbesondere Dünger und Pestizide) negativ auf die Artenzusammensetzung aus.
- Die Bedeutung des Biotops Trockenmauer ist demnach um so größer, je extensiver das Umfeld der Mauer genutzt wird bzw. der Nutzung entzogen ist. Dieser Grundsatz gilt auch für Trockenmauern, die "nur" eine Höhe von 0,5 m erreichen, mitten im Weinberg liegen oder diesen nicht parallel unterteilen.

Die oben genannten ökologischen Funktionen einer Trockenmauer sind nur dann gegeben, wenn zum einen der Erdanschluß der Mauer besteht, zum anderen ausreichend Spalten und Hohlräume zwischen den Steinen vorhanden sind. Bei großflächiger oder sogar vollständiger Verfügung können sich weder Tier- noch Pflanzenarten einfinden.

Bei Betrachtung der Entstehung und Entwicklung des Biotoptyps Trockenmauer und ihrer unterschiedlichen Funktionen für Flora und Fauna wird deutlich, daß ein Ersatz eines solchen Lebensraumes durch andere Bauweisen oder/und andere Materialien, wenn überhaupt, nur schwer zu verwirklichen sein dürfte. Insbesondere die jahrzehntelange Entwicklung an einer Mauer, ausgehend vom ortstypischen Gestein, läßt sich wohl schwerlich "nachbauen".

Hierbei ist zu bedenken, daß nicht der letzten Entwicklungsstufe die höchste Bedeutung beizumessen ist, sondern daß jedem Entwicklungsstand, auch dem optisch wertlos erscheinenden vegetationslosen, eine gleich große Bedeutung für Tiere und Pflanzen zukommt.

Aus diesen Gedanken heraus wird deutlich, daß grundsätzlich der **Erhalt einer Trockenmauer** angestrebt werden muß. Dies ist keine neue Erkenntnis, sollte jedoch, selbst auf die Gefahr hin hier zu wiederholen, immer wieder vergegenwärtigt werden. Eine Wiederbesiedlung neu errichteter Mauern, unabhängig in welcher Bauweise, ist nur möglich, wenn gleichzeitig vorhandene erhalten werden. Für

viele Tierarten mit geringen Aktionsradien ist sogar ein direkter Kontakt von alter und neuer Mauer notwendig (Modelluntersuchung 1).

Ob und inwieweit alternative Mauerbauweisen als Ersatz für Trockenmauern gelten können, ist bis heute wenig untersucht. Da man erst seit wenigen Jahren ökologische Aspekte im Mauerbau zu berücksichtigen versucht, liegen nur wenige entsprechende Untersuchungen vor.

Als Alternative zu Natursteinmauern werden heute vielfach **Gabionen** bzw. Drahtschotterkörbe errichtet. Dies ist ein Versuch, die Eigenschaften und die Funktionen einer Trockenmauer nachzubauen. Genaue Untersuchungen, inwieweit dies tatsächlich Erfolg zeigt, werden gerade gestartet.

Fest steht, daß die Besiedlung durch Tiere leichter und schneller erfolgt als die durch Pflanzen. Unter anderem nehmen Mauereidechse, Schlingnatter und Insekten die neuen Lebensräume, die genügend Schlupflöcher bieten, an. Der Erdanschluß ist in der Regel gegeben. Fehlendes Erdmaterial zwischen den Steinen erschwert jedoch die Ansiedlung von Pflanzen.

Dies wird von mancher Stelle als negativ angesehen (Modelluntersuchung 1); entspricht jedoch im Grunde der natürlichen Entwicklung einer Trockenmauer. Wie zu Beginn dieser Ausführungen erwähnt, braucht es mehrere Jahrzehnte bis zur Ansiedlung höherer Pflanzen. Warum also sollte versucht werden, dies beim Neubau einer möglichst naturnahen Mauer innerhalb weniger Jahre zu erwirken? Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Entwicklung zu beschleunigen, indem Erdmaterial zwischen den Steinen eingebracht wird. Dies sollte jedoch höchstens abschnittsweise erfolgen, um an anderer Stelle der natürlichen Entwicklung Zeit und Raum zu lassen.

Ohne den Ergebnissen der begonnenen Untersuchung vorgreifen zu wollen, kann wohl davon ausgegangen werden, daß Gabionen beim gleichzeitigen Erhalt bestehender alter Strukturen eine Möglichkeit darstellen, die heute aus Kostengründen und mangelnden handwerklichen Fähigkeiten nicht mehr erstellten Natursteinmauern weitgehend zu ersetzen. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß die Gabionen aus ortsansässigem Naturstein aufgebaut werden und Anschluß an das dahinter liegende Erdreich besteht.

Bruchsteinmauern haben aus ökologischer Sicht den großen Nachteil, daß sie, um die Stabilität zu sichern und insbesondere Wasser abzuhalten, verfugt werden müssen. Die Modelluntersuchung über die Bedeutung von Weinbergsmauern (Modelluntersuchung 2) gibt zwar an, daß sich erst ab einer Verfugung von mehr als 2/3 der Mauer Nachteile für die Vegetation ergeben; wesentliche Nachteile für die Tierwelt leiten sich jedoch daraus ab, daß die Fugen der Mauern keinen Anschluß an das dahinter liegende Erdreich haben. Verfugte Bruchsteinmauern haben ferner aus tierökologischer Sicht den Nachteil, daß ein Lückensystem bzw. vererdete Fugenbereiche fehlen.

Diese negative Eigenschaft der Bruchsteinmauern soll heute teilweise durch den Einbau von Hohlraumsystemen, wie z.B. Trockenmauerfenster oder Tonröhren, aufgehoben werden. Da solche Versuchsobjekte aber erst seit kurzer Zeit laufen, muß auf eine Wertung ihrer ökologischen Wirksamkeit noch gewartet werden. Es ist jedoch zu vermuten, daß trotz solch kleinflächiger Verbesserungen ein Ersatz des

Lebensraumes Trockenmauer nur andeutungsweise erfolgen kann, da das "System Trockenmauer" nicht erstellt wurde.

Die vorgeschriebene natürliche Entwicklung einer Natursteinmauer und die damit verbundenen Lebensgemeinschaften lassen sich durch solche Maßnahmen sicherlich nur unvollständig "herstellen".

Mauern aus Betonelementen sind aus ökologischer Sicht ähnlich zu beurteilen, wie die eben beschriebenen Bruchsteinmauern.

Durch das zwischen den Steinen eingebrachte Erdmaterial kann sich zwar eine reichhaltige Flora entwickeln, diese ähnelt jedoch nur noch entfernt der ursprünglichen Vegetation einer Trockenmauer. Die karge und nährstoffarme Standorte besiedelnden Pflanzen werden durch anpassungsfähige, nitrophile Arten verdrängt. Die Pflanzenwelt des Extremstandortes Trockenmauer, der durch wenig Erdmaterial und damit wenig Nährstoffe gekennzeichnet ist, gibt es hier kaum noch. Demzufolge ändert sich auch die eng an die Flora gebundene Fauna solcher Standorte. Durch üppiges Wachstum der Pflanzen werden die auf vegetationsfreie Flächen angewiesenen Tierarten verdrängt.

Auf diese Weise wird nicht, wie beabsichtigt, der ursprüngliche Standort Trockenmauer erhalten, sondern eine Mauer mit zum größten Teil anderer Artenzusammensetzung der Flora und Fauna geschaffen.

Mauern dieser Bauweisen können, da meist üppig bewachsen, optisch einen guten Eindruck machen, ihre ökologische Bedeutung ist im Hinblick auf die Zielsetzung der Erhaltung gefährdeter Arten des Extrembiotops Trockenmauer in der Regel jedoch gering.

Betonmauern und auch Mauern aus einzelnen mit Mörtel verfugten Betonsteinen bieten weder Pflanzen- noch Tierarten Lebensbedingungen. Hier können lediglich Mauerfluß und Mauerkrone besiedelt werden, nicht aber die Front der Mauer und das daran anschließende Erdreich.

Aus der Sicht des Arten- und Biotopschutzes können Betonmauern, unabhängig von ihrer Bauweise, keinen Ersatz für den Lebensraum Trockenmauern darstellen.

Auf die weitere Möglichkeit der Errichtung einer **Holzwand** soll nur kurz eingegangen werden. Auch hier erfolgt eine Verfüllung mit Erde, deren Auswirkungen auf Flora und Fauna oben beschrieben wurden. Zusätzlich ist bekannt, daß die in der Regel verwendeten Imprägnierungs- und Holzschutzmittel sich nicht gerade förderlich auf Vegetation und Tierwelt auswirken (Modelluntersuchung 1). Die wenigen praktischen Erfahrungen lassen eine Beurteilung dieser Bauweise zwar noch nicht zu (Braun, Kleinsteuber, 1984), als Ersatz für eine Trockenmauer kann vermutlich auch diese Bauweise nur unzureichend angesehen werden. Es bleibt zu wünschen, daß spezielle Untersuchungen diese Frage klären.

Abschließend kann **zusammengefaßt** werden, daß der Ersatz der ökologischen Bedeutung des Extrembiotops Trockenmauer durch andere Bauweisen und Materialien nur sehr schwer möglich sein wird. Lediglich die Gabionenmauer scheint hier, auch was die verschiedenen Entwicklungsstufen einer Trockenmauer angeht, eine aus der Sicht des Naturschutzes akzeptable Alternative zu sein.

Alle übrigen Bauweisen werden sich mit der Zeit, abhängig von Exposition, eingebrachtem Erdmaterial usw., mehr oder weniger stark besiedeln. Es ist jedoch zu vermuten, daß es sich dabei nicht mehr oder nur noch teilweise um die typische Flora und Fauna einer Natursteinmauer handeln wird.

Diese Vermutungen zu überprüfen, bedarf es sicherlich weiterer Beobachtungen und Untersuchungen der bisher und zukünftig in alternativen Bauweisen errichteten Mauern.

Auch künftig sind weitere Überlegungen zur besseren Berücksichtigung ökologischer Belange im Mauerbau wichtig. Daher soll am Ende dieser Ausführungen noch einmal kurz zusammengefaßt werden, **welche Aspekte es** beim Neubau von Mauern aus Sicht des Arten- und Biotopschutzes **zu berücksichtigen gilt**.

1. Vorhandene alte Trockenmauern müssen erhalten und mit Neubauten verbunden werden, um eine Wiederbesiedlung zu erleichtern.
2. Das direkte Umfeld der Mauern sollte der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden, um als Nahrungsbiotop und Pufferzone wirken zu können.
3. Der Standort neuer Mauern ist so zu wählen, daß sie Vernetzungsfunktionen übernehmen.
4. Nach Möglichkeit ist ortstypisches Gestein zu verwenden.
5. In der Mauer müssen ausreichend Fugen, Spalten und Hohlräume vorhanden sein.
6. Diese müssen in Verbindung stehen zum dahinterliegenden Erdreich.
7. Eine Entwicklung zum vollständigen Bewuchs der Mauer ist nicht durch Maßnahmen wie Einbringen von Erdmaterial zu fördern.
8. Eine Bepflanzung des Mauerfußes mit Gehölzen sollte unterlassen werden. Die Bepflanzung der Mauerkrone ist je nach Exposition der Mauer unter Umständen möglich, sollte aber nur im Einzelfall vorgenommen werden.

Literatur

- 1) Braun M. und Kleinstaub V., Naturschutz - Weinbergsflurbereinigung im Steilhang, Band 1, 1984
- 2) Modelluntersuchung 1
Modelluntersuchung über die Bedeutung von Weinbergsmauern für den Arten- und Biotopschutz - Fauna - 1985, erstellt i.A. des Landes Rheinland-Pfalz durch das Kulturamt Mayen
- 3) Modelluntersuchung 2
Modelluntersuchung über die Bedeutung von Weinbergsmauern - Kapitel Ökologie und Vegetationskunde -, 1985, erstellt i.A. der TG Niederfell durch das Institut für spezielle Botanik der Universität Mainz
- 4) Schmitt C., Die alte Mauer als Lebensgemeinschaft, veröffentlicht in der Reihe: Lebensgemeinschaften der deutschen Heimat, 1940

Sekundärbiotope durch die Flurbereinigung

- Ein Erfahrungsbericht des Kulturamtes Neustadt -

von Technischem Angestellten Gert Köhler, Neustadt

Unter gleicher Themenbezeichnung wurde schon in dem NLKV Heft 6 von Erfahrungen bei der Anlage stehender Kleingewässer und dem Trockenmauerneubau berichtet.

Heute sollen an dieser Stelle Erfahrungen von der Schaffung künstlicher "nährstoffarmer-trockener Sonderstandorte (Halbtrockenrasen)" weitergegeben werden.

In der Bundesrepublik sind mindestens 40 % des Artenbestandes der xerothermen Wildrasen (Halbtrocken- und Trockenrasen-Gesellschaften) gefährdet. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, solche Standorte neu zu schaffen.

Gerade hier bietet sich die Flurbereinigung an, da in bestimmten Gebieten größere Planierungsmaßnahmen durchzuführen sind und Voraussetzungen für die spätere Entwicklung zum Halbtrockenrasen geschaffen werden können.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß sich Halbtrockenrasen und Trockenrasen generell dadurch unterscheiden, daß im Sukzessionsverlauf der Halbtrockenrasen durch Verbuschung bis hin zur Waldentwicklung "degradiert", während der Trockenrasen hiervon "verschont" bleibt.

Es ist bislang nicht gelungen, künstliche Trockenrasenstandorte herzustellen. Halbtrockenrasenstandorte hingegen können angelegt werden, jedoch benötigt man zu seiner Erhaltung pflegende Maßnahmen (Gehölzentfernungen und Nährstoffentzug durch Mähen).

Folgende Voraussetzungen müssen annähernd gegeben sein bzw. geschaffen werden, um einen Halbtrockenrasenstandort herstellen zu können:

- Die Bodenverhältnisse müssen besonders wasserdurchlässig sein, wie z.B. Sande, Flugsande, Dolomite, Schotter, karstige Kalke.
- Die Temperaturen in unseren Breiten müssen im Jahresmittel mindestens das Weizenklima erreichen (also über 8° C im Mittel).
- Die topographischen und geographischen Gegebenheiten müssen stimmen, also eine entsprechende Flächenneigung (Wasserabfluß und Sonneneinstrahlung) und Exposition von Südost bis Südwest.
- Die jährlichen Niederschläge dürfen maximal bei 700 bis 800 mm liegen.

Die Kombination dieser Faktoren, also Temperaturverlauf, Niederschlagshöhe und deren jahreszeitliche Verteilung, das Gesteinsausgangsmaterial bzw. die Gesteinsunterlage wie auch die Bodeneigenschaften lassen eine hohe Variabilität der Trockenstandorte zu, inklusive der natürlichen und anthropogenen Einflüsse auf die Flora und Fauna.

Entwicklungsmöglichkeiten auf neugeschaffenen Extremstandorten

a) bei kalkhaltigen Standorten:

- auf Felsterrassen entstehen Felsspalten- und Felsbandfluren
- auf Schotter bzw. Schuttstandorten entwickeln sich Schuttflurengesellschaften
- Wachholderheiden und Trespenhalbtrockenrasen auf anstehenden Böden unter Wegnahme des Oberbodenmaterials sowie
- wärmeliebende Waldsaumgesellschaften und Trockenwälder in der Sukzessionsfolge

b) bei kalkfreien Standorten

- Thermophytenflur bei Dünenansanden
- Sandtrockenrasen (Sandgruben) mit den Folgegesellschaften der Besenginsterheiden, der birkenreichen Vorwaldsukzession und dem Endstadium der Eichen-Kieferwald-Gesellschaft.

Generell muß bei der künstlichen Schaffung solcher Standorte darauf verzichtet werden, daß eine Mutterbodenabdeckung erfolgt und Saatgutmischungen ausgebracht werden; auf sog. Regelprofile sollte verzichtet werden.

Weiterhin muß eine visuell wirksame Gehölzpflanzung (mit z.T. genetisch fragwürdiger Herkunft) unterbunden werden. Vielmehr ist das regelrechte Offenhalten der Flächen notwendig, durch Ausmähen mit anschließendem Abtransport des Mähgutes (Nährstoffentzug der Fläche).

Bei der Trockenbiotopgestaltung werden sich bestimmte Pflanzengesellschaften entwickeln.

Zunächst etablieren sich Pioniergesellschaften meist als Annuelle (Einjährige), gefolgt von trockenheitsverträglichen Ruderalfluren, wie Schwarznessel-Gesellschaften und Rainfarn-Beifuß-Gestrüpp.

Anschließend kommen die Halbtrockenrasengesellschaften wie Trespen-Halbtrockenrasen oder Thymian-Schafschwingel-Rasen auf.

Die Möglichkeit einer Fehlentwicklung, insbesondere durch anthropogene Einflüsse, sollte jedoch nicht davon abhalten, solche Standorte zu schaffen, da auch hier die Übergangsstadien der Entwicklung sehr wertvoll sind und weiterhin Erfahrungen auf dem Gebiet unbedingt gewonnen werden müssen.

So konnte z.B. festgestellt werden, daß eine durch die Flurbereinigung 1979 geschaffene leichte Böschung in der Pfalz, die in der Biotopkartierung des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht als Halbtrockenrasen erfaßt wurde, heute kaum noch als solcher anzusehen ist, da durch Nährstoffeinträgung der unmittelbar angrenzenden Intensivkultur nährstoffliebende Pflanzen bis hin zu Gehölzen binnen kürzester Zeit gefördert wurden und es nur noch wenige Jahre dauern wird, bis ein geschlossener Heckensaum entstanden ist. Eine Trennung von Nutz-

fläche und Halbtrockenrasen durch Wege hätte für diesen Bestand einen günstigeren Entwicklungsverlauf ergeben. Die Gefahr, daß durch Nährstoffeintrag aus landwirtschaftlichen Kulturen Magerrasen-Gesellschaften von halbruderalen bis ruderalen Rasengesellschaften verdrängt werden, ist also beträchtlich.

Der Verzicht einer Einsaat auf diese Flächen wurde schon angesprochen, auch wenn man hierdurch eventuelle anfängliche Erosionen in Kauf nimmt; ggf. kann in sehr eng begrenzten Erosionsbereichen mit einer Einsaat von annuellen Gräsern und Kräutern (wie einjährige Rispe oder Klatschmohn) die Erosion unterbunden werden.

Die Erfahrungen zeigen, daß an den vorgesehenen Standorten unbedingt die vorhandenen Bodenstrukturen erhalten werden müssen, also keine Schichtenvermengungen infolge von Planierungen u.a.m. Allerdings sollte man vorhandenen nährstoffreichen Oberboden stets abtragen, zumal er bei den landwirtschaftlichen Kulturf Flächen an anderer Stelle benötigt werden kann. In der Literatur wird empfohlen, die fertiggestellten Standorte mit wenigen Quadratmetern Vegetationsnarben von in unmittelbar in der Nähe liegenden Trockenvegetationen zu verpflanzen (Impfungseffekt). Die Praxis zeigt, daß die Verpflanzung schon wegen den natürlichen Voraussetzungen (trockener und heißer Standort) scheitert, sofern nicht gewässert wird. Jedoch konnte ein gewisser Impfungseffekt beobachtet werden, da in der Vegetationsnarbe doch etliche keimfähige Samen der Trockenvegetation enthalten waren, wie aufrechte Trespe, Dachtrespe, Thymian, gemeiner Hornklee, Esparsette, Fiederzwenke und Gamander.

Die geschaffenen flächigen Trockenstandorte bedürfen später einer bestimmten Art der Unterhaltung, sofern man die Halbtrockenrasen-Gesellschaften erhalten will.

Dazu gehören das Ausmagern durch Mähen mit anschließendem Abtransport des Mähgutes sowie die Unterdrückung der später sich ansiedelnden Gehölze. Es empfiehlt sich daher, einen Pflegeplan zu erstellen, da die Flurbereinigung diesen Standort nur vorübergehend betreuen kann.

Die Gemeinden, die in der Regel diese Anlagen in die Unterhaltungspflicht übernehmen, sind z.Z. noch nicht in der Lage, diese Anlagen fachlich zu betreuen. Es scheint daher angebracht, entweder die örtlich ansässigen Naturschutzverbände einzuschalten oder aber die Kreisverwaltungen mit ihrer fachlich qualifizierten besetzten Unteren Landespflegebehörde als kommunale Aufsichtsbehörde über die Gemeinden zu entsprechenden fachlichen Beratungen und ggf. auch zur Veranlassung von Pflegemaßnahmen heranzuziehen. Hierzu stehen auch Mittel der Landespflege zur Verfügung, die zu diesen notwendigen Pflegemaßnahmen beantragt werden können.

In diesem Zusammenhang sollte noch darauf hingewiesen werden, daß die Unterhaltung solcher Flächen auf Dauer weitaus kostengünstiger ist als eine fachgerechte Unterhaltung von Gehölzpflanzungen wie z.B. einer Windschutzanlage.

Die Möglichkeiten, in der Flurbereinigung Sekundärbiotope bzw. die Grundlage hierfür zu schaffen, ist in vielen Fällen gegeben. Die aufgezeigten Möglichkeiten müssen nicht besonders kostspielig sein, da hier oft mit geringem Aufwand große Wirkung erzielt werden kann.

Der negative Einfluß von anthropogenen Einflüssen muß grundsätzlich beachtet werden.

Fremdbeeinflussungen, die nicht vorhersehbar sind, können die geplante Wirkung negativ beeinträchtigen, sollten aber nicht davon abhalten, auf diesem Wege weiterzumachen und auch neue Dinge auszuprobieren. Grundsatz sollte allerdings sein, möglichst wenig fremde Materialien einzusetzen und weitgehend die Anlagen der Natur zu überlassen, zugunsten einer natürlichen Entwicklung.

Problematik der Ausweisung von bis zu 10 m breiten Uferschutzstreifen an Gewässern

von Regierungsdirektor Dieter Becker u. Obervermessungsrat Ulrich Fromm, Prüm

Fast in allen Flurbereinigungsverfahren wurde in den letzten Jahren gefordert, entlang der Gewässer entsprechende Uferstreifen in einer Breite von 5 - 10 m zur Gewässerpflege aus Gründen des Gewässerschutzes und der Ökologie auszuweisen. Hintergrund war dabei auch, auf diesem Wege einen möglichst unproblematischen Vollzug des § 76 Landeswassergesetz zu erreichen bzw. diese Vorschrift zu umgehen. (Begriff der Anlage völlig unklar, Gründe für eine Ablehnung dürften nur schwer nachzuweisen sein.)

Bei Ablehnung der Ausweisung der Uferschutzstreifen aus rechtlichen Erwägungen galten die verantwortlichen Planer des Kulturstamtes als uneinsichtige Bremser. Zu begrüßen ist deshalb die grundsätzliche Entscheidung des 5. Senats des Bundesverwaltungsgerichts vom 12.04.1984 - BVerwG 5 C 110.83 (abgedruckt in B.d.L. § 4 S. 266), die für die erforderliche Klarheit gesorgt hat:

- 1) Ein Uferschutzstreifen, der im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege unverändert bleiben soll, erfüllt nicht den Begriff der Anlage nach § 40 FlurbG. Die Überführung eines solchen Streifens in das Eigentum der öffentlichen Hand, ohne daß damit eine Gestaltung bzw. Umgestaltung dieser Flächen verbunden ist, ist nach den §§ 47, 40 nicht zulässig.
- 2) Landespflegerische Maßnahmen entlang der Gewässer können dann als Anlage nach § 40 FlurbG betrachtet werden, wenn es sich nicht lediglich um Maßnahmen zur Ergänzung und Erneuerung eines vorhandenen Bestandes handelt, sondern um ein planerisches Gestalten in einem solchen Umfange, daß von einer prägenden Gestaltung des Landschaftsstreifens gesprochen werden kann.

Bei einer bisherigen Diskussion wurden zwei weitere Aspekte nicht hinreichend gewürdigt, die im Eifelraum bei naturbelassenen Gewässern mit guter Wasserqualität von erheblicher Bedeutung sind:

- 1) Die Überführung eines 5 bzw. 10 m breiten Uferstreifens an Gewässern zweiter und dritter Ordnung in das Eigentum der öffentlichen Hand (Gemeinde,

Verbandsgemeinde, Kreis) verschafft dieser nach den Bestimmungen des Landeswassergesetzes vom 04.03.1983 und des Landesfischereigesetzes von 09.12.1974 das Eigentum an dem Gewässer und damit zugleich das Fischereirecht. Zugleich verliert der Alteigentümer des Ufergrundstückes eine vermögenswerte Rechtsposition, denn nach § 29 Abs. 6 FischereiG kann jedes Mitglied einer Fischereigenossenschaft die Auszahlung seines Anteiles am Reinertrag verlangen. Nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 09.06.1969 - III ZR 231/65 - ist dabei von einem Schätzwert auszugehen, der in etwa dem 20 - 25-fachen Wert des jährlichen Pachterlöses entspricht. Diese Entschädigung müßte im Flurbereinigungsplan festgesetzt werden zu Lasten des Vorteilsträgers.

- 2) Verlust des Gemeingebrauchs am Gewässer, des Eigentümer- und Anliegerverbrauchs (§§ 23, 24 WHG, 36 und 38 LWG)

Nach den vorstehenden Vorschriften darf jedermann, insbesondere die Eigentümer und Anlieger, natürliche, oberirdische Gewässer unter anderem zum Viehtränken, zum Einleiten von Wasser aus einer Bodenentwässerung landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzter Flächen bis zu 5 ha benutzen. Für den Verlust von Tränkmöglichkeiten muß der entsprechende Ersatz im Flurbereinigungsverfahren geschaffen bzw. eine entsprechende Entschädigung gewährt werden. Der § 76 Landeswassergesetz kann nicht dazu führen, daß die aufgrund des Gemeingebrauchs eingeräumte Rechtsposition ausgehöhlt wird.

Selbst bei Vorlage eines qualifizierten Gewässerpflegeplanes mit Maßnahmen von prägender Gestaltung des Landschaftsbildes bedürfen folgende Fragen von Fall zu Fall einer besonderen Klärung:

- 1) Hält sich der Landbedarf im Rahmen des zulässigen Limits von 1,5 % für alle öffentlichen Anlagen?
- 2) Kann die "Anlage" entlang des Gewässers auch als gemeinschaftliche Anlage, zumindest teilweise (z.B. Ausgleichsmaßnahme) bewertet werden?
- 3) Entschädigung für den Verlust von Fischereirechten und Tränkmöglichkeiten (Ausführungskosten)?

Wasserrückhaltung in der Weinbergsflurbereinigung

Erfahrungsbericht über den Bau eines gemeinsamen Rückhaltebeckens
für Teilnehmergemeinschaft und Kommune in der
Weinbergsflurbereinigung Ellerstadt - Projekt II -

von Vermessungsrat Heribert Sperlich, Neustadt

Schlimmster Tag seit acht Jahren: Gönnheim „ertrank“ in Gewitterflut

Verheerendes Unwetter am Sonntag - Neun Wehren im Einsatz - Auch Nachbarorte betroffen

GÖNNHEIM / FRIEDELDSHEIM / ELLERSTADT (psp). „Es war eine Katastrophe...“ Volker Knaußs Stimme gestern morgen klingt müde, niedergeschlagen. Wie wohl die meisten Männer in Gönnheim hat der Beigeordnete in dieser Nacht nur wenig geschlafen: Pausenlos pumpten und schöpften sie Wasser. Eine knapp halbstündige Gewitterflut von ungeheurem Ausmaß und Wirkung war am Sonntag über die Gemeinde hereingebrochen. Der Schaden dürfte in die Hunderttausende gehen...

Dabei herrschte am Nachmittag so etwas wie Vorfreude, als sich die ersten Wolken aus dem Süden zusammenzogen. Wie sehr war der leichte Regen, der danach zunächst einsetzte, von allen ersehnt worden! Endlich ein wenig Abkühlung, endlich ein bißchen wertvolles Naß für die Böden und Wälder! Doch so extrem die Witterung in diesem Jahr generell schon war, so extrem auch dieses Gewitter aus. Sintflut - selten war dieses Wort wohl angebracht als bei diesen Wassermassen, die sich durch Straßen und Felder, in Keller und Wohnungen ergossen, gepeitscht von einem stürmischen Wind, in ihrer vernichtenden Wirkung unterstützt durch Schloße und Hagel, die vor allem in der Rebendlandschaft wüteten. Was sich im einzelnen zutrug, wie Leute trotz aller Anstrengung



Unwetter in Gönnheim - noch Stunden danach standen die Leute auf den Straßen knöcheltief im Wasser. Das meiste hatte inzwischen jedoch Keller und Tiefgeschosse überflutet... (sehen Sie dazu auch unser Bild auf der Seite „Südwestdeutsche Zeitung“). Foto: mont

Zeitungsartikel "Rheinpfalz" vom 23.08.1983

1. Vorbemerkungen

Beispiele, in denen Schlamm- und Wassermassen nach großen Starkregen zu nachhaltigen Erosionsschäden führen oder sogar Verkehrswege und ganze Orte mit deren Einwohner gefährden, sind jedermann bekannt. Meist verursachen diese - glücklicherweise nur recht selten auftretenden Katastrophen - hohe Folgekosten oder hinterlassen gar irreparable Schäden.

Der Ruf nach geeigneten Hochwasserschutzmaßnahmen ist daher um so lauter, je kürzer das letzte Hochwasser zurückliegt.

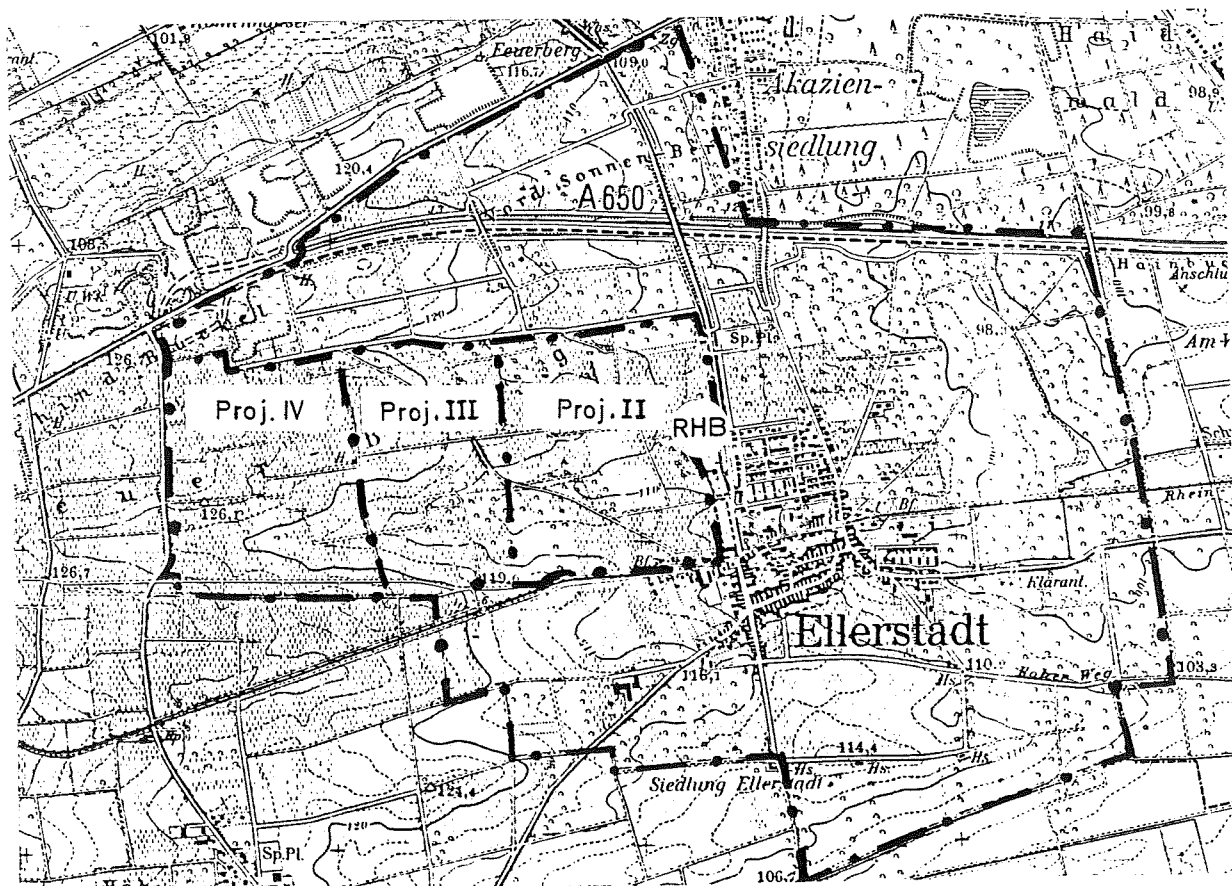
Als wirksamer Schutz bietet sich fast immer der Bau eines Regenrückhaltebeckens an. Ziel dabei ist, die bei Starkregen anfallenden Abflußspitzen zurückzuhalten und zeitlich verzögert an das unterliegende Gelände abfließen zu lassen.

So einfach das Prinzip der Wasserrückhaltung auch klingt, so schwierig ist doch - wie bei allen flächendeckenden und planfeststellungsbedürftigen Vorhaben - deren Realisierung. Nicht selten scheitern solche Anlagen schon am Flächenerwerb.

Bei der Durchführung vor allem ortsnaher Flurbereinigungen bietet sich dem jeweiligen Ausbaupflichtigen daher eine einmalige Gelegenheit, den vielleicht schon länger ins Auge gefaßten Bau eines Rückhaltebeckens im Flurbereinigungsverfahren zu realisieren.

Einige hierbei auftretende Probleme sowie die Verfahrensweise beim gemeinsamen Bau eines Rückhaltebeckens von Teilnehmergemeinschaft und Kommune sollen im Folgenden am Beispiel des Weinbergsflurbereinigungsverfahrens **Ellerstadt - Projekt II** - geschildert werden.

Das ca. 55 ha große Gebiet wie auch zwei weitere unmittelbar westlich angrenzende (noch nicht bearbeitete) Teilflurbereinigungsverfahren (Projekt III und Projekt IV) haben zusammen die Form einer von West nach Ost fallenden Geländemulde. Der Tiefpunkt dieser Mulde mit einem Gesamteinzugsgebiet von etwa 114 ha liegt im Projekt II direkt vor der Ortslage.



Lage des Flurbereinigungsgebietes

In der Vergangenheit kam es - wie im einleitenden Zeitungsartikel beispielhaft berichtet wurde - dort immer wieder zu Überschwemmungen der Ortslage und eines direkt anschließenden Neubaugebietes.

2. Die Interessenlagen der Beteiligten

- Teilnehmergeinschaft

Durch den Neubau von befestigten Wegen, durch das Drehen von Zeilen- oder Furchenrichtungen in stärkeres Gefälle, aber auch durch die Anlage neuer Dränsysteme und Vorfluter wird der Wasserabfluß konzentriert und beschleunigt einem Punkt zugeleitet.

Unbestritten ist daher, daß die hierdurch **zusätzlich** anfallenden Wassermengen vom Bauherrn und Verursacher "**Teilnehmergeinschaft**" in geeigneter Form zurückgehalten werden müssen, wenn nicht schon die vorhandenen Vorfluter ausreichend dimensioniert sind (Kommentar Seehusen-Schwede, § 39 RdNr. 9).

Bei Weinbergsflurbereinigungsverfahren wie in Ellerstadt - Projekt II - ist wegen des engmaschigen Wegenetzes mit hohem Befestigungsanteil dieser zusätzliche Abfluß relativ größer als in anderen Verfahren. Hinzu kommt, daß die Wege hier zur Vermeidung von Erosionsschäden häufiger mit Wasserführungen versehen werden müssen und somit die Funktion eines Vorfluters übernehmen.

- Verbandsgemeinde Wachenheim

Gerade in Flurbereinigungsverfahren mit großen Wassereinzugsgebieten bleibt jedoch die zuvor beschriebene Abflußbeschleunigung durch Flurbereinigungsmaßnahmen im Verhältnis zu der auch ohne Flurbereinigung bereits anfallenden Wassermenge eher gering. In solchen Gebieten wäre häufig auch **ohne** bzw. **vor** der Flurbereinigung die Durchführung wasserregulierender Maßnahmen nötig gewesen. So auch im hier beschriebenen Verfahren.

Die allgemeine Verpflichtung, unabhängig von der Flurbereinigung für einen geordneten Wasserabfluß zu sorgen und dazu auch, soweit notwendig, Rückhaltemaßnahmen vorzusehen, liegt gem. § 71 LWG beim jeweiligen Unterhaltungspflichtigen, was natürlich voraussetzt, daß dieser bekannt ist bzw. sich - wie im beschriebenen Falle die Verbandsgemeinde - dazu bekennt oder im Streitfalle gemäß § 70 (1) Nr. 2 LWP von der Unteren Wasserbehörde als solcher benannt wird.

- Gemeinde Ellerstadt

Dritter Nutznießer und somit anteiliger Kostenträger neben Verbandsgemeinde und Teilnehmergeinschaft war die **Gemeinde Ellerstadt**.

Durch den Bau des RHB wurden nämlich erst die Voraussetzungen geschaffen, zukünftige Bebauungspläne zur Neuausweisung von Bauflächen genehmigt zu bekommen. Wegen der akuten Hochwassergefährdung des Ortes waren vom Wasserwirtschaftsamt bereits entsprechende wasserbauliche Ausgleichsmaßnahmen für zukünftige Flächenversiegelungen (= Neubaugebiete) gefordert worden.

Wenngleich die Notwendigkeit des Rückhaltebeckens im Grunde unumstritten war, so muß doch erwähnt werden, daß noch während der fachaufsichtlichen Prüfung des Planes nach § 41 FlurbG in den entsprechenden Sitzungen des Verbandsgemeinderates über Standort und Größe dieses RHB - vor allem aus Kostengründen - stark unterschiedliche Auffassungen vertreten wurden, so daß der erforderliche Beschluß des Verbandsgemeinderates bis zuletzt auf sich warten ließ.

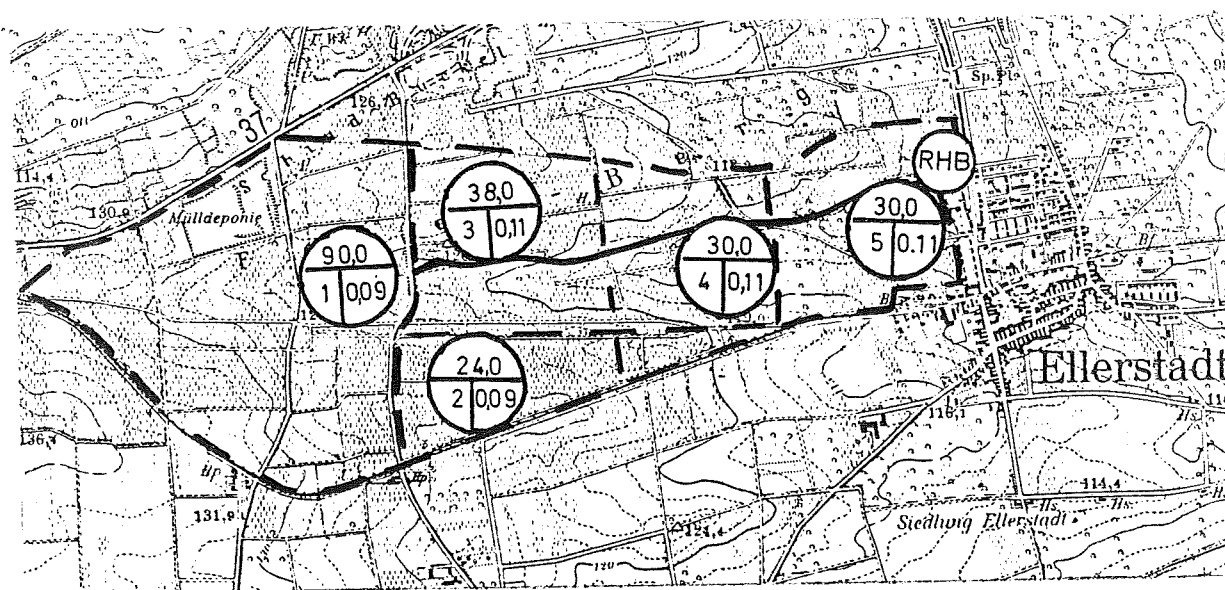
Ausschlaggebend für die rechtzeitige Klärung dieser Detailfragen war letztendlich, daß der Verbandsgemeinderat erkannte, daß

- diese Maßnahme kurzfristig nur im Rahmen der nun anstehenden Flurbereinigung realisiert werden kann und
- wegen der Koordinierung von weinbergsmäßigem Wiederaufbau mit den Maßnahmen der Flurbereinigung Verzögerungen des Verfahrensablaufes etwa durch Vertragen dieser Entscheidungen nicht möglich waren.

Gemeinde und Verbandsgemeinde haben im beschriebenen Beispiel die Kostenbeteiligung auf Wunsch im Innenverhältnis geregelt, so daß Ansprechpartner der Flurbereinigungsbehörde allein die Verbandsgemeinde blieb.

3. Bemessung und Erstellung der planfeststellungsreifen Entwürfe

Um frühzeitig einen Überblick über die jeweils erforderlichen Stauvolumina und damit die Grundlage zur Abschätzung von Kostenhöhe und -verteilung zu erhalten, erfolgte bereits zu Beginn der Verhandlungen die Bemessung der Rückhaltebecken.



Gesamteinzugsgebiet des Rückhaltebeckens

Nach Festlegung der Eckdaten in Abstimmung mit der Bezirksregierung Rheinhesen-Pfalz (Berechnungsregen und Gebietskonstante vor/nach der Flurbereinigung), dem Wasserwirtschaftsamt (Basisabfluß, Häufigkeit) und der Verbandsgemeinde (Häufigkeit) wurden folgende Dimensionierungen errechnet:

Eckdaten	RHB für Verbandsgemeinde vor der Flurbereinigung	RHB für TG und Verbandsge- meinde nach der Flurbereinigung
Gesamtfläche	212 ha	114 ha + 98 ha = 212 ha ¹⁾
Berechnungsregen	110 l/s	110 l/s ²⁾
Gebietskonstante	0,09	0,09 für 114 ha 0,11 für 98 ha
Häufigkeit	50 jähr.	50 jähr.
Basisabfluß	370 l/s	370 l/s
Stauvolumen	12 300 m ³	13 800 m ³

Bei der Festlegung der Häufigkeit kam wegen des benachbarten Baugebietes und der angrenzenden Landesstraße hier nur $n = 50$ ³⁾ bzw. $N = 100$ in Frage. Die Verbandsgemeinde wollte sich anfänglich nur in Höhe eines 20jährigen Ereignisses anteilig am RHB beteiligen, da der Schutz der Ortslage, so wurde argumentiert, nicht ihr Aufgabengebiet sei. Diese Position wurde nach weiteren Gesprächen jedoch aufgegeben. Die Möglichkeit, die Verbandsgemeinde diesbezüglich in die Verpflichtung zu nehmen, ergibt sich nach Auffassung des Verfassers beispielsweise über die nachfolgend beschriebene Förderrichtlinie der Wasserwirtschaftsverwaltung, d.h. indem die Gewährung eines Zuschusses von der vom Wasserwirtschaftsamt geforderten Häufigkeit abhängig gemacht wird.

Erwähnenswert an dieser Stelle ist auch, daß die Festlegung der Gebietskonstante **K nach** der Flurbereinigung zu keinem Zeitpunkt angezweifelt wurde, obwohl doch die Veränderung derer erheblichen Einfluß auf die Kostenverteilung hat.

Der Vergleich der beiden Stauvolumina zeigt, daß das für den Ausgleich von Flurbereinigungsmaßnahmen erforderliche Becken ca. 1 500 m³ fassen müsste; eine vergleichsweise geringe Größe.

Träger der Maßnahme und somit federführend für die **Bauausführung** war daher die Verbandsgemeinde; weil angestrebt war, Ausbaumaßnahmen der Flurbereinigung und den Bau des RHB zeitgleich durchzuführen und weil vom Kulturamt ohnehin Detailentwürfe für das Becken der TG zu erarbeiten gewesen wären, erfolgte die Ausarbeitung der planfeststellungsreifen Unterlagen nicht durch die Verbandsgemeinde selbst sondern durch das Kulturamt im Auftrag der Verbandsgemeinde.

-
- 1) Die unterschiedlichen Flächen wurden eingeführt, da Gesamteinzugsgebiet (= 212 ha) und Flurbereinigungsgebiet nicht identisch waren.
 - 2) In der Erhöhung der Gebietskonstante um $n = 0,02$ auf $n = 0,11$ nach der Flurbereinigung kommt die Abflußbeschleunigung durch Flurbereinigungsmaßnahmen zum Ausdruck. Die Festlegung basiert auf Erfahrungswerten.
 - 3) Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 05.01.1981, Az.: 757 - 06.01 - 4879/80, 745 - 62.00 - 4879/80

Die Abrechnung erfolgte nach Teil VII der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), wobei die anteilige Honorarsumme entsprechend dem nachfolgend beschriebenen Kostenverteiler bei der Verbandsgemeinde angefordert wurde.

Honorarforderung für die Planung des Regenrückhaltebeckens

Baukosten: 298 000,-- DM (ohne Mehrwertsteuer)

Honorarzone I

Grundleistungen nach HOAI 50 v.H.

Honorar nach § 56 Abs. 1 16 845,-- DM

Teilhonorar 50 v.H. x 16 845,-- DM = 8 422,50 DM

In Anlehnung an die VV-landw. Wegebau vom 03.11.1986 werden für die Planung durch Behörden 70 v.H. in Ansatz gebracht

Honorar 70 v.H. x 8 422,50 DM = 5 895,75 DM

+ 14 % MWST 825,40 DM

6 721,15 DM

=====

Vorläufiger Anteil der Verbandsgemeinde Wachenheim

78,34 v.H. x 6 721,15 DM = 5 265,35 DM

4. Kostenverteilung, Fachaufsichtliche Prüfung und Planfeststellung

Von der allgemeinen Verpflichtung der Flurbereinigungsbehörde, den Erfordernissen der Wasserwirtschaft gem. § 37 FlurbG Rechnung zu tragen, muß die Entscheidung getrennt werden, ob die fachrechtliche Planfeststellung gem. § 31 WHG durch die Planfeststellung gem. § 41 FlurbG überhaupt ersetzt werden kann.

Stets muß nämlich von der Flurbereinigungsbehörde geprüft werden, ob

- das Vorhaben dem Zweck der Flurbereinigung dient
- die wertgleiche Abfindung aller Teilnehmer gewährleistet bleibt
- die Durchführung der Flurbereinigung nicht verzögert und
- der Rechtsschutz außerhalb des Flurbereinigungsgebietes gelegener Betroffener nicht unzulässig verkürzt wird.

(sinngemäß im Kommentar Seehusen-Schwede, § 41 RdNr. 18, 32, 34)

Die Beurteilung dessen muß von Fall zu Fall erfolgen, jedoch wird beim Bau gemeinsamer Rückhaltebecken die Planfeststellung im Plan nach § 41 FlurbG häufig möglich und die zweckmäßigere Verfahrensweise sein.

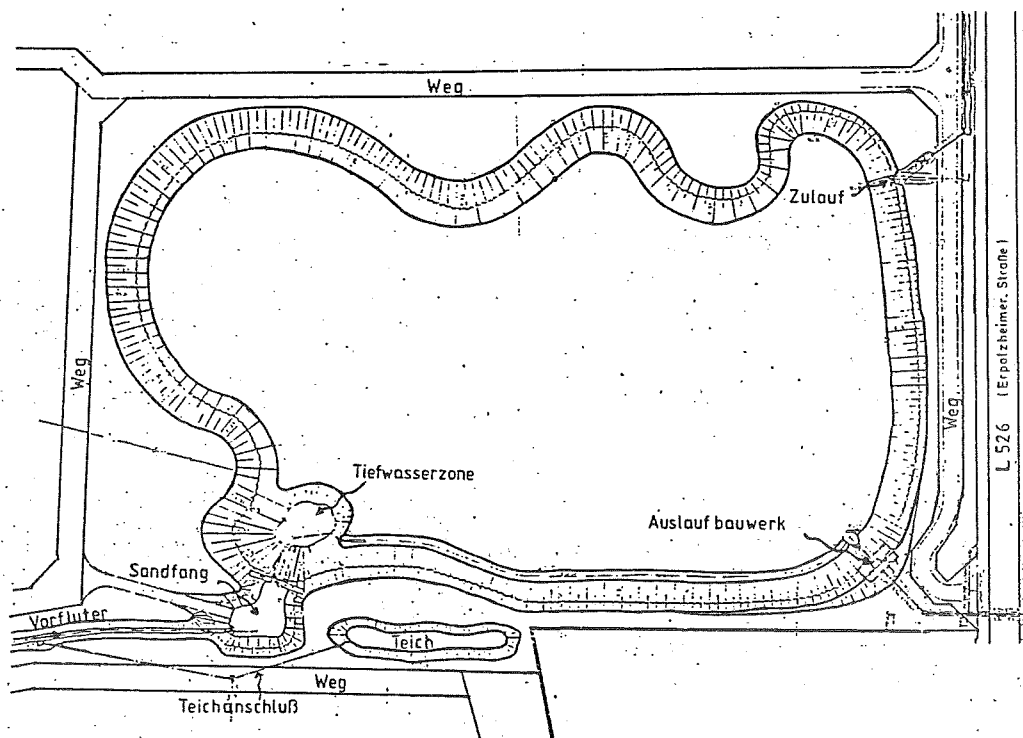
Wegen der besonderen Erfordernisse des Flurbereinigungsrechtes kommt im übrigen dem bei Planfeststellungen geltenden Konzentrationsgrund nach § 78 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) nur untergeordnete Bedeutung zu.

Grundlage für die Ermittlung der Kostenverteilung bildete das bereits in anderen Verfahren angewandte "Grünstadter Modell":

$$\begin{aligned} & (4) \text{ Kosten RHB (VG + TG)} \\ \text{Anteil VG} &= \frac{\text{Kosten RHB (VG)}}{\text{Kosten RHB (VG)} + \text{Kosten RHB (TG)}} \times \text{Kosten RHB (VG)} = 78,34\% \\ \text{Anteil TG} &= 100 \% - \text{Anteil VG} = 21,66\% \end{aligned}$$

Die jeweiligen Kosten wurden getrennt nach Baukosten und Flächenerwerbskosten jeweils für die Becken der TG, VG sowie (TG + VG) ermittelt.

Die Festlegung des anteiligen Flächenbedarfs läßt sich über die Bauvolumina - oder wie im vorliegenden Falle - über vorhandene Lageplanentwürfe ermitteln. Auch Erfahrungen aus anderen Verfahren können zu Rate gezogen werden.



Lageplan Rückhaltebecken

Die errechneten Prozentzahlen wurden auch in das Verzeichnis der Festsetzungen übernommen und im Rahmen der fachaufsichtlichen Prüfung von der Bezirksregierung abschließend festgelegt.

- 4) -----
 Anteil VG enthält Kostenanteil für Gemeinde.
 VG = Verbandsgemeinde
 TG = Teilnehmergeinschaft
 RHB = Rückhaltebecken

Zeitgleich mit der fachaufsichtlichen Prüfung stellte die Verbandsgemeindeverwaltung über das Wasserwirtschaftsamt für ihren Kostenanteil einen Antrag auf Zuwendungen für wasserwirtschaftliche Maßnahmen nach der Förderrichtlinie für Wasserwirtschaftsverwaltung - FöRiWWV des MfLWuF vom 12. Oktober 1984 (753-03.00) -.

Das Wasserwirtschaftsamt erhielt daher als für diese Antragsstellung zuständige Behörde noch **vor** der fachaufsichtlichen Prüfung gem. § 41 FlurbG einen Satz Planunterlagen sowie den Kostenverteiler zugesandt und prüfte diesen vor Weiterleitung an die Bezirksregierung hinsichtlich der wasserwirtschaftlichen Ausgangsdaten, Zweckmäßigkeit und Angemessenheit der Gesamtmaßnahme.

Die eigentliche Antragstellung auf Zuwendungen darf nach der vorgenannten Förderrichtlinie übrigens **nicht vor** der Planfeststellung erfolgen; der Zeitpunkt des zulässigen Baubeginns war damit nicht mit der Planfeststellung sondern erst mit Bewilligung dieses Antrages durch das MfLWuF gegeben. Darauf mußte bei der Abstimmung des zeitlichen Ablaufes geachtet werden.

Das Land bewilligte schließlich nach o.g. Förderrichtlinie für den VG-Anteil für Baukosten einschließlich Planung und Flächenerwerb einen Zuschuß von 50 %.

Somit waren für die Kostenträger zusammengefaßt und vereinfacht folgende prozentuale Beteiligungen aufzubringen:

	Prozent	
Gesamtkosten	100 %	(= Baukosten und Flächenerwerb)
Landeszuschuß nach VV-FördFlurb Für TG	./. 13,65 %	($\hat{=}$ 63 % Zuschuß nach VV-FördFlurb)
Eigenleistung TG	./. 8,01 %	(incl. Darlehen nach VV-FördFlurb)
Gesamtanteil VG/Gemeinde	= 78,34 %	
Landeszuschuß nach FöRiWWV	= 39,16 %	($\hat{=}$ 50 % der VG/Gemeinde-Gesamtanteils)
Eigenleistungen der VG und Gemeinde	= 39,16 %	

Die Hauptkostenlast lag folglich beim Land Rheinland-Pfalz mit 52,76 %.

Daß der reine Eigenleistungsanteil der Teilnehmer vergleichsweise gering war, bedeutete übrigens nicht, daß dadurch der Arbeitsaufwand des Kulturamtes automatisch mitschrumpfte: Arbeitsentlastung im Vergleich zu Verfahren, in denen das RHB in Trägerschaft der TG gebaut wurde, entstand im wesentlichen nur dadurch, daß die gesamte Bauausführung einschließlich Bauüberwachung und Kostenabrechnung nicht vom Kulturamt wahrgenommen werden mußte.

5. Flächenerwerb

Für das RHW wurde eine Gesamtfläche von ca. 1,8 ha benötigt. Nach Abzug des TG-Anteils waren von Gemeinde und Verbandsgemeinde noch etwa 1,4 ha aufzubringen, was etwa 2,8 % der Gesamtverfahrensfläche entspricht.

Die Bereitstellung dieses gesamten Landes über den Landabzug für öffentliche Anlagen gem. § 40 FlurbG wurde zunächst in Betracht gezogen, da nach der Entscheidung des BVerwG vom 26.11.1969 34, 199, 201 ein Landabzug von 1,5 % für die Bereitstellung von Land für öffentliche Anlagen ohne weiteres als gering im Sinne des § 40 FlurbG angesehen werden kann. (Kommentar Seehusen-Schwede, § 40 RdNr. 8).

Wegen der besonderen Lage des Rückhaltebeckens in unmittelbarer Ortsnähe und weil sich dadurch der Gesamtlandabzug für **alle** Teilnehmer beträchtlich erhöht hätte, wurde diese Verfahrensweise nicht gewählt.

Stattdessen wurden in Abstimmung mit der Verbandsgemeinde die für das RHB erforderlichen Flächen über Antrag auf Geldabfindung gem. § 52 FlurbG "angekauft". Es erfolgte also nicht der ebenso mögliche Verzicht auf Landabfindung zugunsten des vorgesehenen Eigentümers "Verbandsgemeinde", sondern als "Käufer" trat allein die Teilnehmergeinschaft auf, der die Grundstücke vorläufig zur weiteren Verwendung überwiesen wurden.

Um die Verzichtenden (= Verkäufer) baldmöglichst auszahlen zu können, wurde von der Verbandsgemeinde ein überschlägiger Abschlag in Höhe ihres Anteils am Flächenerwerb angefordert.

Der Kaufpreis, der etwa um 8,-- DM/m² lag, wurde dabei streng nach dem vom Vorstand festgelegten Kapitalisierungsfaktor abzüglich eines fiktiven Landabzuges von 10 % festgelegt. Da dieser Preis, wie sich später herausstellte, nicht zu gering angesetzt war, war das Angebot an "Verkaufswilligen" verhältnismäßig groß.

Beim "Ankauf" wurde auf die beabsichtigte Verwendung der Grundstücke hingewiesen.

Der Großteil der Flächen wurde während der Planwunschverhandlungen erworben. Diese Verfahrensweise hat folgende Vorteile:

- Da allein das Kulturamt Ansprechpartner für Verkaufswillige war und ein Verhandlungsspielraum von Beginn an gar nicht erst eingeräumt wurde, konnte die Fläche für das Becken trotz der beschriebenen Ortsrandlage zum Preis für Weinbauflächen erworben werden.

- Beim Ankauf wurde darauf geachtet, daß die erworbenen Grundstücke entweder direkt im Bereich des geplanten RHB liegen oder wegen ihrer guten Bewertung als begehrte Abfindungslagen bekannt waren. Die Abfindung der im Bereich des RHB liegenden Alteigentümer gestaltete sich daher entgegen unseren Erwartungen als unproblematisch.
- Die Flächen für das RHB mußten, wie bereits erwähnt, nicht von der Gesamtheit abgezogen werden, sondern wurden von einzelnen Grundstückseigentümern freiwillig hergegeben und zur Senkung des Landabzuges verwendet. Durch den niedrigen Landabzug von letztendlich 7 % stieg die Akzeptanz des **von der Größenordnung her** unter den Teilnehmern durchaus umstrittenden Vorhabens erheblich.
- Mit Zustimmung des Vorstandes der Teilnehmergeinschaft wurden über den eigentlichen Bedarf für das RHB hinaus weitere Flächen erworben, die vor allem eine sinnvolle Zeilenaufstockung ohne Belastung des Landabzuges ermöglichten.

Ingesamt wurden etwa 2,8 ha erworben ($\hat{=}$ 5,5 % der Gesamtverfahrensfläche).

6. Ausschreibung, Bau und Unterhaltung

Nachdem bereits die planfeststellungsreifen Unterlagen und der Kostenverteiler vom Kulturamt entworfen waren, wurden zweckmäßigerweise auch die Ausschreibungsunterlagen hier erstellt und der Verbandsgemeinde zur Veröffentlichung übergeben.

Zwei Besonderheiten dieser Ausschreibung und der damit verbundenen Bauausführung sollen hier erwähnt werden:

- Für das auszuhebende Erdmaterial war ein Baugrundgutachten eingeholt worden. Danach war ein Großteil des Aushubmaterials für verschiedene Erdbauarbeiten, wie z.B. für Dammschüttungen, Kanalgrabenverfüllungen, Straßenschüttung usw. geeignet. Die Ausschreibung sah daher vor, daß der für die Erdbauarbeiten geeignete Unterboden in das Eigentum des Auftragnehmers übergeht und zu beseitigen ist. Zugleich enthielt sie eine Vergütungsposition, in der dem Auftragnehmer die Möglichkeit eingeräumt wurde, eine Vergütung für den entnommenen Unterboden vorzusehen.

Ziel dieser Position war vor allem, die potentiellen Auftragnehmer auf die mögliche und zweifelsohne sinnvolle Wiederverwertung der Aushubmassen deutlich hinzuweisen.

Billigster Bieter war schließlich eine Firma, die von dieser Position Gebrauch machte, d.h. sie zahlte dem Auftraggeber für das wiederverwertbare Material einen Preis von ca. 7,50 DM/m³. Als Nachteil dieser Verfahrensweise stellte sich später heraus, daß der Auftragnehmer das RHB wie eine Sandgrube behandelte und der Fortgang der Erdarbeiten deshalb davon abhängig war, ob die Firma jeweils einen Abnehmer für die Aushubmassen an der Hand hatte.

- Die Ausschreibung enthielt ferner eine Position, nach der 5 000 m³ Mutterboden zu lösen, zu laden und in das angrenzende Gelände zu fahren war. Bei den mageren Sandböden des Verfahrensgebietes trugen die dadurch möglichen Auffüllungen mit Mutterboden (anstelle den ansonsten erforderlichen Planierungen) erheblich zur Bodenverbesserung bei. Da nicht alle Massen im angrenzenden Flurbereinigungsverfahren untergebracht werden konnten, wurden Teile hiervon für die anschließenden Teilflurbereinigungsverfahren auf einem Gemeindegrundstück zwischengelagert. Da es sich dabei um eine nicht unbeträchtliche "Anhäufung" und somit um einen Eingriff im Sinne des § 4 LpflG handelte, wurde diese der Unteren Landespflegebehörde angezeigt. Ein landespflegerischer Ausgleich war nicht erforderlich, da es sich nur um eine vorübergehende Lagerung handelte und die ökologische Wertigkeit des Erdberges - wenn auch nur zeitlich begrenzt - höher einzustufen ist als die Wertigkeit der gleichen Fläche bei der theoretisch möglichen weinbaulichen Nutzung.

Die Veröffentlichung der Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung erfolgte - wie bereits erwähnt - durch die Verbandsgemeinde in enger Fühlungnahme mit dem Kulturred.

Diese Arbeiten, wie auch die spätere Unterhaltung, wurden satzungsgemäß von der Verbandsgemeinde dem Isenach-Eckbach-Verband 5) übertragen; diesen hatte die Verbandsgemeinde bereits früher zusammen mit benachbarten Gebietskörperschaften zur Wahrnehmung der wasserwirtschaftlichen Angelegenheiten gebildet.

Neben dem RHB wurde im Verfahren - allerdings in Trägerschaft der Teilnehmergemeinschaft - in der einleitend beschriebenen natürlichen Geländemulde ein Graben als Zufluß des RHB neu gebaut. Wider Erwarten kam der Streit, ob es sich bei diesem Graben um ein natürlich oder künstlich fließendes Gewässer handelt bzw. die damit verbundene Frage der Unterhaltungslast erst gar nicht auf; die Verbandsgemeinde bzw. der Isenach-Eckbach-Verband signalisierten frühzeitig ihre Bereitschaft zur Unterhaltung. Dies bestätigt vom Ergebnis her übrigens die Erfahrungen aus anderen Flurbereinigungsverfahren, wonach in strittigen Fällen natürliche Geländemulden vom Wasserwirtschaftsamt als natürlich fließende Gewässer angesehen werden und die Unterhaltungspflicht der darin liegenden neu gebauten Gräben in der Regel somit gemäß § 63 Abs. 1 Nr. 3 LWG bei der Verbandsgemeinde liegt.

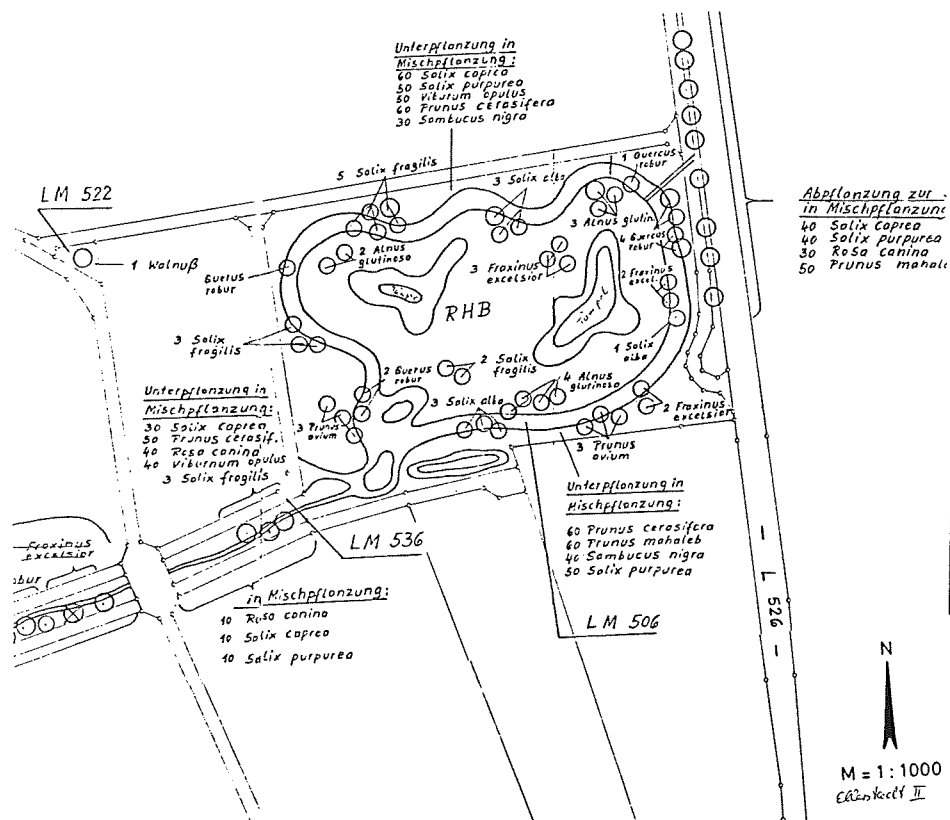
7. Landespflege

Da das Becken ohne Dauerstau konzipiert wurde, stand im Grunde die gesamte Fläche von ca. 1,8 ha (fast 3 Fußballfelder) zur Bepflanzung zur Verfügung.

Die Detailplanung und Ausschreibung erfolgte durch das Kulturred.

5) Zweckverband gemäß § 1 ff des Zweckverbandsgesetzes (GVBl. 1982, 476).

Die Bepflanzung wurde jedoch bewußt auf ein Minimum beschränkt, da solche Flächen erfahrungsgemäß spätestens nach 2 bis 3 Jahren ohnehin von zahlreichen Arten natürlich besiedelt werden.



Detailplanung Landespflege

Pflanzung und Unterhaltung werden - im Amtsbezirk erstmalig - nicht von der Teilnehmergemeinschaft durchgeführt, sondern auf ausdrücklichen Wunsch des Vorstandes an eine Gartenbaufirma vergeben.

Die Böschungsflächen des RHB wurden aus ästhetischen Gründen unregelmäßig ausgebildet und in der Beckensohle mehrere Tümpel (Ruhezonen) und Erdhügel modelliert, so daß das Becken nicht nur zahlreichen Tier- und Pflanzenarten Lebensraum und Schutz bietet, sondern sich auch dem Betrachter als Bereicherung des Landschaftsbildes darbietet.

Praktische Anwendungsmöglichkeiten des freiwilligen Landtauschs

von Oberregierungsrat Dr. Willy Schuy, Trier

1. Einsatzbereiche des freiwilligen Landtausches

Nachfolgend sollen anhand ausgewählter Beispiele mögliche Anwendungsfälle freiwilliger Landtauschverfahren stichwortartig beschrieben und skizzenhaft dargestellt werden. Die Fallbeispiele sind so gewählt, daß jeweils die Gemeinde Verfahrensbeteiligte bzw. Tauschpartner ist mit dem Ziel der Realisierung gemeindlicher Entwicklungsvorhaben in verschiedenen flächenbeanspruchenden Bereichen.

Darüber hinaus ist jedoch eine große Palette weiterer Anwendungsmöglichkeiten des freiwilligen Landtausches denkbar, die in diesem Rahmen nicht alle näher beschrieben oder dargestellt werden können. Zum einen betrifft dies die Fälle des freiwilligen Landtausches mit rein agrarstrukturverbessernder Zielrichtung (z.B. Zusammenfassung von kleinparzelliertem, unwirtschaftlich geformtem landwirtschaftlichen Splitterbesitz; Schaffung geeigneter Standorte für landwirtschaftliche Baumaßnahmen; Vergrößerung von Hofanschlußflächen durch Tausch bzw. Ankauf zerstreut und ggf. markungsübergreifend liegender Einzelparzellen, ohne daß hierbei der räumliche Zusammenhang der Landtauschflächen zwingend erforderlich wäre). Zum anderen können in einem freiwilligen Landtauschverfahren durchaus verschiedene Ziele miteinander verbunden werden, insbesondere solche der Agrarstrukturverbesserung und des Naturschutzes bzw. Landschaftspflege (z.B. Überführung eines ausgewiesenen Naturschutzgebietes in die öffentliche Hand durch Austausch landwirtschaftlicher Nutzflächen im Schutzbereich gegen Grundstücke verkaufs- bzw. tauschbereiter Nichtlandwirte außerhalb; Schaffung gemeindlicher Freizeit- und Erholungsanlagen im Außenbereich durch Ersatzflächenbeschaffung für davon betroffene Landwirte im Tausch oder Ankauf; Behebung von Zerschneidungsschäden durch gemeindlichen Wegebau auf dem Wege des Flächenaustausches bzw. -ankaufes ...).

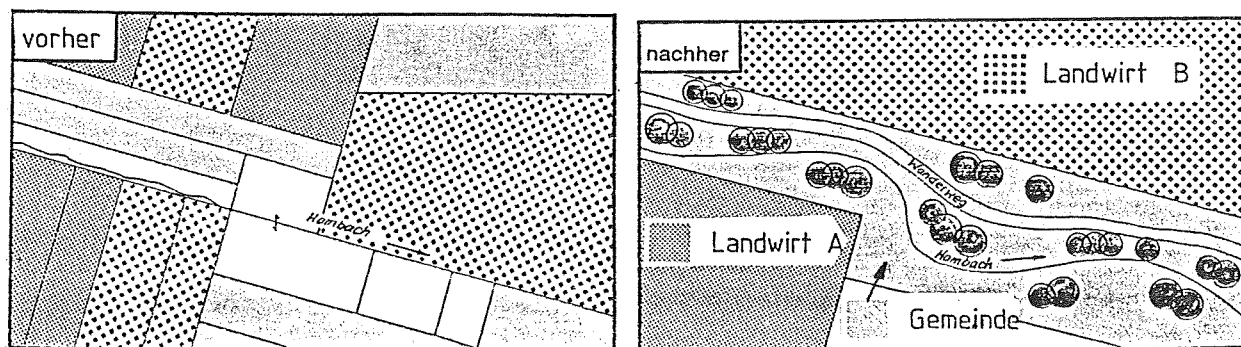
Weitere "Verbundziele" von Landtauschverfahren unter gemeindlicher Beteiligung sind in nachfolgenden Fallbeispielen dokumentiert.

2. Fallbeispiele

Fallbeispiel 1: Gewässer dritter Ordnung

Ziel: Renaturierung,

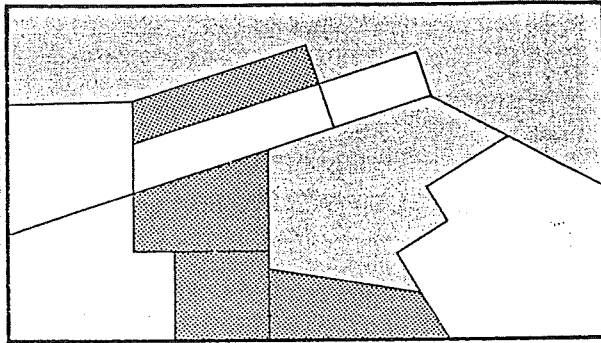
Anlage eines bachbegleitenden Wanderweges



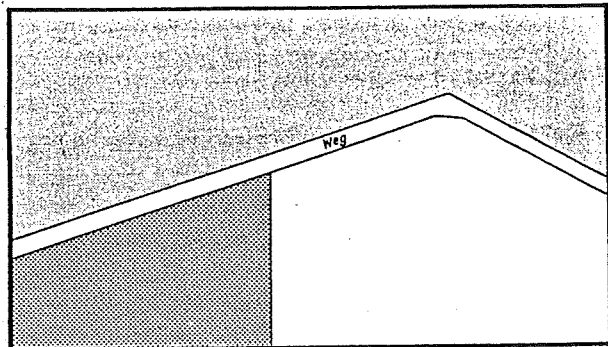
Fallbeispiel 2: Gemeinde und Privatwald in Gemengelage

Ziel: Arrondierung,
Verbesserung der Wirtschaftlichkeit,
Wegeaufschluß

vorher



nachher



Gemeindewald

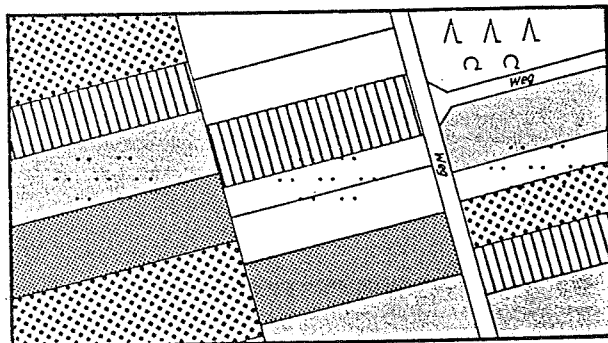
Privatwald B

Privatwald A

Fallbeispiel 3: Aufforstung von extensivem Agrarland

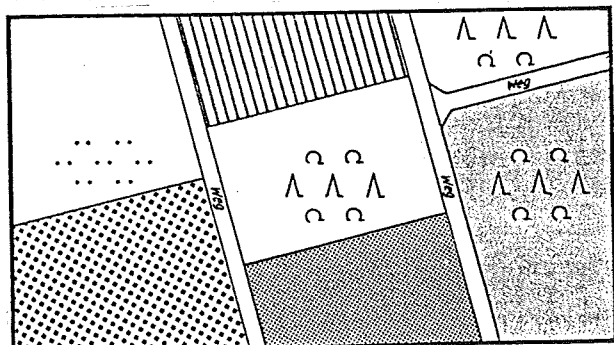
Ziel: Nutzungsentflechtung,
Arrondierung gemäß Nutzungswünschen,
Klimaschutz

vorher

GRÜNLAND
- extensiv -

MISCHWALD

nachher



Gemeinde

Landwirt A

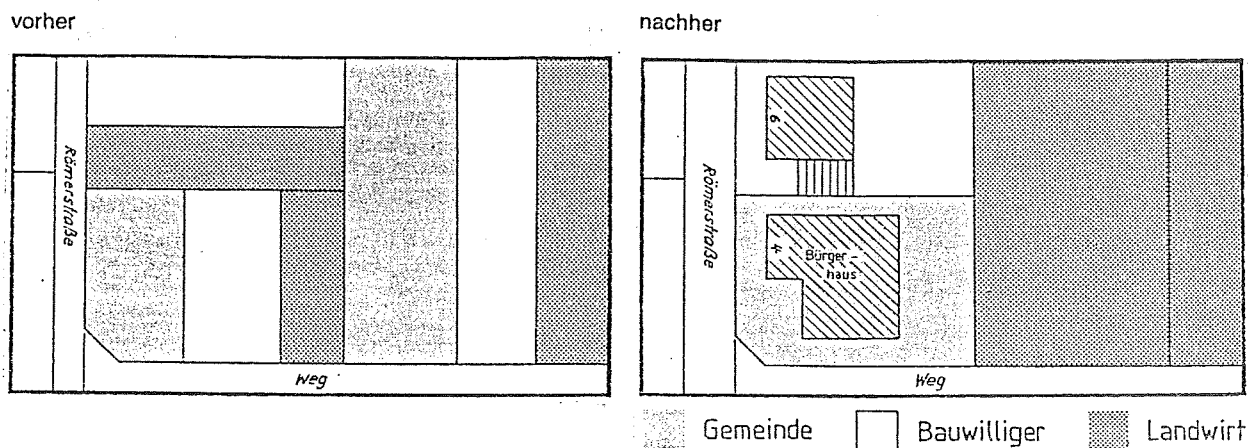
Forstwirt A

" B

" B

Fallbeispiel 4: Freiwillige Baulandumlegung

Ziel: Bereitstellung von Bauland,
Austausch landwirtschaftlicher Nutzflächen



3. Zusammenfassung

Der freiwillige Landtausch als behördlich geleitetes Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz eröffnet dort, wo er angebracht ist, den Beteiligten und insbesondere auch den Gemeinden die Möglichkeit, einfach, schnell, kostengünstig sowie in hohem Maße eigenverantwortlich und "bürgernah" Tauschpläne zu verwirklichen. Auf dem Wege einvernehmlicher Regelungen lassen sich auch zunächst widerstreitende Interessen ausgleichen und ggf. hoheitlich-reglementierende Eingriffe vermeiden.

Die objektiven Voraussetzungen für den Einsatz dieser in der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannten Verfahrensart dürften in vielen Fällen gegeben sein. Daß dieses Verfahren in der Praxis noch relativ selten zum Zuge kommt, ist wohl - neben dem erwähnten unzureichenden Bekanntheitsgrad - hauptsächlich in der vom Gesetzgeber zwingend vorgeschriebenen Einmütigkeit der Beteiligten begründet. Hier ist noch ein breites Feld für sachgerechte Information und Beratung seitens der Landeskulturverwaltung, zu der die Kulturämter jederzeit auch den Gemeinden zur Verfügung stehen.

In seinen Auswirkungen kann und will das freiwillige Landtauschverfahren bestimmt kein Flurbereinigungs- oder beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren ersetzen. Es steht auch nicht in Konkurrenz zu diesen. Seine Durchführung schließt ein späteres anderes Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz nicht aus. Vielmehr stellt es eine sinnvolle flankierende Ergänzung des Kataloges bodenordnerischer Maßnahmen bei vergleichsweise geringem Mitteleinsatz dar. Es kann gleichermaßen für Zwecke der Agrarstrukturverbesserung (auch in der Ortslage einschließlich Dorferneuerung), des Naturschutzes oder der Landschaftspflege nutzbar gemacht werden.

Oft lassen sich diese genannten Ziele in einem Landtauschverfahren unter behördlicher Leitung und Koordination auch miteinander verbinden (Verbesserung der Agrarstruktur und Flächenbereitstellung für Naturschutz, Landschaftspflege, Dorferneuerung ...), wie in den vorgestellten Fallbeispielen angedeutet.

Ein Tor für Beilsteins Burgruine

von Obervermessungsrat Klaus Wagner, Simmern

Ruinen üben einen seltenen Reiz aus. Obwohl sie etwas mehr oder weniger Kaputtes darstellen, sind einige von ihnen überaus beliebt, sei es als Denkmal, Besichtigungsobjekt, Wahrzeichen, Anziehungspunkt.

Alles zusammen trifft auf die Burgruine Metternich oberhalb Beilsteins zu. Aus diesem Grund waren die neuen Wege um die Burg im Rahmen der Flurbereinigung mit großem Fingerspitzengefühl zu planen und vor allem zu bauen. Der Bau durch eine Lücke in der Burgmauer war äußerste Präzision. Die von vornherein gewollte Torwirkung durch die Mauerreste auf beiden Seiten wurde im Bild 1 festgehalten.

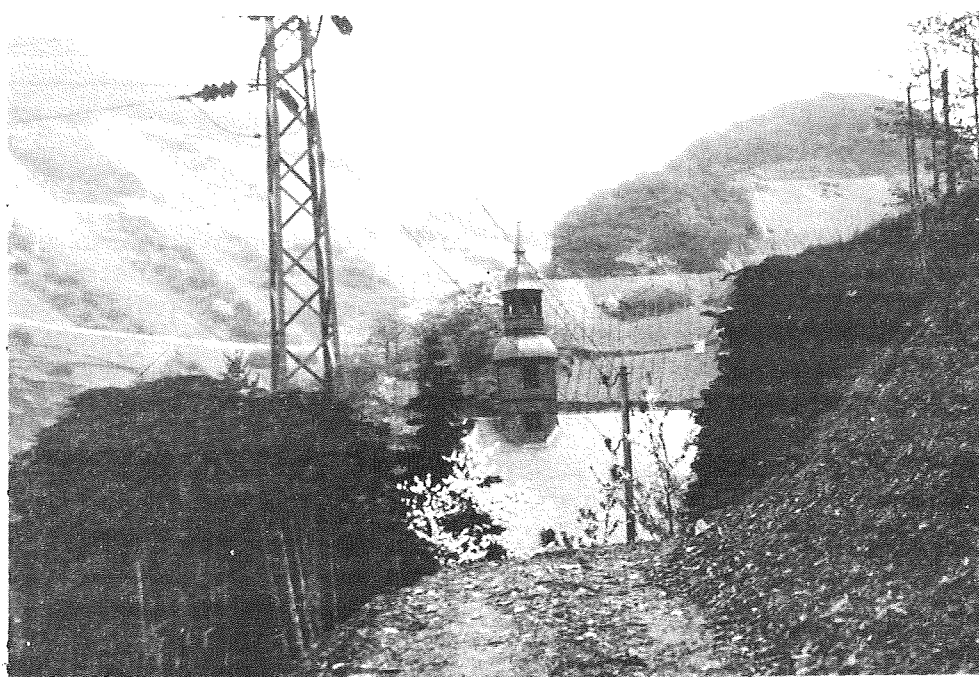


Bild 1: Mauerreste der Burgruine Metternich

Das regte die Phantasie des Planers aber erst richtig an. Nun sollte das Tor auch vollkommen werden, sozusagen eine Art neues Stadttor.

Die Idee wurde skizziert, das Bild mittels Diaprojektor auf ein Blatt Papier projiziert und das Tor zeichnerisch ergänzt (Bild 2).

Dann begann der lange Weg, die Idee in die Realität umzusetzen. Die Machbarkeit wurde mittels statischer Prüfung nachgewiesen. Gemeinde, Vorstand der Teilnehmergemeinschaft und Denkmalpfleger stimmten dem Vorhaben vorbehaltlos zu.

Nun konnte es zur Ausführung kommen.

Im Frühjahr 1987 wurde dann im Zuge des restlichen Mauerbaus auch der Torbogen hergestellt. Zwar weicht die endgültige Form ein wenig von der Skizze ab; dennoch ist die Ausführung vorbildlich. Das im Sommer geschossene Foto (3) zeigt, wie harmonisch sich das Tor einfügt. Wenn der neuere Teil noch die Patina der alten Mauer angenommen hat, wird kaum jemand den Ursprung erkennen können.

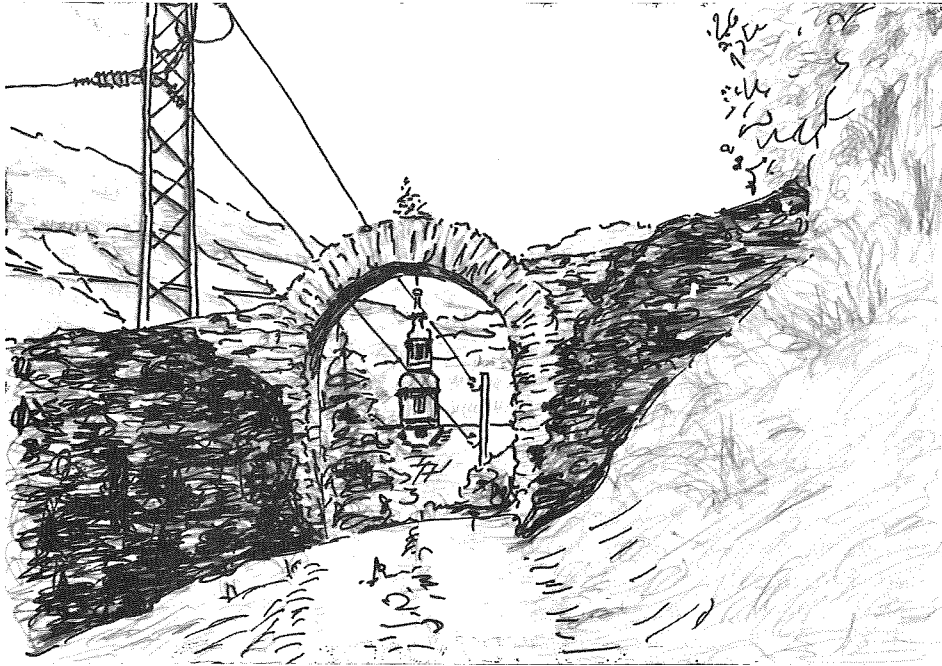


Bild 2: Zeichnerische Ergänzung des Tors

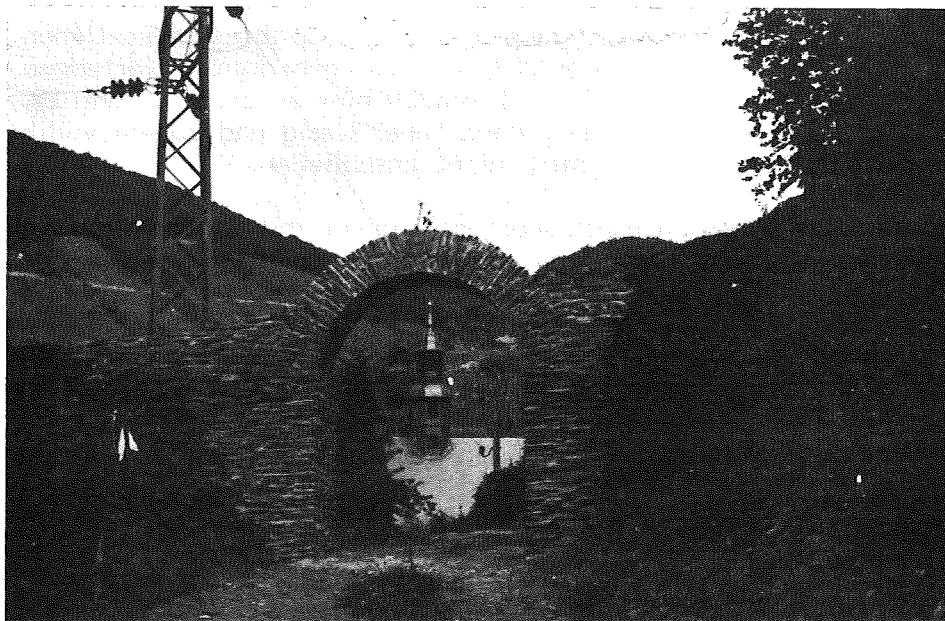


Bild 3: Ergänzter Torbogen der Burgruine Metternich

LESERBRIEFE

Beteiligung der Landespflegeorganisationen in Flurbereinigungsverfahren überdenken?¹⁾

von Baurat Claus-Rainer Hess, Worms

Die Mitwirkungsrechte, die nach § 29 BNatschG den anerkannten Landespflegeorganisationen lediglich in Planfeststellungsverfahren zustehen, wurden für den Bereich der rheinland-pfälzischen Flurbereinigung durch die am 01. September 1985 in Kraft getretene Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten vom 29. April 1985 (MinBl. 1985, S. 211) wesentlich erweitert. Damit wurde für alle Flurbereinigungsverfahren - mit Ausnahme des freiwilligen Landtausches - eine Verfahrensweise vorgeschrieben, die bereits vor Erlaß der VV in mehreren Verfahren erfolgreich praktiziert worden war, als die Landespflegeorganisationen nicht erst zum Zeitpunkt der Planfeststellung, sondern bereits bei der Aufstellung des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (Wege- und Gewässerplan) bzw. sogar schon bei der Erarbeitung der agrarstrukturellen Vorplanung hinzugezogen wurden. Aufgrund der hierbei gewonnenen Erfahrungen war erwartet worden, daß sich die Mitarbeit der Landespflegeorganisationen nach Erlaß der VV in allen Flurbereinigungsverfahren konstruktiv fortsetzen und insgesamt zu einer Verbesserung der Flurbereinigungsergebnisse vor allem in landespflegerischer Hinsicht führen würde.

Obgleich es - gut 2 Jahre nach Inkrafttreten der VV vom 29. April 1985 - für eine abschließende Bewertung der Beteiligung der Landespflegeorganisationen sicher noch zu früh ist, deutet einiges daraufhin, daß die gehegten Erwartungen insgesamt nicht erfüllt worden sind. KRAFFERT macht hierfür die VV vom 29. April 1985 verantwortlich, die seiner Meinung nach "überflüssig und zudem völlig mißglückt" ist. Dieser Auffassung kann ich mich nicht anschließen.

Einerseits trifft es zu, daß die Landespflegeorganisationen mit Gutachten und Stellungnahmen bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit belastet sind²⁾. Andererseits ist eine gewisse Resignation spürbar, weil die von den Landespflegeorganisationen nach zeitaufwendigen Recherchen ausgearbeiteten Planungsempfehlungen aus ihrer Sicht unter Gebühr Berücksichtigung finden. Diese aus der Sicht der Landespflegeorganisationen negativen Erfahrungen mit der Verwaltung sind ihrem Engagement sicher nicht förderlich.

1) Diskussionsbeitrag zu "Die Praxis der Beteiligung der Naturschutzverbände bei der Flurbereinigung: Eine Fehlentwicklung" von W. Kraffert in NLKV, H.8 (1987), S. 76-82

2) SCHMITT, P. Erfolgsbilanz ohne Jubel, in: Süddeutsche Zeitung vom 23. Januar 1988

Ist die VV vom 29. April 1985 vor diesem Hintergrund - wie KRAFFERT fordert - "förmlich aufzuheben"? Ist die in der VV vom 06. Dezember 1982 vorgesehene Beteiligung der Landespflegeorganisationen - wie KRAFFERT meint - auch im Bereich der ländlichen Bodenordnung "äußerst praktikabel"?

Aus landespflegerischer Sicht ist festzustellen, daß die in der VV am 06. Dezember 1982 getroffene Regelung, die Landespflegeorganisationen erst zum Zeitpunkt der Planfeststellung zu beteiligen, im Bereich der Flurbereinigung völlig unzureichend ist, da die Landespflegeorganisationen erst zum Zeitpunkt der Planfeststellung (nicht zu verwechseln mit Planaufstellung!) beteiligt werden und ihre Orts- und Sachkenntnis somit bei der agrarstrukturellen Vorplanung und der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes keine Berücksichtigung finden. Zum Zeitpunkt der Planfeststellung sind die planerischen Entscheidungen gefallen, wesentliche Änderungen nur in Ausnahmefällen möglich.

Aus landespflegerischer Sicht ist die Beteiligung der Landespflegeorganisationen zum Zeitpunkt der Durchführung der AVP Flurb insofern von besonderer Bedeutung, als im Rahmen des landespflegerischen Beitrages¹⁾ zur AVP Flurb keine grundlegenden landespflegerischen Daten erhoben werden und von der Möglichkeit, ökologische Standortuntersuchungen in Auftrag zu geben, bislang kein Gebrauch gemacht wird.

Dasselbe gilt für die Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes. Hier werden im Rahmen der Bewertung der Landschaftselemente lediglich vegetationsbezogene Untersuchungen durchgeführt. Aussagen zur Tierwelt sind in der Regel nur bei entsprechenden Angaben der Landespflegeorganisationen möglich, es sei denn, es liegen spezielle Daten aufgrund der Biotopkartierung oder sonstiger Fachgutachten vor.

Ausgesprochen wichtig ist auch die Beteiligung der Landespflegeorganisationen in den Terminen nach § 38 FlurbG und § 41 FlurbG, wobei allerdings die Möglichkeit, die Verfahrensbeteiligten über landespflegerische Zielvorstellung zu informieren und von der Notwendigkeit ihrer Umsetzung zu überzeugen, kaum genutzt wird.

Die von KRAFFERT beobachtete "besserwisserische Arroganz" einiger Verbandsvertreter ist wenig geeignet, das Bemühen der Kulturämter um landespflegerisch zufriedenstellende Bodenordnungsverfahren zu unterstützen. Allerdings darf dieser Eindruck nicht verallgemeinert werden; ich möchte eher - meine im Geschäftsbereich des Kulturamtes Worms und in anderen Kulturamtsbezirken gemachten Erfahrungen zusammenfassend - von einer zwar kritischen, insgesamt jedoch konstruktiven Mitarbeit der Landespflegeorganisationen sprechen. Insofern sollte durchaus häufiger von der Möglichkeit des § 22 FlurbG Gebrauch gemacht werden, zusammen mit den Landespflegeorganisationen Teilnehmerversammlungen durchzuführen und so die Voraussetzungen für eine größere Akzeptanz landespflegerischer Vorstellungen zu schaffen.

¹⁾ Die Bewertung der Landschaftselemente erfolgt erst im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens (VV des MLWF vom 25. April 1984 - Min.Bl. 1984, S. 198)

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die in KRAFFERT's Beitrag deutlich werdende, auf Erfahrungen im Kulturamtsbezirk Worms zurückgehende Unzufriedenheit mit der Beteiligungspraxis der Landespflegeorganisationen nicht überbewertet werden sollte. Die Forderung, die VV vom 29. April 1985 aufzuheben und die Beteiligung auf die Regelung der VV vom 06. Dezember 1982 zu beschränken, stellt aus landespflegerischer Sicht einen Rückschritt dar; denn die Beteiligung der Landespflegeorganisationen in Flurbereinigungsverfahren zum Zeitpunkt der Planfeststellung erfolgt erheblich zu spät.

**Anmerkungen zu dem Aufsatz "Mehr Demokratie wagen",
abgedruckt in NLKV, Heft 8 (1987), Seite 37**

von Vermessungsdirektor Winfried Pompe, Mainz

Was sind die Flurbereiniger doch für schlechte Menschen!
Wenn man sich einen in vergangener Zeit als Folge ständiger Angriffe vielleicht das schlechte Gewissen plagte, so mag nunmehr einen jeden, der in diesem Geschäft tätig ist, das Grauen erfassen. Begriffe wie "Unzulänglichkeit der gesetzlichen Grundlagen", "Mängel im verwaltungsrechtlichen Vorgehen", "Planungswillkür", "eklatanter Verstoß gegen die Verfassung", "Wust an Papier", "Resignation", "ohnmächtige Hinnahme", "Nichtverstehen", "kein wirksamer Rechtsschutz" sind geeignet, den Flurbereiniger das Fürchten zu lehren. Da ist der Verfasser des Artikels nicht gerade zimperlich ans Werk gegangen. Aber eines hat er sicherlich dadurch erreicht: Mancher Leser stellt Überlegungen an, ob und inwieweit Möglichkeiten bestehen, den Umgang mit den Bürgern bei der Durchführung einer Flurbereinigung zu verbessern. Solche Überlegungen sind dem Grunde nach lobenswert. Der Verfasser wollte - wie er selbst anführt - Denkanstöße geben und nicht "Nestbeschmutzung" betreiben.

Zum Inhaltlichen seien einige Anmerkungen gemacht:

Es ist sicher einzuräumen, daß manche Teilnehmer eines Flurbereinigungsverfahrens Maßnahmen der Flurbereinigung als Enteignung empfinden mögen. Wenn auch durch die höchstrichterliche Rechtsprechung klargestellt ist, daß bei Wahrung des Prinzips der wertgleichen Abfindung der Tatbestand einer Enteignung nicht gegeben ist (vgl. u.a. BVerwG, Beschluß vom 20. März 1975 - VB 74.72 - = Recht der Landwirtschaft 1975, S. 271), so mag dies für den betroffenen Teilnehmer vielleicht nicht überzeugend wirken. Es wird aber in Frage gestellt, ob ein Behandeln dieser Thematik bereits in der Anfangsphase einer Flurbereinigung - etwa in der vom Verfasser vorgeschlagenen Aufklärungsversammlung - erfolgen sollte. Es darf nicht die Gefahr der Gegenwirkung verkannt werden, wenn Teilnehmer zum Zeitpunkt der Aufklärung mit Rechtsproblemen konfrontiert werden, die zum Inhalt haben, ob die Flurbereinigung eine Enteignung ist oder nicht.

Zumindest aber erscheint es fraglich, ob hierdurch spätere Rechtsbehelfsverfahren reduziert werden können.

Es ist dem Verfasser uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er ausführt, daß in der Begründung eines Einleitungsbeschlusses konkrete Ausführungen gemacht werden sollen, die sich mit dem jeweiligen Einzelfall des Verfahrens auseinandersetzen. Es muß auf jeden Fall vermieden werden, daß ein vorgefaßter Text als Begründung für eine Flurbereinigung verwendet wird, die für den jeweiligen Einzelfall nicht oder nur mit Einschränkungen zutrifft. Woraus der Verfasser aber das "verfassungsrechtliche Gebot" ableitet, "Kosten, Qualität und Quantität der möglichen und zulässigen Eigentumseingriffe darzutun", was er hierunter versteht und wie dies erfolgen soll - doch wohl nicht etwa im Einleitungsbeschluß? -, hat er nicht dargelegt.

Dem Vorschlag des Verfassers, eine Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Offenlegung des Planes nach § 41 FlurbG durchzuführen, sollte nähergetreten werden. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß hin und wieder Planungen des Wegenetzes der Planfeststellung unterzogen werden, die eine wertgleiche Abfindung im Einzelfalle nicht zulassen. Wenn auch nicht sichergestellt werden kann, daß alle diese Fälle bei einer Offenlegung ans Tageslicht geraten und vor der Planfeststellung noch bereinigt werden können, so wird doch sicherlich zumindestens ein Teil noch rechtzeitig erkannt werden können und eine spätere Änderung des bereits festgestellten Planes nach § 41 FlurbG entbehrlich machen.

Der "Wust von Papier" der maschinellen Computerausdrucke, der zur "Resignation" und "ohnmächtigen Hinnahme" führen soll, wird vom Verfasser sicher übertrieben dargestellt und überbewertet. Es wird eingeräumt, daß in vielen Fällen, insbesondere bei zahlreichen Nachtragsänderungen, die angeführten Abfindungsnachweise alten Stiles kaum noch verständlich waren. Dies bezieht sich aber nicht auf den eigentlichen Computerausdruck, sondern vielmehr auf die unterschiedliche Handhabung der Bearbeiter bei den handgeschriebenen Abrechnungen der Ausgleichs. Hier dürfte eine Besserung durch die neuen Muster der Abfindungsnachweise nach den Registerrichtlinien eingetreten sein. Der Verfasser hat nicht dargelegt, wie eine weitere Verbesserung erfolgen könnte.

Der Aussage, es bestehe trotz Rechtsschutzbedürfnisses kein wirksamer Rechtsschutz hinsichtlich der Ergebnisse der Wertermittlung, muß entgegengetreten werden. Selbstverständlich hat jeder Teilnehmer eines Flurbereinigungsverfahrens die Möglichkeit, auch die Altbesitzbewertung wirksam anzufechten. Wenn er von seiner Mitwirkungsbefugnis keinen Gebrauch macht, kann hieraus kein Verstoß gegen Rechtsstaatsprinzipien abgeleitet werden. Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer akzeptiert auch die festgestellten Ergebnisse der Wertermittlung, und die Anfechtung im Rahmen der Abfindung beschränkt sich auf Einzelfälle. Sicher mag es aus der Sicht einzelner Beteiligter begrüßenswert sein, wenn die Wertermittlung noch bei der Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes angefochten werden könnte. Dies ginge aber zu Lasten der übrigen Teilnehmer, weil die Verfahrensbearbeitung sich verzögern würde. Es entstünden nämlich bei der Abwicklung des Verfahrens erhebliche Probleme, wenn die Daten, auf denen die gesamte Abfindung aufbaut, zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes noch zulässigerweise anfechtbar wären.

Die Flurbereinigung ist in ihrer geschichtlichen Entwicklung stets Veränderungen im Prozeß der Demokratisierung unterworfen gewesen. Die Bestrebungen zu einem besseren Kontakt mit dem Bürger sind sicher positiv zu werten; es ist aber hierbei behutsam vorzugehen, damit nicht bei der Demokratisierung zuviel des

Guten getan wird. Die "totale Demokratie" in der Flurbereinigung wäre, daß alle Beteiligten über alle Anordnungen und Maßnahmen der Flurbereinigungsbehörde abstimmen könnten. Es ist offenkundig, daß ein solches Verfahren zum Scheitern verurteilt wäre. Demokratisieren wir die Flurbereinigung deshalb nur so weit, daß sie in ihrem Bestand nicht gefährdet ist!

**Anmerkungen zu dem Aufsatz "Krise der Landwirtschaft - Krise der Flurbereinigung? (Erfahrungen im Vorfeld von Bodenordnungsverfahren)",
abgedruckt in NLKV Heft 8 (1987), Seite 94 ff.**

von Regierungsdirektor Dr. Günter Müßig, Mainz

Hauser stellt in seinem Artikel sehr richtig fest "Das persönliche Gespräch mit Landwirten und Winzern ist nach wie vor die beste Methode, Vorurteile auszuräumen und Vertrauen in die Landeskulturbehörde zu wecken; es kann durch andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Artikel, Broschüren etc.) lediglich ergänzt, nicht aber ersetzt werden."

Damit wird die Antwort auf die gestellten Fragen weitgehend selbst gegeben, d.h. die aufgeworfenen Fragen hinsichtlich der **Verfahrenseinleitung** (Verhalten gegenüber Verpächtern), bei der **Selbstdarstellung** der Flurbereinigungsbehörde und bei der **Entbürokratisierung** muß die Flurbereinigungsbehörde für sich selbst beantworten; sie muß im konkreten Einzelfall in eigener Verantwortung handeln.

1) Zur Frage "Landwirt und Verpächter" bei der Einleitung von Verfahren:

Es ist nach meiner Auffassung aus rechtlichen und sachlichen Gründen nicht möglich, mit den Flurbereinigungskosten nur die Bewirtschafter, d.h. die Landwirte, zu belasten. Es kann doch wohl nicht richtig sein, z.B. einen 20-oder 40-ha - Besitzstand, der verpachtet ist, von den Flurbereinigungskosten freizustellen. Die Vorteile aus dem Flurbereinigungsverfahren kommen nicht nur den derzeitigen Bewirtschaftern, sondern auch den Eigentümern zu Gute. Die Flurbereinigungsmaßnahmen tragen zur Wertsteigerung, zumindest aber zur Vermögenserhaltung bei: arrundierte Flächen lassen sich in der Regel auch langfristig besser verpachten; kleinparzellierte Flächen (in Mittelgebirgslagen z.B.) drohen dagegen brachzufallen. Daß die Flurneuordnung meist Auswirkungen auf die Pachtpreise hat, sollte nicht verschwiegen werden. Die Flurbereinigungsbehörde hat bei der vorzuschlagenden Verfahrensart die Bewirtschaftungs-, die Eigentumsstruktur und die möglichen Kosten zu berücksichtigen. D.h., sind z.B. nur noch 2 oder 3 entwicklungsfähige Betriebe in einer Gemeinde (z.B. Mittelgebirgsgemeinde) vorhanden und der weitüberwiegende Teil der LN besteht aus Pachtflächen, so sollte kein allzu teures Flurbereinigungsverfahren durchgeführt werden, auch wenn ein optimaler Ausbau nicht erreicht wird. Einfache Verfahrensarten mit möglichst geringen Ausbaumaßnahmen mindern in der Regel den Widerstand von Verpächtern zur Einleitung von Verfahren.

2. Zur Frage "Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit"

Hauser geht m. E. fehl in der Annahme, daß Begriffe wie "Flurbereinigung", "Kulturamt" oder "AVP-Flurb" ursächlich seien für ein negatives Image in der Öffentlichkeit. Negativbeispiele in der praktischen Arbeit können der Landeskulturverwaltung viel mehr schaden als die Verwendung überlieferter Begriffe.

- 2.1 Es wird zwar eingeräumt, daß im allgemeinen Sprachgebrauch Flur-"bereinigung" oft negativ besetzt ist (es wird z.B. gleichgesetzt mit Ausräumung der Landschaft), aber es muß darauf verwiesen werden, daß es der im Gesetz eindeutig definierte Begriff ist. Allenfalls läßt sich noch nach § 1 FlurbG der Begriff "Neuordnung von ländlichem Grundbesitz" verwenden. "Bodenordnung" jedoch ist ein Ausdruck des Baugesetzbuches (BauGB), nicht aber des Flurbereinigungsgesetzes. Unser Ziel sollte aber sein, durch positive Beispiele zu einem positiven Image beizutragen.
- 2.2 "Kulturamt" ist eine überlieferte preußische aber korrekte Bezeichnung für die unteren Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörden. Sicherlich gibt es hier häufiger Mißverständnisse - zumal es in manchen Städten zwei Kulturämter gibt -, die durch den Zusatz "Landes-" (Kulturamt) ausgeräumt werden könnten. Die von Hauser vorgeschlagene Bezeichnung "Amt für Agrarordnung" ist sicher zu eng und wird der geleisteten Arbeit (z.B. auch im Hinblick auf die Landespflege) nicht gerecht. Auch ein Blick auf die übrigen Bundesländer zeigt, wie schwierig es offenbar ist, einen treffenden Namen zu finden.
- 2.3 Die AVP-Flurb dient wie ihre Vorgängerin, die AVP III, nicht nur der Einleitung von Flurbereinigungsverfahren, sondern erfaßt u.a. auch betriebswirtschaftliche Daten, die den landwirtschaftlichen Fachstellen den Einstieg in die Beratung einer ganzen Gemeinde ermöglichen. Als Ergebnis einer AVP kann herauskommen, daß ein Flurbereinigungsverfahren (derzeit) entbehrlich ist bzw. daß andere Maßnahmen vorgeschlagen werden. Aus diesem Grunde und als Einstieg in den zur Vorplanung vorgesehenen Gemeinden ist der Zusatz AVP-"Flurb" belastend. Insofern ist Hauser hier zuzustimmen. Es ist auch richtig, daß das gesamte Dienstleistungsangebot der Landeskulturbehörde von den Ämtern besser dargestellt werden muß. Die Tage der offenen Tür im letzten Jahr in mehreren Kulturämtern waren sicher ein guter Beitrag hierzu.

3. Zur Frage "Entbürokratisierung"

- 3.1 Hausers Forderung nach Entbürokratisierung der AVP könnte mißverstanden werden, in der Weise "Ballast" abzuwerfen, daß die AVP noch stärker zweckgerichtet wird auf ein Flurbereinigungsverfahren. Dies würde dann u. U. ein Weglassen von agrarischen Elementen und eine bloße Legitimation für ein bestimmtes Flurbereinigungsverfahren bedeuten. Dies kann sicher nicht gemeint sein. Sinnvoll wäre vielmehr eine flexiblere Handhabung der AVP durch Kulturämter und Bezirksregierung. In den VV AVP-Flurb vom 24.05.1983 ist mit der Gliederung lediglich ein Rahmen für die Vorplanung vorgegeben. Dies muß aber nicht heißen, daß in jedem einzelnen Fall immer alle Daten mit der gleichen Ausführlichkeit zu erheben und zu interpretieren sind. Es ist doch denkbar, daß im Einzelfall auf bestimmte Daten verzichtet werden kann, aber auch umgekehrt bestimmte Daten zusätzlich erhoben werden müssen.

Steht z.B. ein kleineres Zweckverfahren oder ein auch aus landespflegerischen Gründen in Betracht kommendes beschleunigtes Zusammenlegungsverfahren an, so kann die AVP sicher kürzer gehalten sein als bei einer integralen Maßnahme. Hier müßten die Kulturämter bei ihrem Antrag an die Bezirksregierung entsprechend Vorschläge (mit Begründung) abgeben; denn die Bezirksregierungen dürften doch auch an einer raschen und einfachen Erledigung der Vorplanungen interessiert sein.

- 3.2 Dagegen kann von einer Zustimmung der Bezirksregierung zur AVP m.E. aus Gründen des Arbeits- und Mitteleinsatzes nicht abgegangen werden, zumal diese Entscheidung nach Anfrage des Kulturamtes auch in kurzer Zeit erfolgen kann. Ein hoher Zeitaufwand ist dazu nicht erforderlich.
- 3.3 Die frühzeitige Einschaltung der anerkannten Landespflegeorganisationen ist als "vertrauensbildende Maßnahme" grundsätzlich zu begrüßen und sollte nicht in Frage gestellt werden, zumal damit rechtzeitig auf landespflegerische Besonderheiten im Planungsgebiet aufmerksam gemacht wird. Von Nachteil ist dagegen die strikte Bindung an die Vegetationsperiode. Diese sollte wieder aufgegeben werden, zumal die Verbände in der Regel ausreichende Kenntnisse über Fauna und Flora haben und diese auch ohne Beobachtung in der Vegetationsperiode den Kulturämtern zugänglich machen können. Diese Kenntnisse reichen für die AVP völlig aus, eine Präzisierung und Ergänzung kann bis zur Einleitung des Verfahrens und bis zur Planfeststellung (bzw. bis zum Ausbauplan) erfolgen.

4. Fazit

Der einzelne Mitarbeiter bei der unteren Flurbereinigungsbehörde ist bei Informationsveranstaltungen, bei der agrarstrukturellen Vorplanung und bei der Selbstdarstellung seiner Arbeit, und der der Kollegen, auf sich selbst gestellt; er muß überzeugen, auch anhand von positiven Beispielen, er muß sich das Vertrauen der Landwirte und Grundstückseigentümer erwerben. Die obere und die oberste Flurbereinigungsbehörde sollten seine Erfahrungen beachten; sie können durch Öffentlichkeitsarbeit und Kontakt mit anderen Behörden und Verbänden nur bedingt helfen.

Holzbestandsbeitrag in Waldflurbereinigungen zu Friedrich: "Waldflurbereinigung" in Heft Nr. 7, Seite 104

von Obervermessungsrat Klaus Wagner, Simmern

Herr Friedrich nannte seinen Beitrag im Untertitel einen Diskussionsbeitrag. Diese Diskussion möchte ich in einem Punkt aufnehmen.

Der bei der Berechnung des Abfindungsanspruches abgezogene "Holzbestandsbeitrag" stößt nicht auf allgemeine Zustimmung. So wird die Meinung vertreten, ein entschädigungsloser Wertabzug vom eingebrachten Aufwuchswert sei nicht zulässig, da hierfür die gesetzliche Grundlage fehle.

Dennoch halte ich die von Herrn Friedrich angewandte Methode für konsequent in bezug auf Landabzug. Hier wird nämlich Fläche, ausgedrückt in Werteinheiten, für die neuen Wege abgezogen. Damit ist aber auch, Vorwegausbau vorausgesetzt, der Aufwuchs beim allgemeinen Besitzübergang nicht mehr vorhanden. Er konnte von den Alteigentümern genutzt, d.h. verwertet werden. Sollte das zu Härten führen, sind diese im Flurbereinigungsverfahren auszugleichen. Auf jeden Fall hat damit der Alteigentümer eine um die neue Wegefläche verminderte Altfläche mit Aufwuchs eingebracht und nur dafür Abfindung in Holzwerten zu erhalten.

Wenn nun, wie Herr Friedrich vorschlägt, allen Beteiligten der "Holzbestandsbeitrag" gleichmäßig abgezogen wird, ist das verfahrensmäßig sicherlich am einfachsten zu handhaben und trifft in der überwiegenden Zahl der Fälle auch die tatsächlichen Verhältnisse. Doch bei einem Widerspruch gegen diesen Wertabzug ist der Einzelfall zu prüfen und man kann nicht, wie beim Landabzug, auf die Richtigkeit und ermessensfehlerfreie Berechnung verweisen.

Denn während beim Landabzug und vorausgesetzten Vorwegausbau der Unterschied lediglich darin besteht, daß jeder Beteiligte unterschiedlich vom Ausbau und damit vorübergehend vom Landentzug betroffen ist, liegt der Fall bei den Holzbeständen anders.

Zwar hat jeder die Möglichkeit, sein in den Wegetrassen aufstehendes Holz zu werben und einen entsprechenden Erlös zu erzielen. Wie aber, wenn das vom Ausbau betroffene Grundstück eins der wertlosesten eines ansonsten wertvollen Altbestandes ist, oder wenn ein Beteiligter gar überhaupt nicht vom Vorwegausbau betroffen ist. In diesen Fällen ist ein "Holzbestandsbeitrag" wohl nicht haltbar.

Da diese Fälle ebenso wie die gegenteiligen Fälle, aber die Ausnahmen bilden, müssen sie, soweit sie eine Härte bedeuten, ausgeglichen werden. Ein genereller Ausgleich aller in die Wegtrasse fallenden Holzwerte, wie von anderer Seite auch schon gefordert wurde, kann auf keinen Fall richtig sein. Dies würde Waldflurbereinigungen unerträglich teuer machen und damit zum Erliegen bringen. Das hat Herr Friedrich beispielhaft nachgewiesen. Nachgerechnet an einem Verfahren im Kulturamtsbezirk Simmern hätte das eine Verteuerung um rund 400,-- DM/ha kostenpflichtiger Waldfläche bedeutet.

Um in Zukunft so weiter verfahren zu können oder aber die Finanzierung anzupassen, hofft der Verfasser nun auf eine Diskussion aus rechtlicher Sicht.

AUS DER RECHTSPRECHUNG

Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

von Ministerialrat Herbert Staab, Mainz

Im 8. Heft 1987 wurde auf Seite 105 Ziff. 4 das Urteil des Flurbereinigungsgerichts Koblenz vom 17.07.1987 - 9 C 1/87 - auszugsweise wiedergegeben. Die hiergegen von der Teilnehmergeinschaft erhobene Nichtzulassungsbeschwerde wurde durch Beschluß des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.01.1988 - 5 B 114.87 - zurückgewiesen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in den Gründen u.a. ausgeführt:

Die Rechte, die der Teilnehmergeinschaft als einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 16 Satz 2 FlurbG) zustehen, erklären sich aus den ihr zugewiesenen Aufgaben, die § 18 Abs. 1 Satz 1 FlurbG allgemein als Wahrnehmung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Teilnehmer kennzeichnet. Soweit sich die Klägerin mit ihrer Klage "gegen einen unvertretbar hohen Landabzug wendet", geht es nicht um die klageweise Wahrung und Durchsetzung solcher gemeinschaftlicher Angelegenheiten. Nach den tatsächlichen Feststellungen des Flurbereinigungsgerechts, von denen der Senat nach § 137 Abs. 2 VwGO ausgehen muß, weil Verfahrensrügen nicht erhoben worden sind, stellen sich die streitgegenständlichen Krautstreifen nicht als gemeinschaftliche, sondern als öffentliche Anlage dar, für die unmittelbar das Eigentum des beklagten Landes -Forstverwaltung - begründet worden ist (Urteilsabdruck S. 7 f.). Als Rechtsgrundlage für die diese Flächen betreffende Regelung kommt allein § 40 FlurbG in Betracht, der die Flurbereinigungsbehörde ermächtigt, für dem öffentlichen Interesse dienende Anlagen Land in verhältnismäßig geringem Umfange bereitzustellen. Die auf einer solchen Bereitstellung beruhenden Landabzüge berühren die Abfindung der einzelnen Teilnehmer (s. § 44 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 47 Abs. 1 Satz 1 FlurbG) und können von diesen, wie das Flurbereinigungsgericht (auf S. 7 seines Urteils) zutreffend angenommen hat, im Rahmen der Anfechtung der ihnen zugewiesenen Landabfindung der gerichtlichen Überprüfung zugeführt werden. Bei der Beanstandung solcher Landabzüge handelt es sich deshalb nicht um die Wahrnehmung einer gemeinschaftlichen Angelegenheit im Sinne des § 18 Abs. 1 Satz 1 FlurbG, sondern um eine Angelegenheit jedes einzelnen Teilnehmers selbst.

Das gleiche gilt, soweit die Klägerin weiter geltend macht, durch die geplanten Krautstreifen würden die "angrenzenden Weinberglagen wesentlich beeinträchtigt". Die Auswirkungen dieser Streifen für das "Landschaftsbild des Flurbereinigungsgebietes", die die Klägerin außerdem befürchtet, betreffen nicht spezifische Interessen der Teilnehmergeinschaft, sondern Interessen der Allgemeinheit, deren Wahrung nicht der Teilnehmergeinschaft anvertraut ist. Auch unter diesem Gesichtspunkt scheidet deshalb die Annahme eines Klagerechts der Klägerin im vorliegenden Verfahren aus.

Anmerkung:

Es ist darauf hinzuweisen, daß das Bundesverwaltungsgericht die Klagebefugnis der Teilnehmergeinschaft hinsichtlich der Landbereitstellung nach § 40 FlurbG ausdrücklich verneint. Es wird auch eine deutliche Unterscheidung zwischen dem spezifischen Interesse der Teilnehmergeinschaft einerseits sowie dem Interesse der Teilnehmer und dem Interesse der Allgemeinheit vorgenommen.

Aus den Entscheidungen des Flurbereinigungsgerichts Koblenz

1. Zum Begriff "Gemeinde kleineren Umfangs" (§ 86 Abs. 3 FlurbG) Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 29.07.1987 - 9 C 53/86 -

Aus den Gründen:

Es ist davon auszugehen, daß es sich bei dem von der Flurbereinigung erfaßten Gebiet um eine Gemeinde kleineren Umfangs im Sinne von § 86 Abs. 3 Satz 1 FlurbG handelt, da die Gemarkungsfläche in P. mit 550 ha durch Ausschluß eines 234 ha großen Flächenanteils, der im Jahre 1968 einer Waldflurbereinigung unterlegen hat, lediglich mit 316 ha von dem Flurbereinigungsverfahren erfaßt wird. Zudem wird ausweislich der vorliegenden Übersichtskarte nur etwa die Hälfte des Verfahrensgebietes land- oder forstwirtschaftlich genutzt, während die andere Hälfte von den drei Ortsteilen P.W. und N. mit weitreichender und unregelmäßig in die Feldfluren hineinragender Wohnbebauung geprägt ist. Außerdem ist nach den Ermittlungsergebnissen der agrarstrukturellen Vorplanung III davon auszugehen, daß in dem Verfahrensgebiet an sich eine klassische Flurbereinigung nach § 1 FlurbG durchzuführen ist. Daraus folgt aber, daß das vereinfachte Verfahren nach § 86 Abs. 3 FlurbG mit den gegenüber einem klassischen Verfahren nach § 1 FlurbG niedriger anzusetzenden Bereinigungsvoraussetzungen ein Minus darstellt, daß die Bereinigungsvoraussetzungen nach dem FlurbG auch für das vorliegende Verfahren erfüllt sind.

Anmerkung:

Das Flurbereinigungsgericht stellt bei seiner Prüfung das Tatbestandsmerkmal "Gemeinde kleineren Umfangs" nicht auf die Größe der Gemarkung oder der bebauten Fläche ab, sondern auf den Umfang der Gemarkungsfläche, der land- und forstwirtschaftlich genutzt wird und dem vereinfachten Flurbereinigungsverfahren unterzogen werden soll.

Bemerkenswert ist, daß es sich nicht damit auseinandersetzt, ob eine Regelflurbereinigung hätte durchgeführt werden müssen, weil nach der agrarstrukturellen Vorplanung eine Regelflurbereinigung als einzig sinnvolle Verfahrensart vorgeschlagen worden war. Es wird lediglich festgestellt, daß - wegen der geringen Einleitungsvoraussetzungen - auch eine vereinfachte Flurbereinigung nach § 86 Abs. 3 FlurbG zulässig war.

2. Im Rahmen der Vollstreckung von Verwaltungsakten können die Rechtsbehelfe der Zivilprozeßordnung nicht herangezogen werden.

Vollstreckungsschutz kann dabei nach den Bestimmungen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes gewährt werden.

Flurbereinigungsgericht Koblenz, Beschluß vom 10.11.1986 - 9 B 8/86 -.

Aus den Gründen

Der Antrag der Antragsteller, die Zwangsvollstreckung wegen einer Geldausgleichsforderung in Höhe von 1.462,02 DM einstweilen auszusetzen, führt nicht zum Erfolg.

Nach § 769 Abs. 1 Satz 1 ZPO in Verbindung mit §§ 167 Abs. 1 Satz 1 VwGO kann zwar das Prozeßgericht auf Antrag anordnen, daß die Zwangsvollstreckung bis zur Entscheidung über die erhobene Vollstreckungsgegenklage mit oder ohne Sicherheitsleistung eingestellt wird. Diese Voraussetzungen liegen hier jedoch nicht vor, da die von den Antragstellern erhobene Vollstreckungsgegenklage offensichtlich unzulässig ist. Denn es besteht kein Rechtsschutzbedürfnis dafür "die Zwangsvollstreckung aus dem gerichtlichen Vergleich vom 18. Oktober 1983" für unzulässig erklären zu lassen, da diese unstreitig nicht aus dem Vergleich selbst, sondern aus einem Verwaltungsakt, nämlich aus dem Flurbereinigungsplan in Gestalt des Nachtrages X, betrieben wird.

Aber selbst wenn die Antragsteller ihre Vollstreckungsgegenklage darauf richteten, daß die Zwangsvollstreckung aus dem Flurbereinigungsplan in Gestalt des Nachtrages X für unzulässig erklärt werde, könnte die Bestimmung des § 769 Abs. 1 ZPO ebenfalls nicht in Betracht kommen. Denn es ist ständige Rechtsprechung des erkennenden Gerichts, daß die Rechtsbehelfe der Zivilprozeßordnung nicht etwa auch im Rahmen der Vollstreckung von Verwaltungsakten herangezogen werden können (vgl. Beschluß des OVG Rh-Pf vom 17. November 1981 - 1 B 60/81 - in AS 17, 124 ff. mit weiterem Rechtsprechungs- und Schrifttumsnachweis). In diesen Fällen ist nämlich Grundlage der Vollstreckung ein Schuldtitel, den sich die Verwaltung in Ausübung ihrer hoheitlichen Befugnisse selbst geschaffen hat, und nicht etwa ein aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung titulierter Anspruch, dessen Vollstreckbarkeit nur durch ein Gericht im Wege der Vollstreckungsgegenklage beseitigt werden kann. Vollstreckungsschutz kann daher im vorliegenden Fall nur nach den Bestimmungen des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes gewährt werden. Die Anwendung dieser gesetzlichen Bestimmungen für die Flurbereinigung folgt aus § 136 Abs. 1 Satz 2 FlurbG, wonach Geldforderungen der Teilnehmergemeinschaft im Verwaltungszwangverfahren wie Gemeindeabgaben vollstreckt werden. Bei dem hier in Rede stehenden Geldausgleich handelt es sich unzweifelhaft um eine Geldforderung der Teilnehmergemeinschaft. Diese wird zwar im Flurbereinigungsplan festgesetzt, die Teilnehmergemeinschaft ist jedoch nach § 18 Abs. 1 Satz 3 FlurbG die Gläubigerin einer solchen Forderung, da sie die im Verfahren festgesetzten Zahlungen einzufordern hat. Das bedeutet, daß den Antragstellern im vorliegenden Fall nach § 16 Abs. 2 VVG die Möglichkeit eröffnet ist, die Zwangsvollstreckung aus dem Flurbereinigungsplan in Gestalt des Nachtrages X für unzulässig erklären zu lassen. Nach dieser Bestimmung sind Einwendungen, die den Anspruch selbst betreffen, bei der Behörde - hier: bei der Flurbereinigungsbehörde - geltend zu machen, die den Verwaltungsakt erlassen hat. Die Einwendungen sind nur zulässig, soweit die Gründe, auf denen sie beruhen, nach Erlaß

des Verwaltungsaktes entstanden sind und durch Anfechtung nicht mehr geltend gemacht werden können. Das Begehren des Vollstreckungsschuldners nach § 16 Abs. 2 VVG, die Vollstreckung für unzulässig zu erklären, ist als ein Antrag auf Erlaß eines gestaltenden Verwaltungsaktes anzusehen. Die richtige Klageart nach erfolglosem Vorverfahren ist daher in diesem Fall die Verpflichtungsklage nach § 42 Abs. 1 VwGO (vgl. Beschluß des OVG Rh-Pf vom 17. November 1981, a.a.O.). Einstweiliger Rechtsschutz in Anlehnung an diesen Verpflichtungsantrag ist somit lediglich aufgrund eines Antrages auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung nach § 123 Abs. 1 VwGO möglich. Aber selbst bei Umdeutung ihres auf sofortigen Vollstreckungsschutz gerichteten Antrages könnte ihr Begehren auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung nicht zum Erfolg führen.

Entgegen der Auffassung der Antragsteller kann ihr Begehren auf einstweiligen Vollstreckungsschutz auch nicht etwa auf die Bestimmungen der §§ 14, 24 des VVG gestützt werden. Abgesehen davon, daß die in diesen Vorschriften vorgesehene Einstellung, Beschränkung oder Aufhebung der Vollstreckung durch die Vollstreckungsbehörde selbst und nicht etwa durch ein Gericht anzuordnen ist, liegen die sachlichen Voraussetzungen hierfür nicht vor. Nichts anderes gilt für die Bestimmung des § 16 Abs. 5 Satz 2 VVG, zumal gegen den vollstreckbaren Verwaltungsakt keine Anfechtungsklage erhoben worden ist und eine solche Klage auch nicht erhoben werden kann.

Anmerkung:

Nach einem zur Beendigung eines Verwaltungsrechtsstreits vor dem Flurbereinigungsgericht abgeschlossenen Vergleichs sollten die Antragsteller ein Grundstück gegen einen "ermäßigten" Geldausgleich erhalten. Dieser Vergleich wurde in einem Nachtrag zum Flurbereinigungsplan gewahrt. Die Antragsteller zahlten einen Teilbetrag, lehnten aber die Restzahlung ab mit dem Hinweis, daß der Vergleich wegen arglistiger Täuschung angefochten werde.

Die Flurbereinigungsbehörde ersuchte die Verbandsgemeinde, den Restbetrag im Wege der Zwangsvollstreckung beizutreiben. Daraufhin erhoben die Antragsteller Klage vor dem Flurbereinigungsgericht mit dem Antrag, die Zwangsvollstreckung aus dem gerichtlichen Vergleich für unzulässig zu erklären. Gleichzeitig beantragten sie, ihnen sofortigen Vollstreckungsschutz zu gewähren und die Zwangsvollstreckung einstweilen auszusetzen.

Das Gericht hat den Antrag auf einstweilige Aussetzung der Zwangsvollstreckung als unzulässig abgelehnt.

Zur Begründung wird u.a. angeführt, daß die Forderung, deretwegen die Vollstreckung betrieben wurde, ihre Rechtsgrundlage in dem gerichtlichen Vergleich habe und dieser nicht beseitigt worden sei. Den durch Prozeßvergleich beendeten Verwaltungsrechtsstreit hätten sie nämlich nicht wieder aufgenommen, um die Frage der Rechtswirksamkeit des Vergleichs zu klären.

Aus der Praxis der Spruchstelle für Flurbereinigung

1. Nutzungsart "Ackergrünland" als Gegenstand der Wertermittlung

Nach § 44 Abs. 4 FlurbG soll die Landabfindung eines Teilnehmers u.a. in der Nutzungsart seinen alten Grundstücken entsprechen.

Teilweise werden jedoch die ackerfähigen Flächen - soweit sie zum Zeitpunkt der Wertermittlung als Grünland genutzt werden - nicht besonders erfaßt. Es findet nur die zum Zeitpunkt der Durchführung der Wertermittlung bestehende Nutzung Eingang in die Ergebnisse der Wertermittlung. Unberücksichtigt bleibt dabei, welche als Grünland erfaßte Flächen auch ackerfähig sein können. Die Ackerfähigkeit dieser Flächen wird dann bei der Gestaltung der Abfindung oft vernachlässigt bzw. nicht berücksichtigt. Die dann aufgrund der Einstufung bei der Wertermittlung vorgenommenen Nutzungsartengegenüberstellungen bei den vorzulegenden Widersprüchen gegen den Flurbereinigungsplan sind damit in der Regel wertlos. Es empfiehlt sich deshalb, das ackerfähige Grünland etwa unter der Bezeichnung - AGR - bereits bei der Wertermittlung gesondert zu erfassen. Der Streit über die Ackerfähigkeit wird dann in den Verfahrensabschnitt "Wertermittlung" vorverlagert. Das Acker/Grünlandverhältnis kann somit bei der Abfindungsgestaltung auf gesicherter Grundlage berücksichtigt werden.

Hinzuweisen ist jedoch, daß - wenn durch Maßnahmen der Flurbereinigung aus bisherigem Grünland ackerfähiges Land gemacht wird - dieser Umstand für die Bewertung der Einlagegrundstücke unberücksichtigt bleiben muß; dagegen ist dem Empfänger dieser Flächen "AGR" anzurechnen (vgl. hierzu auch Bundesverwaltungsgericht, Urteil vom 28.03.1974 - V C 33.72 = RdL 1974, S. 214 und Urteil vom 17.04.1975 - V C 38.74 = RdL 1975, S. 242 = RzF 27, S. 31).

2. Wertermittlung von Ortsrandflächen

In einigen Flurbereinigungsverfahren werden bei der Wertermittlung am Ortsrand, aber im Außenbereich (d.h. nach dem Flächennutzungsplan "landwirtschaftlich zu nutzende Flächen"), "Ortsrandklassen" gebildet. Diese werden mit einer Wertzahl versehen, die erheblich über dem landwirtschaftlichen Nutzwert liegt.

Diese Handhabung mag die Abfindungsgestaltung erleichtern, steht aber mit dem Flurbereinigungsgesetz (§ 28 Abs. 1) nicht in Einklang und ist daher abzulehnen. Es können sich daraus erhebliche rechtliche Schwierigkeiten ergeben, zumal die Abgrenzung zur übrigen LN meist problematisch ist. Im Flächennutzungsplan festgelegte Abgrenzungen sind in der Regel eindeutig und nachvollziehbar. Vom Kulturrat festgelegte Wertgrenzen innerhalb der LN sind dagegen, auch wenn sie mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft oder der Gemeinde abgestimmt sind, oft unklar und willkürlich.

Beispiel:

Im Flurbereinigungsverfahren L. wurden innerhalb der Ortslage und dem nach dem

Flächennutzungsplan ausgewiesenen Baugelände verschiedene Ortslagenklassen gebildet. Darüber hinaus wurden sogenannte "Anschlußflächen", die nach dem Flächennutzungsplan als landwirtschaftlich zu nutzend eingestuft waren, ungleich behandelt: d.h. ein Teil wurde (auf Empfehlung der Ortsgemeinde) nach landwirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet, ein Teil in die niedrigste Ortslagenklasse eingestuft.

Nach § 28 FlurbG ist die Wertermittlung für landwirtschaftlich genutzte Flurstücke nach dem Nutzen zu ermitteln; nach § 29 FlurbG hat die Wertermittlung für Bauflächen und Bauland auf der Grundlage des Verkehrswertes zu erfolgen. Dies ist eine klare Aussage: für die Berücksichtigung des Verkehrswertes bei landwirtschaftlich zu nutzenden Flächen bleibt kein Raum. Der gegebenenfalls besondere Wert von ortsnahen, landwirtschaftlich genutzten Flächen ist ein abfindungserheblicher Umstand und ist bei der Abfindungsgestaltung zu berücksichtigen (vgl. § 44 Abs. 2 und 4 FlurbG).

Im vorliegenden Fall war der Widerspruch eines Teilnehmers, gegen die Wertermittlung seines an die Ortslage angrenzenden Flurstückes, das nach dem landwirtschaftlichen Nutzwert bewertet war, unbegründet. Dagegen hätte ein Widerspruch gegen die benachbarte Fläche, die in eine Ortslagenklasse eingewertet war, obwohl sie im Außenbereich liegt, zum Erfolg führen müssen.

Derartige Ortsrandklassen können auch bei der Abfindungsgestaltung zu Schwierigkeiten führen, wenn ein Teilnehmer an der äußeren (willkürlichen) Grenze zur übrigen LN verändert wird: Es können dabei erhebliche Flächenverluste bzw. -gewinne eintreten, die einer wertgleichen Abfindung (§ 44 Abs. 1 FlurbG) widersprechen.

BUCHBESPRECHUNGEN

Neue Wege in der Flurbereinigung BUND-positionen 15

1. Aufl. 1987, 44 Seiten, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Im Rheingarten 7, 5300 Bonn 3, 4,-- DM

Diese Broschüre enthält einen Vorschlag zur Neufassung des FlurbG, der von der Arbeitsgruppe "Flurbereinigung" des BUND Arbeitskreises "Landwirtschaft" in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft und der Interessengemeinschaft Bayerischer Bauern gegen die Flurbereinigung erarbeitet wurde und unter dem Motto "Demokratisierung und Ökologisierung des Flurbereinigungsgesetzes" steht.

In einem einleitenden Text werden die bekannten Vorwürfe gegen die Flurbereinigung wiederholt:

Diese führe zur Beschleunigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft, erfolge gegen den Willen und ohne ausreichende Einflußmöglichkeit der Beteiligten, sei Gehilfe landbeanspruchender Institutionen, fördere die Intensivierung der Agrarproduktion, gefährde den Naturhaushalt, verdränge den Naturschutz auf Restflächen und sei auch ökonomisch unsinnig.

Anschließend werden die Forderungen an die Flurbereinigung zunächst allgemein formuliert. Schließlich wird den einzelnen zu ändernden §§ des FlurbG eine geänderte Fassung gegenübergestellt.

Wesentlich sind insbesondere folgende Änderungsvorstellungen:

Anordnung der Flurbereinigung nur nach schriftlichem Antrag von mindestens 75 % der voraussichtlich Beteiligten; Einstellung der Flurbereinigung, wenn die Mehrheit der betroffenen Grundstückseigentümer es verlangt; Wirksamkeit von Wertermittlung, Plan nach § 41 FlurbG und Flurbereinigungsplan nur, wenn die Mehrheit der betroffenen Grundstückseigentümer zustimmt; Zulässigkeit von Veränderungen im Flurbereinigungsgebiet nur, soweit sie am wirtschaftlichen Interesse der Beteiligten ausgerichtet sind und notwendig werden, um die Bedingungen für eine umweltverträgliche Land- und Forstwirtschaft zu schaffen. Der Sinn der Flurbereinigung wird gesehen in der Zusammenlegung, bei der allerdings die Gesamtlänge der Randstreifen der einzelnen Schläge nicht verringert werden soll, in der Sanierung des von der Flurbereinigung alter Prägung ausgeräumten Kulturlandes, in der Bereitstellung von Flächen für Belange des Naturschutzes und in der Neuansiedlung landwirtschaftlicher Betriebe.

Die Änderungsvorstellungen erscheinen unpraktikabel und auch von der Gesetzestechnik her unkonventionell. Sie dürften im Bundestag in dieser Form nicht mehrheitsfähig sein.

Gernot Schauß

LITERATURÜBERSICHT

von Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

Recht der Landwirtschaft

- | | |
|---------------|--|
| Kraffert, W.: | Freikauf vom Landabzug in der Unternehmensflurbereinigung, Heft 9, 1987, S. 227 |
| Zillien, F.: | Änderungsvorschriften des Landespflegegesetzes von Rheinland-Pfalz Heft 10, 1987, S. 253 |

Zeitschrift für Flurbereinigung und Kulturtechnik

- Grubinger, H.: Kulturtechnik und Flurbereinigung in alpinen Landschaften, Heft 5, 1987, S. 274
- Flury, U.: Strukturverbesserung durch Kulturtechnik und Flurbereinigung im Schweizerischen Berggebiet, Heft 5, 1987, S. 291
- Schmid, W.A.: Ökologie, Planung und Umweltschutz, Heft 5, 1987, S. 298
- Flury, A. u.a.: Bilanzierung der Stärken und Schwächen von Güterzusammenlegungen, Heft 5, 1987, S. 303
- Kronsteiner, O.: Probleme und Ziele der agrarischen Operationen in Österreich, Heft 5, 1987, S. 310
- Berger, H.-P. u. Müller, U.: Meliorative Maßnahmen im Bereich Wasser und Boden, Heft 5, 1987, S. 353

Vermessungswesen und Raumordnung

- Gipper, A.: Flurbereinigung mit Dorferneuerung - Notwendige Folge von Verkehrsplanungen, Heft 6/7, 1987, S. 335
- Zillien, F.: Weinbergsflurbereinigung unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Belange, Heft 6/7, 1987, S. 375

Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik

- Zollinger, Z.: Mit neuer Technik der Tiefenlockerung gegen verdichtete Böden, Heft 9, 1987 S. 343
- Flury, W. u.a.: Der sechste Landwirtschaftsbericht des Bundesrates und seine Bedeutung für das Meliorationswesen, Heft 10, 1987, S. 383
- Meier, U.: Neue Akzente und Schwerpunkte im Meliorationswesen des Kantons Bern, Heft 11, 1987, S. 419

Mitteilungsblatt des Deutschen Vereins für Vermessungswesen - Bayern

- Schmitt, H.: Neue Wege der Agrar- und Umweltpolitik - Konsequenzen für die Flurbereinigung in Bayern, Heft 3, 1987
- Manger, R.: Neue Wege der Agrar- und Umweltpolitik - Konsequenzen für die Flurbereinigung

Nachrichtenblatt der Kataster- und Vermessungsverwaltung Rheinland-Pfalz

- Bartz, G.: Das Baugesetzbuch, Ziele und Regelungsschwerpunkte, Auswirkungen auf Bodenordnung und Wertermittlung, Heft 3, 1987

Tiefbau - BG

- Vidal, H.: Entwicklungsgeschichte des Bauverfahrens "Bewehrte Erde", Heft 10, 1987, S. 634
- Hahn, V.: Positive und negative Entwicklung der EDV im Bauwesen, Heft 10, 1987, S. 687

Die Naturstein-Industrie

- Weiler, A.: Fugensanierung für Pflasterflächen, Heft 5, 1987, S. 46

Wasser und Boden

- Gerdes, H.: Zur Einbeziehung des Brückenstaus in die hydraulische Berechnung offener Gerinne, Heft 3, 1987, S. 127
- Brandt, T.: Schutzwirkung von Hochwasserrückhaltebecken kleiner Einzugsgebiete, Heft 9, 1987, S. 466
- Mayer, E.: Der Einfluß einer mechanischen Entkrautungsmaßnahme auf Hydrographie, Chemie und Makrozoobenthon eines Entwässerungsgrabens, Heft 2, 1987, S. 75
- Wolf, H.: Der naturgemäße Wasserbau in Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften, Heft 3, 1987, S. 131

Bitumen

- Kleffner, H.-J.: Nahtherstellung bei Fahrbahndecken aus Asphalt, Heft 2, 1987, S. 67
- Karlhofer, J.: Wiederherstellung von bituminösen Befestigungen über Leitungsgräben in der Stadt Münster, Heft 2, 1987, S. 70

Die Asphaltstraße

- Eumann, H.G.: Asphalt Kolloquium: Stätte der Begegnung - Zusammenfassung der Referate und der sich daran angeschlossenen Diskussionen, Heft 8, 1987, S. 12

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 113 bis 118

Rheinische Bauernzeitung

- Zillien, F.: Im Einzelinteresse und zum Wohl der Allgemeinheit, Nr. 36, 1987
- Roos, P.: Viehweidetränkanlagen werden auch weiterhin durch Zuschüsse gefördert, Nr. 45, 1987
- Roos, P.: Instandhaltung und Instandsetzung von wasserwirtschaftlichen Anlagen auf Acker und Grünland, Nr. 46, 1987

Donnersberg - Jahrbuch 1988

- Zillien, F.: Innere Kolonisation - Das Beispiel Füllenweide

Heimatjahrbuch 1988 Landkreis Alzey - Worms

- Zillien, F.: Stumme Zeugen vergangener Kulturepochen - Steindenkmäler unserer Heimat -

EHRUNGEN

Leiter der Abteilung Landeskultur Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt im Ruhestand

Im Rahmen einer Feierstunde verabschiedete Landwirtschaftsminister Dieter Ziegler den langjährigen Leiter der Abteilung Landeskultur, Ministerialdirigent Dr. Otto Jestaedt, in den Ruhestand.

Nach dem Studium der Agrarwissenschaften und Promotion in Gießen begann Dr. Jestaedt seine berufliche Tätigkeit 1953 bei der Landsiedlung Rheinland-Pfalz. 1957 übernahm er die Leitung des Kulturamtes Prüm, 1965 die des Kulturamtes Trier. 1969 wurde ihm die kommissarische Leitung der Unterabteilung "Siedlungs- und Bodenreform" im Ministerium übertragen; zum Abteilungsleiter der Abteilung Landeskultur wurde Dr. Jestaedt 1974 ernannt.

Seine Jahre als Abteilungsleiter waren bestimmt von einer Neuorientierung der Aufgaben und Ziele ländlicher Bodenordnung. Der tiefgreifende Strukturwandel in der Landwirtschaft einerseits sowie das wachsende Umweltbewußtsein mit seinen Forderungen an die Nutzung und Gestaltung der Landschaft andererseits waren hierfür maßgebend. Diesem Zielwandel trug auch das 1976 neugefaßte Flurbereinigungs-gesetz Rechnung, in dem neben den agrarischen Auftrag der Bodenordnung gleichrangig die "Förderung der Landeskultur" und die "Landentwicklung" traten.

Dr. Jestaedt habe an dieser inzwischen erfolgreich praktizierten Neuorientierung einen entscheidenden Anteil, würdigte Minister Ziegler. Seinem Bemühen sei es zu verdanken, daß die Landespflege in die Kulturämter eingebracht wurde. Auch die Dorferneuerung sei aufgrund des Engagements von Dr. Jestaedt zu einem wichtigen Tätigkeitsfeld der Kulturämter geworden. Dr. Jestaedt habe mit seinem Wirken dazu beigetragen, die Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu verbessern.

Nachfolger von Dr. Jestaedt im Amt des Abteilungsleiters "Landeskultur" wird der bisherige Leiter des Kulturamtes Worms, Leitender Regierungsdirektor Felix Zillien.

Neben Minister Ziegler sprachen Grußworte:

Herr MdB Günther Scharz	als Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz und Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau
Herr Bernhard Niesen	Bund der Technischen Beamten Rheinland-Pfalz
Herr Dr. Willy Schuy	Vorsitzender der Landesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung
Herr Heinz Andrä	Vorsitzender des Hauptpersonalrates des Ministeriums
Herr Felix Zillien	Leiter des Kulturamtes Worms als Sprecher der neun Kulturämter
Frau Helma Schmitt, MdL	Vorsitzende des Ausschusses für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten
Herr Dr. Günther Brack	Abteilungsleiter, als Sprecher der Abteilungsleiter des Ministeriums
Herr Reinhold Mühlmeier	Geschäftsführer der Landsiedlung Rheinland-Pfalz
Herr Werner Rahn	Vorsitzender des Bauernverbandes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz e.V.

INFORMATIONEN AUS DER LKV

Fünzigtausend Bäume und Sträucher im Rahmen der Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" gepflanzt

Die im April 1987 eingeführte Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" hatte einen guten Auftakt. Bis Ende letzten Jahres sind in 32 Flurbereinigungsverfahren von 1.120 Teilnehmern insgesamt 50.000 Bäume und Sträucher auf Privatgrundstücken gepflanzt worden. Pflanzgut, Baumpfähle und Verbißschutz im Wert von rd. 481.000 DM haben die Teilnehmergemeinschaften unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Betrachtet man die Ergebnisse der Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" getrennt nach Regierungsbezirken, so fällt auf, daß sie im Regierungsbezirk Trier besonders großen Anklang gefunden hat.

Bereich	Verfahren	Teilnehmer	Gehölze	Kosten
Trier	14	716	37.688	338.105
Koblenz	10	308	10.984	125.459
Rheinhausen-Pfalz	8	96	1.242	17.138
Land	32	1.120	49.914	480.702

"Tabellenführer" bei den Kulturämtern ist mit weitem Abstand das Kulturamt Trier. In seinem Dienstbezirk wurden insgesamt 31.800 Gehölze (7.200 Bäume und 24.600 Sträucher) gepflanzt. Dieser Erfolg beruht - wie aus dem Bericht des Kulturamtes Trier zu entnehmen ist - nicht allein auf den günstigen landschaftlichen Bedingungen des Trierer Raumes, sondern zu einem großen Stück auch auf dem lobenswerten Engagement der mit der Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" befaßten Bediensteten.

Das Ministerium sieht in der Aktion "Mehr Grün durch Flurbereinigung" eine gute Möglichkeit, in der Flurbereinigung unter aktiver Mithilfe der Bürger die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege wirkungsvoll zu unterstützen. Es sollte deshalb in Zukunft alles daran gesetzt werden, den Erfolg dieser Aktion weiter zu steigern.

Günter Emig

100-jähriges Bestehen des Kulturamtes Trier

Die älteste Landeskulturbehörde, das Kulturamt Trier, ist 1887 gegründet worden. Damals galt das Bestreben der Zusammenlegung der stark zersplitterten Grundbesitze. Die Aufgabenbereiche veränderten sich in den folgenden Jahren. Die Bedeutung des Kulturamtes Trier blieb aber durch 100 Jahre hindurch bestehen. In einer Feierstunde im Trierer Scandic-Crown-Hotel wurden die Leistungen gewürdigt. Staatsminister Dieter Ziegler vom Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten ging in seiner Festansprache auf die gewandelten und neuen Aufgaben der Landeskulturverwaltung ein.

Eingliederung von Heimatvertriebenen und Mitarbeit bei der Aussiedlung von Betrieben kamen nach dem Zweiten Weltkrieg als zusätzliche Aufgaben auf das Kulturamt zu. Später ergänzten die Förderung des landwirtschaftlichen Wegebbaus und die Dorferneuerung den umfangreichen Aufgabenkatalog des Amtes.

Besonders hoch einzuschätzen sei die Leistungsbilanz des Kulturamtes Trier. "Dieses Amt hat die Bereinigung von 115 000 Hektar Fläche, davon 4300 Hektar Rebfläche, geleitet und zudem an mehr als 1500 Verfahren einzelbetrieblicher Förderungsmaßnahmen mitgewirkt", betonte der Minister. Zudem habe diese Einrichtung an Bauleitplänen und Straßenbaumaßnahmen mitgearbeitet. Ziel der Arbeit des Kulturamtes sei die umfassende Verbesserung der Struktur der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe gewesen. "Hier ging es in erster Linie darum, Arbeitsaufwand zu verringern und die Lebensbedingungen in der Landwirtschaft zu steigern", faßte Minister Ziegler zusammen.

Einen wichtigen Rang nahmen heute die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege ein. Die Erhaltung und Verbesserung der Landschaft müsse auch von den Kulturämtern angestrebt werden. In der Agrarpolitik werde derzeit überlegt, ob Flächenstillegungen zum Abbau der Überproduktion geeignet seien. Mögliche Maßnahmen wie Dauerbrache, Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen oder die Ausweisung als Biotop bedürften jedoch eines Gesamtkonzeptes. Daraus ergebe sich die neue Aufgabe für die Kulturämter, an der Ausweisung von Biotopflächen mitzuwirken. Minister Ziegler forderte die Verwaltung auf, sich bereits jetzt in diese Richtung zu orientieren.

Vorausgegangen waren dieser Festansprache die Begrüßung durch den Kulturamtsvorsteher Franz-Josef Frischbier sowie zahlreiche Grußworte. Sie alle stellten die große Bedeutung des Kulturamtes besonders für die Region Trier dar. Der ländliche Raum müsse auch weiterhin funktionsfähig bleiben, betonte Günther Schartz, Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Nassau. Daher sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Kulturamt auch in Zukunft unbedingt erforderlich.

Als eine wichtige Aufgabe des Kulturamtes bezeichnete MdL Michael Kutscheid die Dorferneuerung. Hierbei gehe es besonders um die Verbesserung der Lebensbedingungen. "Das Wirken des Kulturamtes hat nachhaltig zur Existenzgrundlagen-sicherung im ländlichen Raum beigetragen", sagte MdL Jürgen Debus. Das Amt habe hier großes Vertrauen in den 100 Jahren seines Bestehens gewonnen. Nun gelte es, "dieses Vertrauen auch über die folgenden 100 Jahre hinaus zu erhalten".

An den Festakt, der musikalisch vom Bläserquartett Bechtel umrahmt wurde, schloß sich ein Umtrunk mit geselligem Beisammensein an.

75-jähriges Bestehen des Kulturamtes Mayen

MAYEN

RHEIN-ZEITUNG NR. 232 - MITTWOCH, 7. OKTOBER 1987

MAYEN. „Mit dem 1. Oktober hat die Spezialkommission ihre Verwaltungsstelle hier errichtet. Mehrere Beamte mit ihren Familien haben daher hier Wohnung genommen. Das Amtsgebäude liegt in der Gerberstraße (früher Müller's Mühle)“. Diese kurze Mitteilung erschien am 2. Oktober 1912 in der Mayener Volks-Zeitung. Die „Spezialkommission“ war der Vorläufer des heutigen Kulturamtes, das in diesen Tagen 75 Jahre alt wird.

Ohne viel Aufheben hatte der Vorläufer des Kulturamtes, die „Königliche Spezialkommission“, mit einem Spezialkommissar und etwa 15 Mitarbeitern ihre Tätigkeit in Mayen aufgenommen. Für die Unterbringung der Spezialkommission hatte die Generalkommission in Düsseldorf als zuständige Oberbehörde die ehemalige „Müller's Mühle“ für 1700 Mark im Jahr angemietet und renovieren lassen.

Wenn die Spezialkommission in Mayen ihre Tätigkeit anfangs hauptsächlich auf die Zusammenlegung der Grundstücke konzentrierte, ist dies in erster Linie auf die Einflüsse des damals geltenden französischen Rechts in den linksrheinischen Landesteilen zurückzuführen. Die Realteilung führte mit jedem Erbgang zu einer größeren Besitzersplitterung des Grundeigentums. Obwohl die Spezialkommissionen gute Arbeitsergebnisse und Erfolge nachweisen konnten, war es anfangs nicht leicht, die Gemeinden im hiesigen Raum für die Zusammenlegungen zu gewinnen.

Eine Erleichterung in dieser Hinsicht brachte das Zusammenlegungsgesetz vom 28. Mai 1913 für die Gebirgs- oder Hügelländer im Bereich des früheren rheinischen Rechts. Nach diesem Gesetz konnte die Spezialkommission nämlich von sich aus unter bestimmten Voraussetzungen ein Umlegungsverfahren in Gang setzen. Dies ist unter anderem ein Grund dafür, daß in den älteren Umlegungsverfahren die bebauten Ortslagen ausgeschlossen waren, was von vielen betroffenen Gemeinden noch heute als nachteilig empfunden wird.

Die Arbeit der 1912 gegründeten Spezialkommission wurde bereits nach zwei Jahren durch den ersten Weltkrieg beeinträchtigt. Der inzwischen auf 23 Mitarbeiter angewachsene Personalbestand schrumpfte bei der Mobilisierung auf 14 Mitarbeiter. Neue Umlegungsverfahren durften nicht mehr eingeleitet werden, die durch die Kriegsergebnisse fehlenden Mitarbeiter wurden nicht ersetzt.

Durch Hunger und Not der Kriegsjahre und Nachkriegsjahre veranlaßt, verabschiedete die erstmals demokratisch gewählte Reichsregierung bereits am 3. Juni 1918 das preußische Gesetz über die Landeskulturbehörden. Nach diesem Gesetz wurden die Spezialkommissionen in Kulturämter und die Generalkommissionen in Landeskulturämter umbenannt.

75 Jahre Kulturamt Mayen

Das Land erhalten und gestalten

Bodenordnungsverfahren bekommen in Zukunft eine immer größere Bedeutung



Zweckmäßig und funktionell: das neue Kulturamt Bannerberg in Mayen. Die Vermessungs-Trupps sind in der Regel im Gelände unterwegs, zum Jubiläum hat sich eine Mannschaft des Kulturamtes aus Demonstrationszwecken vor dem Verwaltungsgebäude postiert. Foto: Anhäuser

Das Kulturamt Mayen wurde zuständig für die Kreise Mayen und Cochem. Bereits am 21. September 1920 wurde mit dem Gesetz über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) erstmals eine einheitliche Rechtsgrundlage für das gesamte preußische Gebiet geschaffen. Danach konnten getrennt liegende und unwirtschaftlich gefürmte Grundstücke verschiedener Eigentümer auch ohne Antrag umgelegt werden, wenn daraus eine erhebliche Verbesserung der Landeskultur zu erwarten war.

Die politische Zielsetzung der wirtschaftlichen Selbständigkeit (Autarkie) und der

Gedanke der „Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf eigener Scholle“ veranlaßte die Reichsregierung, das Recht der Grundstücksumlegung im Jahre 1937 durch die Reichsumlegungsordnung (RUO) neu zu regeln. Die Reichsumlegungsordnung, die am 1. Januar 1938 in Kraft gesetzt wurde, ermöglichte auch die Zustimmung der Grundstückseigentümer in der Ortslage von Amts wegen zu einem Umlegungsverfahren.

Einen vermehrten Arbeitsanfall brachte so auch der geplante und 1939 anlaufende Bau der Reichsautobahn Montabaur-Landstuhl-Kaiserslautern, die über 42 km durch den Dienstbezirk des Kulturamtes Mayen führte. Vom Waldorfer Hof bis nach Ulders wurden elf Zweckverfahren eingeleitet mit insgesamt 14.590 ha. Mit Beginn des 2. Weltkrieges wurde die Weiterbearbeitung dieser Verfahren insbesondere wegen Personalmangel zunehmend eingeschränkt.

1942 wurde die Bearbeitung völlig eingestellt, da das verbliebene Personal gerade noch ausreichte, die älteren Umlegungsverfahren zum Abschluß zu bringen.

Da das Dienstgebäude des Kulturamtes weitgehend unbeschädigt geblieben war, konnten - trotz erheblicher Schwierigkeiten - bereits im Winter 1945/46 die ersten Arbeiten wieder aufgenommen werden. Nach vorübergehender Zuordnung des Kulturamtes zur Bezirksregierung Koblenz als der damals höchsten Verwaltungseinheit, wurden die Kulturämter im Jahre 1946 der Abteilung 4 - Landeskultur - des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz als Obere Umlegungs- und Siedlungsbehörde unterstellt.

Diese Neugliederung und die Währungsreform von 1948 bedingten den wohl schwierigsten Zeitabschnitt des Kulturamtes.

Neue Aufgaben stellten sich: Das Flurbereinigungsgesetz vom 14. Juli 1933 ersetzte die Reichsumlegungsordnung von 1937. Neben der immer noch erstrebten Produktionssteigerung für die Landwirtschaft wurden nunmehr auch die Ortsauflockerung, die Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung, die Weinbergflurbereinigung mit anschließendem Wiederaufbau der Rebflächen, die Bereinigung von forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken und der moderne Wirtschaftswegebau gesetzlich geregelt.

Das am 18. März 1976 neu gefaßte heute gültige Flurbereinigungsgesetz ermöglicht

neben den bisher klassischen Aufgaben der Agrarstrukturverbesserung auch eine stärkere Berücksichtigung gemeindlicher Belange bei der Ausweisung geeigneter öffentlicher Bedarfslflächen.

Gerade diese Zielsetzung ist im Dienstbezirk des Kulturamtes Mayen wegen der besonderen Lage und Verflechtung mit den nördlich angrenzenden industriellen Ballungsgebieten von Wichtigkeit und in Zukunft auch von zunehmender Bedeutung.

Im Gegensatz zu den früheren Umlegungsverfahren werden nun auch zunehmend die bebauten Ortslagen neu geordnet und dabei die Vorgaben der Flächennutzungs- und Bebauungspläne in die Tat umgesetzt. Die Einleitung von Flurbereinigungsverfahren in Verbindung mit einer Dorferneuerung beziehungsweise einer Ortsanerkennung bildet die Grundlage für eine zukunftsorientierte Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum.

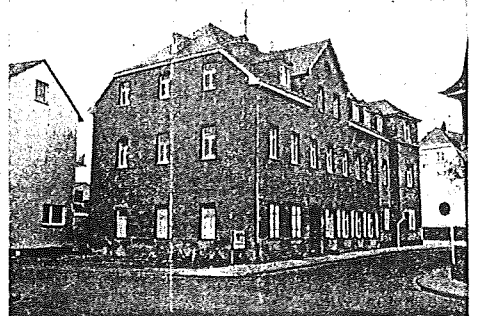
1978 wurden dem Kulturamt Mayen die ehemaligen Kulturämter Koblenz und Adenau als Nebenstellen zugeordnet. Die Nebenstelle Koblenz ist inzwischen aufgelöst. Das Kulturamt Mayen ist heute örtlich zuständig für die Landkreise Mayen-Koblenz, Ahrweiler und Cochem-Zell mit insgesamt 17 Verbandsgemeinden, sechs kreisangehörigen Städten und der kreisfreien Stadt Koblenz. Es gehört damit zu den größten Kulturämtern im Lande Rheinland-Pfalz. Im rechtsrheinischen Gebiet der ehemaligen Nebenstelle Koblenz ist das Kulturamt Mayen noch mit der Abwicklung der dort anhängigen Bodenordnungsmaßnahmen betraut. Zur Zeit sind 106 Mitarbeiter beim Kulturamt in Mayen tätig, 33 Mitarbeiter versehen ihren Dienst bei der Nebenstelle in Adenau. Insgesamt sind hierin 18 Auszubildende enthalten.

In einem Dreivierteljahrhundert haben sich das Erscheinungsbild und die Aufgabenstellungen des Kulturamtes erheblich gewandelt. Der heute alle Bereiche der Verwaltung erfassende Reformgeist wird auch künftig diese Dienststelle immer wieder vor veränderte Aufgaben. Mit seinem aus vielen Fachbereichen kommenden qualifizierten Personal wird das Kulturamt auch in Zukunft seinen Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Lebensbedingungen für Bevölkerung im ländlichen Raum leisten.

Aus Anlaß seines 75-jährigen Bestehens veranstaltet das Kulturamt vom 10. Oktober bis 14. Oktober Tage der offenen Tür mit einer Ausstellung über die Arbeitsgebiete einer Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde und zahlreichen Beispielen über Maßnahmen aus dem hiesigen Raum. Die Ausstellung ist am Samstag, 10. Oktober von 10 bis 16 Uhr, am Sonntag, 11. Oktober von 11 bis 16 Uhr geöffnet. Am Montag, 12. Oktober bis Mittwoch, 14. Oktober ist ein Besuch der Ausstellung von 8 bis 16 Uhr möglich.



Eine Siedensicht von Mayen aus dem Jahr 1848. Am rechten Bildrand ist „Müller's Mühle“ zu erkennen, in der das Kulturamt Mayen von 1912 bis 1968 zu untergebracht war. (Repro-Foto o. Pieroth nach einer Lithographie von C. Gapp)



Das „alte Kulturamt“ in der sogenannten Müller's Mühle in der Malledstraße, das vor einigen Jahren abgerissen wurde. Heute steht an dieser Stelle das neue Depot mit Gerätehaus und Garagen der freiwilligen Feuerwehr Mayen.

Arbeitstagung der kulturbautechnischen Sachbearbeiter und Bürovorsteher

Die kulturbautechnischen Sachbearbeiter und Bürovorsteher der Kulturämter und die kulturbautechnischen Sachbearbeiter der Ref. 53 der Bezirksregierungen trafen sich am 15. Dezember 1987 zu einer Arbeitstagung in Mainz.

Im Mittelpunkt der Arbeitstagung stand die Einführung in die von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) überarbeitete TV-LW 75. Das überarbeitete Technische Regelwerk trägt nunmehr die Bezeichnung - Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege ZTV-LW 87. Die Einführung erfolgte durch Herrn Dipl.-Ing. Dübner von der Arbeitsgemeinschaft der Bitumenindustrie e.V. Hamburg. Er ist einer der Mitarbeiter im Arbeitsausschuß "Ländliche Wege" der FGSV, die die ZTV-LW 87 erarbeitet haben. Herr Dübner genießt aufgrund seines Engagements für den ländlichen Wegebau bei allen Kollegen besondere Wertschätzung.

Weitere Themen der Arbeitstagung waren:

- Behandlung des Wegeerdplanums mit Herbiziden aus landespflegerischer Sicht
- Erfahrungen mit dem Bau von Asphaltspurwegen
- Erfahrungen mit dem Asphalthochbord als Wasserführung
- Erfahrungen bei der Befestigung von Wirtschaftswegen mit Rasengitterverbundsteinen
- Erfahrungen bei der Herstellung von Wirtschaftswegen durch Bodenverfestigung mit Zement und Glorit A.

Rudolf Dielmann

Erstes Flurbereinigungsverfahren allein aus Gründen der Landespflege

Erstmals wird jetzt in Rheinland-Pfalz ein Flurbereinigungsverfahren allein zum Zweck des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchgeführt. Dies teilte jetzt Landwirtschaftsminister Dieter Ziegler mit.

Im Selztal bei Sörrenloch in Rheinhessen sind Restflächen von Feuchtwiesen, Schilf- und Auenwaldbeständen erhalten geblieben, die vergrößert und entwickelt werden sollen.

Das Kulturamt Worms hat vor kurzem das Flurbereinigungsverfahren eingeleitet. Durch Flächenkauf und Neuordnung des Bodens sollen die Voraussetzungen zur Renaturierung eines Abschnittes der Selz geschaffen werden. Der Planfeststellungsbeschuß für die wasserwirtschaftlichen Maßnahmen wird im Herbst dieses Jahres erwartet. Bis zu diesem Zeitpunkt soll auch die Wertermittlung der betroffenen Grundstücke abgeschlossen sein. Das Verfahren in Sörrenloch soll als Beispiel für weitere Renaturierungsprojekte dienen.

Strukturwandel - Freiwerdende Flächen im Strukturwandel genutzt

Die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe hat in den letzten Jahren zugenommen. Dies erklärte Landwirtschaftsminister Dieter Ziegler jetzt in der Beantwortung einer kleinen Anfrage des Abgeordneten Bojak (SPD).

Die Zahlen belegen nach Aussage des Ministers, daß die Flächen, die durch Betriebsaufgaben frei wurden, im wesentlichen zur Strukturverbesserung der bestehenden Betriebe gebraucht und auch genutzt wurden.

Während die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt im Zeitraum von 1983 bis 1987 von 67.000 auf 60.000 und damit um rund 10 Prozent zurückging, wurde nur knapp 2 Prozent weniger Fläche bearbeitet als 1983.

Die Durchschnittsgröße der Haupterwerbsbetriebe wuchs von gut 17 Hektar auf etwas über 20 Hektar an, die der Nebenerwerbsbetriebe von 5 auf 5,5 Hektar.

Die Änderungen der Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft machten den Strukturwandel in der Landwirtschaft notwendig, erklärte Minister Ziegler. Gerade in Rheinland-Pfalz sei die Verbesserung der Struktur der Betriebe die Voraussetzung zur dauerhaften Sicherung ihrer Existenz.

Landsiedlung - Ordnungsgemäße Abwicklung aller Verfahren gesichert

Verfahren der Landsiedlung, die noch nicht abgeschlossen seien, würden ohne Übereilung abgewickelt, um Vermögensverluste zu vermeiden. Dies teilte Landwirtschaftsminister Dieter Ziegler auf eine kleine Anfrage des Abgeordneten Scharping (SPD) mit. Da die Aufgaben der Landsiedlung in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen waren, beschloß die Gesellschaftsversammlung der Landsiedlung im letzten Jahr, die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft zu beenden.

Bezüglich der Treuhandverfahren zur Grundstückerschließung werde derzeit vorrangig mit den Gemeinden verhandelt, die noch laufenden, restlichen Verfahren in Regie der Gemeinden zu übernehmen, sagte Minister Ziegler. Es sei beabsichtigt, den Gemeinden finanzielle Hilfen zu gewähren, die die Besonderheiten jedes Einzelfalles und vor allem auch die Erhaltung der Finanzkraft der Gemeinden berücksichtige.

Der Einsatz der Landesregierung für die Übernahme der Beschäftigten der Landsiedlung in neue Arbeitsstellen sei erfolgreich: Bis zum ersten Mai würden bereits 39 der 93 zu vermittelnden Angestellten ihren Dienst in kommunalen Behörden, in Dienststellen des Landes oder auch außerhalb des öffentlichen Dienstes aufnehmen, teilte der Minister mit.

Mit der Vermittlung weiterer 38 Beschäftigten kann nach Aussage des Ministers bis zur Mitte 1988 gerechnet werden.

Landtagsabgeordnete sah sich im Kulturamt um

Informations- und Antrittsbesuch beim Kulturamt in Westerbürg

Im Rahmen ihrer Behördenbesuche, die ihr als zuverlässige Arbeitsgrundlage dienen sollen, war MdL Ulla Schmidt, Dernbach, jetzt zu Gast im Kulturamt in Westerbürg.

Der Leiter des Kulturamtes, Ltd. Regierungsdirektor Herz, gab einen geschichtlichen Abriß und informierte über Aufgaben und Arbeitsweise seiner Behörde.

Kultur leite sich ab von dem lateinischen Wort "colere" und sei mit das Land bebauen, kultivieren, pflegen zu übersetzen.

Rheinland-Pfalz sei das einzige Bundesland, in dem das Kulturamt noch seinen ursprünglichen Namen beibehalten habe.

Das Kulturamt mit seinen Vorläufern sei eine der ältesten Behörden. Seine Aufgaben der Flurbereinigung und Siedlung verstehen sich aus der geschichtlichen Entwicklung. Der Grund und Boden, früher als herrschaftlicher Besitz überwiegend in der Hand des Adels, wurde erst allmählich, insbesondere nach der Bauernbefreiung, in privates Eigentum überführt. Die Rodung der Wälder, die Ansiedlung und Dorfgründungen führten zu erheblicher Besitzzersplitterung, die sich bei Vererbung in der Realteilung fortsetzte. Zusammenlegung, Melioration, Erschließung und Vermessung wurden erforderlich.

Herz verwies auf eine "Verordnung zur Zusammenlegung des zersplitterten Grundbesitzes" des Fürsten zu Nassau aus dem Jahre 1784, die als eine Vorstufe des heutigen Flurbereinigungsgesetzes gelten könne. Sie gab Gestaltungs- und Erhaltungsauftrag, ihre Grundsätze hätten bis heute Gültigkeit. Eine Vielzahl unserer Gemarkungen basiere noch heute auf dem Zustand, der seinerzeit Anlaß zu dieser Verordnung war.

Ziel der heutigen Flurbereinigung sei die Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie die Förderung der Landeskultur und der Landentwicklung. 1987 waren es noch 2.200; davon rd. 300 Voll-erwerbsbetriebe.

Das Kulturamt schaffte durch Landauffang, Flächenzusammenlegung, Neu-, Aus- und Anliegersiedlungen in und außerhalb der Flurbereinigung bessere Wirtschaftsbedingungen. 17.000 Heimatvertriebene wurden eingegliedert.

Naturschutz und Landschaftspflege sind höchster Grundsatz beim Gestaltungsauftrag.

Gerade im Westerwaldkreis wurde auf diesem Gebiet sehr viel getan; hier liegen die meisten Landschaftsschutzgebiete des Regierungsbezirkes. Unter anderem wurden die Voraussetzungen für die Erstellung der Krombach-Talsperre, des Wiesen-sees, des Marother- und Lautzenbrücker-Weiher in der Flurbereinigung geschaffen.

Heckenanpflanzungen verbessern das Kleinklima und beugen Wasser- und Winderosion vor.

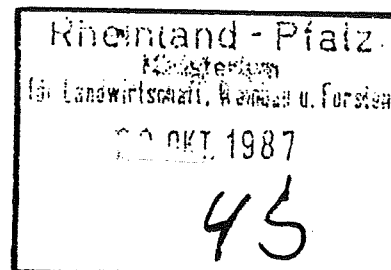
Die Neuordnung des ländlichen Raumes wird unter Berücksichtigung der Gesamtentwicklung durch das Kulturamt flächendeckend bearbeitet. Planung, Ausführung und Finanzierung liegen in einer Hand. Durch flächendeckende Neuvermessung und eigentumsrechtliche Regelung werden auch Grundbuch und Kataster erneuert.

Mittelpunkt der täglichen Arbeit des Kulturamtes sei seit eh und je das Dorf und seine Bürger. Bereits in den 60er und 70er Jahren wurde die Dorferneuerung eingeleitet. Überalterte Dorfkerne und ungenutzte Bausubstanz stellen hohe Ansprüche an die Planer. Das Bundes - Z I P - Programm von 1977 bis 1981 bezog neun Gemeinden aus dem Kulturamtsbezirk in die Erneuerung ein. So entstand beispielsweise auch das Scholzenhaus in Streithausen. Beim Rundgang durch die Abteilungen; bei Gesprächen mit Mitarbeitern und Verdeutlichung der Arbeit durch umfangreiches Kartenwerk konnte sich die Abgeordnete Ulla Schmidt einen Überblick über die umfangreichen Maßnahmen und die immense Kleinarbeit mit modernsten technischen Geräten einen ersten Überblick verschaffen.

Im Abschlußgespräch wurde deutlich, daß sich durch eine derartige Information Behörde und Abgeordnete bei ihrer Arbeit für den Bürger gegenseitig unterstützen können, so z.B. bei dem derzeitigen Ausbau der Umgehungsstraße Selters - Goddert - Herschbach, die ihre Fortsetzung im Raum Hachenburg erfahren soll bezüglich daraus resultierender Koordinierungsprobleme. Frau Schmidt sagte ihre Bereitschaft zur Unterstützung zu.

ein Praxisfall

Ministerium für Landwirtschaft,
Weinbau Forsten
Spruchstelle für Flurbereinigung
Große Bleiche 55
6500 Mainz 1



Betr.: Spruchverfahren X.
Landkreis X.

hier: Über meinen Widerspruch gegen den Flurbereinigungsplan

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Staab,

infolge mangelhafter Kooperation seitens der Beteiligten, vielteilig, zerlegbare Desinformation an Symptomrätselabnahmestellungen von nebenrichtungsweisenden, reichen wissenschaftlich beinhalteneter Gesetzeszeichen der unbegrenzt freistaatlichen Volksherrschaft nehme ich den Widerspruch zurück.

Mit freundlichen Grüßen

